

Die öffentlichen Unternehmungen in ihrer Bedeutung für die Reichsfinanzwirtschaft

Abhandlung

zur

Erlangung der Würde eines Doktors

der wirtschaftlichen Staatswissenschaften

der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Walter Blümlein

aus Niederlahnstein

1 9 3 7

Angenommen auf Bericht der Professoren
Dr. W. Vleugels und Dr. A. Spiethoff.



Meinen Eltern!

Gliederung.

	Seite
Einleitung	1
I. Die Festlegung der Begriffe	2
1. Das Wesen der öffentlichen Unternehmung	2
2. Wesen und Bedeutung der Reichsfinanzwirtschaft	10
II. Die wichtigsten Arten der öffentlichen Unternehmung in ihrem Wesen und in ihrem Umfang	12
1. Die verschiedenen Organisationsformen	12
2. Die volkswirtschaftlichen öffentlichen Unternehmungen	15
a) Feldgüter und Forsten	15
b) Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen	17
c) Eisenbahn	19
d) Post- und Fernmeldeverkehr	22
e) Banken	25
f) Die öffentlichen Unternehmungen der Gemeinden	27
g) Sonstige öffentliche Unternehmungen	30
3. Die finanzwirtschaftlichen Unternehmungen	31
III. Die reichsfinanzwirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen	34
1. Die ökonomische Bedeutung	34
a) Öffentliche und private Unternehmen in ihrer Bedeutung als Bereitsteller von Mitteln für die Reichsfinanzwirtschaft	34
b) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen	36
2. Die fiskalische Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen	40
a) Der Finanzbedarf und seine Deckung	40
b) Die fiskalische Bedeutung der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen im einzelnen	49
 Anhang:	
I. Die Deckung des Finanzbedarfs durch die Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen bei einzelnen öffentlichen Körperschaften	65
II. Die Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen bei einzelnen öffentlichen Körperschaften	73
Schlußwort	84
Literaturverzeichnis	85



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einleitung.

Will man die Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen für die Reichsfinanzwirtschaft untersuchen, so muß der Vorstoß zur Lösung dieser Aufgabe von zwei Seiten her erfolgen: vom Boden der Theorie aus und vom Gebiet der Finanzstatistik her, mit anderen Worten: Die Frage nach der fiskalischen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen zu verschiedenen Zeiten, die Frage also: Inwieweit ist es möglich, durch Heranziehen statistischen Materials die Bedeutung und den Bedeutungswandel der öffentlichen Unternehmungen in Beziehung auf die Reichsfinanzwirtschaft festzustellen, kann erst nach Klärung verschiedener theoretischer Vorfragen befriedigend beantwortet werden. Das bedeutet zunächst eine genaue Festlegung und Abgrenzung der Begriffe: öffentliche Unternehmung und Reichsfinanzwirtschaft. Alsdann sind die wichtigsten Arten der öffentlichen Unternehmung gemäß dem zugrunde gelegten Begriffsinhalt im einzelnen vorzuführen, um über ihr Wesen und ihre tatsächliche Ausdehnung eine Anschauung zu vermitteln; denn dies ist zur Illustration der nun zur Behandlung gelangenden reichsfinanzwirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen unerlässlich.

Der Weg zur Beantwortung der Frage nach der reichsfinanzwirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen ist damit geebnet. Im Zusammenwirken von Theorie und Statistik wird diese Aufgabe durch eine Untersuchung der ökonomischen und fiskalischen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen zu lösen versucht. Um die statistischen Darlegungen des letzten Teils übersichtlicher zu gestalten, wurden die zwar für das Gesamtbild unentbehrlichen Übersichten, die jedoch den glatten Fluß der Darstellung störten, in einem Anhang zusammengefaßt. Die Zusammenfassung und Verarbeitung der statistischen Daten im Sinne der gestellten Aufgabe war ziemlich schwierig, da sie bisher unter ganz anderen Gesichtspunkten in der Reichsfinanzstatistik verwertet worden waren. Aber gerade darin lag ja das Neue und Reizvolle, nämlich diese Angaben einem neuen Ziel dienstbar zu machen.

I. Die Festlegung der Begriffe.

1. Das Wesen der öffentlichen Unternehmung.

Um das Wesen der öffentlichen Unternehmung zu klären, ist fraglos auszugehen von einer Erörterung über den Begriffsinhalt der Unternehmung an sich, wobei gleichzeitig ihr Verhältnis zum volkswirtschaftlichen Geschehen klarzustellen ist¹⁾.

Unter dem Begriff „Unternehmung“ verstehen wir eine wirtschaftliche Einheit, in der Arbeitskräfte und sachliche Erzeugungsmittel zusammengefaßt sind mit dem Zweck ihrer Verwertung zur produktiven Bereitstellung von Gütern und Leistungen gegen ein Entgelt, das mindestens die Kosten decken, möglichst aber auch noch einen Gewinn abwerfen soll.

Der Betrieb ist die technische Einheit, in der die Güter und Leistungen der betreffenden Unternehmung tatsächlich hergestellt werden.

Die essentielle Aufgabe der Unternehmung besteht darin, eine möglichst günstige Verbindung zu suchen zwischen den Verhältnissen ihres Betriebes und den Verhältnissen ihrer Beschaffungsmärkte für Rohstoffe, Arbeitskräfte und Geldkapital, sowie ihres Absatzmarktes.

Die Unternehmung versorgt also einerseits ihren Betrieb mit den notwendigen sachlichen Erzeugungsmitteln und Arbeitskräften und sorgt andererseits für den Absatz der im Betrieb erzeugten Güter und Leistungen.

Betrieb und Unternehmung müssen ihre Tätigkeit nach dem wirtschaftlichen Grundsatz ausrichten, d. h. ein bestimmter Betriebs- bzw. Unternehmungserfolg muß mit einem möglichst geringen Einsatz von Mitteln erzielt, oder mit anderen Worten: mit einem gegebenen Mittelvorrat muß ein möglichst großer Erfolg verwirklicht werden.

Diese Forderung muß nicht nur im ureigensten Interesse der Unternehmung aufgestellt werden, da, privatwirtschaftlich gesehen,

¹⁾ Die Begriffsabgrenzungen in diesem Abschnitt verwerten Anregungen der Vorlesung über „Gemeindewirtschaft“ von Prof. Dr. Vleugels. (WS, 35/36 Univ. Bonn).

ihre Existenz von der Befolgung des wirtschaftlichen Prinzips abhängt, sondern vor allem vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist die möglichst weitgehende Verwirklichung des wirtschaftlichen Grundsatzes in den wirtschaftlichen Einheiten der Volkswirtschaft (d. h. also in den Unternehmungen) anzustreben.

Es ist an dieser Stelle, um das eben Gesagte verständlicher zu machen, unsere Auffassung von dem Zweck der Volkswirtschaft einzuflechten und das Verhältnis der Unternehmung zur Volkswirtschaft auf Grund dieser Auffassung zu klären. „Der Zweck der Volkswirtschaft und aller einzelnen Tätigkeiten in ihr besteht in der bestmöglichen Bedarfsversorgung der Volksgemeinschaft, in der Erzielung des größtmöglichen Wohlfahrtsgewinnes für die Volksgemeinschaft durch die verhältnismäßige Deckung aller öffentlichen und privaten Bedarfe. Damit ist das entscheidende Ideal . . . ausgesprochen: das organische Gemeinschaftsideal²⁾.“

Hieraus ergibt sich, daß auch die Tätigkeit der Unternehmung sich den Belangen der Gemeinschaft unterzuordnen hat. Auch hier muß dem Prinzip „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ Geltung verschafft werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß dem Eigennutz jedes Betätigungsfeld entzogen worden ist, sondern er ist nur in seinem schrankenlosen Sichauswirken gebremst und darf sich nur soweit äußern, als die Belange der Allgemeinheit dies zulassen. Die Unternehmung muß sich bewußt bleiben, daß sie Glied eines organischen Ganzen ist und dementsprechend ihre Tätigkeit in den Dienst dieses Ganzen, der Volksgemeinschaft, stellen und an der „Erzielung größtmöglichen Wohlfahrtsgewinnes für die Volksgemeinschaft“ mitwirken. Das bedeutet, daß die Unternehmung die folgenden zwei Konsequenzen ziehen muß: da die Güter, mit denen die Unternehmung arbeiten muß, im wirtschaftlichen Mengenverhältnis stehen, eine Mehrerzeugung an einer Stelle mithin eine Mindererzeugung an einer anderen Stelle bedeutet, muß die Unternehmung erstens auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus das wirtschaftliche Prinzip möglichst weitgehend verwirklichen; denn eine unwirtschaftliche Verwendung der nur knapp vorhandenen Güter schädigt die Volksgemeinschaft, da die Erzielung des größtmöglichen Wohlfahrtsgewinnes hierdurch beeinträchtigt wird. Die Kosten jeder Erzeugung bedeuten einen Entgang an Wohlfahrtsgewinn für die Gemeinschaft und die Erzeugung darf deshalb nur durchgeführt werden, so will es unser Gemeinschaftsideal, wenn der durch das neue Erzeugnis entstehende

²⁾ W. Vleugels: Die Volkswirtschaftslehre als politische Ökonomik und die formale Wirtschaftstheorie, S. 39.

Wohlfahrtsgewinn für die Volksgemeinschaft größer ist, als der durch die Kosten dieser Erzeugung hervorgerufene Verzicht.

Zweitens darf die Unternehmung zwar nach Rentabilität streben, sie darf dem Eigennutz nachgeben und auf eine Gewinnerzielung hinarbeiten, aber nur soweit, wie sich dies noch mit der eben aufgezeigten volkswirtschaftlichen Zielsetzung verträgt.

Von der privaten Unternehmung unterscheidet sich nun die öffentliche Unternehmung vornehmlich darin, daß die Ausübung der Unternehmertätigkeit durch eine öffentliche Körperschaft erfolgt. Auch die öffentliche Unternehmung sucht eine möglichst günstige Kombination der Markt- und Betriebsdaten vorzunehmen; auch in ihr sind Arbeitskräfte und sachliche Erzeugungsmittel zusammengefaßt mit dem Zweck ihrer Verwertung zur produktiven Bereitstellung von Gütern bzw. Leistungen gegen ein Entgelt. Vor allem aber muß auch die öffentliche Unternehmung in ihrem Rentabilitätsstreben ihre volkswirtschaftliche Zielsetzung beachten und sich ihres Daseins als Glied des Ganzen bewußt bleiben. Das schließt nicht aus, daß trotzdem bei gewissen Arten der öffentlichen Unternehmungen hohe Gewinne entstehen können. Das Rentabilitätsstreben kann als Ansporn zur wirtschaftlichen Unternehmungs- und Betriebsführung nicht entbehrt werden.

Die Einkünfte aus öffentlichen Unternehmungen unterscheiden sich klar von den Einnahmen eines öffentlichen Verbandes aus Steuern, Beiträgen und Gebühren.

So entspricht der Steuerzahlung, die ein Mitglied eines öffentlichen Körpers vornimmt, keine äquivalente Gegenleistung. Ferner kann die Steuer zwangsweise eingetrieben werden.

Beiträge, wie sie z. B. von den Anliegern einer noch unausgebauten Straße zum Straßenbau erhoben werden, sind nicht ein Entgelt für eine einmalige Gegenleistung, sondern für einen dauernden Vorteil, der jedoch in seiner Höhe für den Einzelnen genau nicht zu ermitteln ist.

Auch die Beiträge, die eine öffentliche Körperschaft in Form von Geld- oder sonstigen Leistungen von einem anderen öffentlichen Verband kraft öffentlichen Rechtes erhält, unterscheiden sich von den Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen; denn hier ist, wie bei der Steuererhebung, keine Gegenleistung für eine besondere Leistung festzustellen. Die Einnahmen der öffentlichen Anstalt schließlich, die in erhobenen Gebühren bestehen, können ebenfalls nicht mit den Einnahmen aus einer öffentlichen Unternehmung identifiziert werden. Die öffentliche Anstalt erhebt zwar in Form der Gebühr ein be-

sonderes Entgelt für eine besondere Leistung, aber in ihrem Bestreben, eine möglichst vollkommene Versorgung der Nachfrager oder Benutzer mit den dargebotenen Leistungen zu erzielen, tritt der Grundsatz des besonderen Entgelts im Hinblick auf die Bedeutung der Anstalt für die Mehrzahl der Benutzer stark in den Hintergrund, da jedem die Möglichkeit gegeben werden soll, in den Genuß der Leistungen zu kommen. Deshalb wird im Interesse der Allgemeinheit auf die volle Kostendeckung verzichtet und der fehlende Rest aus öffentlichen Mitteln ergänzt.

Öffentliche Unternehmungen im Sinne des oben festgestellten Begriffsinhalts sind nun zunächst alle jene Unternehmungen, die, wie die Eisenbahn, die Post und gewisse Unternehmungen anderer öffentlicher Körper ihre monopolartige Situation im allgemeinen nicht ausnutzen, obwohl sie es grundsätzlich könnten, sondern wegen der Bedeutung der durch sie vertretenen öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit den erwirtschafteten Reinertrag im Interesse der allgemeinen Belange in gewissen Grenzen halten. Ferner sind alle reinen öffentlichen Erwerbsunternehmungen in unseren Begriff eingeschlossen, die wie z. B. Bergwerke, Banken, Feldgüter und Forsten in freier Konkurrenz mit privatwirtschaftlichen Unternehmen stehen.

Schließlich glauben wir aber, daß auch die reinen monopolistischen Unternehmungen der öffentlichen Hand, die Finanzmonopole, in den Begriff der öffentlichen Unternehmungen einbezogen werden müssen, da auch in ihnen durch produktive Bereitstellung von Gütern gegen ein besonderes Entgelt Reinerträge erzielt werden, die auf Grund des Monopolcharakters sogar ziemlich hoch sind.

Das Finanzmonopol ist wesensgemäß politisch-soziologisch begründet; denn der Hauptzweck der Finanzmonopole ist die Gewinnung von steuerähnlichen Abgaben auf dem marktwirtschaftlichen Wege des Verkaufs bestimmter Güter bzw. Leistungen zu einem höheren als dem Marktpreis. Der Unterschied zwischen einer öffentlichen Unternehmung wie der Reichsbahn und dem Finanzmonopol liegt in dem Errichtungszweck.

Ist bei der öffentlichen Unternehmung die möglichst weitgehende Versorgung der Bevölkerung das Primäre, so ist beim Finanzmonopol die Versorgung der Bevölkerung das Sekundäre; es ist primär Mittel zum Zweck der Einnahmegewinnung.

Die öffentliche Unternehmung ist primär eine volkswirtschaftliche und sekundär eine finanzwirtschaftliche Unternehmung. Dagegen ist das Finanzmonopol primär eine finanzwirtschaftliche und erst sekundär eine volkswirtschaftliche Unternehmung. Wir wollen deshalb die

öffentliche Unternehmung „volkswirtschaftliche öffentliche Unternehmung“ und das Finanzmonopol „finanzwirtschaftliche Unternehmung“ nennen.

Beide Formen der öffentlichen Unternehmung, die volkswirtschaftliche öffentliche Unternehmung und die finanzwirtschaftliche Unternehmung, sind in ihren hier festgelegten Begriffsinhalten Gegenstand der vorliegenden Arbeit.

Wie steht nun unser hier entwickelter Begriff der öffentlichen Unternehmung zu wesentlichen Definitionen der Literatur? Es dreht sich dort in der Hauptsache darum, entweder eine Abgrenzung der öffentlichen Unternehmung gegenüber der öffentlichen Anstalt einerseits und dem Finanzmonopol andererseits zu finden, oder aber den Begriff der öffentlichen Unternehmung nicht so eng, sondern weiter zu fassen.

Am Anfang unseres kurzen Exkurses steht als Vertreter einer sehr engen Fassung des Begriffs der öffentlichen Unternehmung O. Engländer.

Öffentliche Anstalt, Finanzmonopol und öffentliche Unternehmung haben nach ihm alle drei Monopoleigenschaft. Die Abgrenzung erfolgt nun derart, daß Engländer von öffentlicher Unternehmung spricht, wenn es sich um eine Unternehmung handelt, welche die ihr grundsätzlich offenstehenden monopolistischen Gewinnmöglichkeiten nicht ganz ausnutzt, weder zur Erzielung eines größtmöglichen Geldreinertrages, wie das Finanzmonopol, noch in der Richtung der möglichst weitgehenden Bedürfnisbefriedigung der Guts- und Leistungsverbraucher, wie die öffentliche Anstalt. Engländer begreift darunter deshalb „Unternehmungen des Staates oder öffentlicher Körperschaften monopolistischer Art mit dem Zwecke, die Angehörigen mit Gütern oder Leistungen bestimmter Art in einem volkswirtschaftlich gerechtfertigten Umfange zu versorgen“³⁾. Gegen diese Definition wendet Bruno Moll ein⁴⁾, daß der Ausdruck „volkswirtschaftlich gerechtfertigter Umfang“ kein scharfes und zuverlässiges begriffsbildendes Merkmal sei; denn wie soll festgestellt werden, ob der Absatz der Leistungen der öffentlichen Unternehmung im Verhältnis zu den Leistungskosten volkswirtschaftlich gerechtfertigt erscheint. Freilich ist eine exakte Messung nicht möglich, aber im Groben läßt sich doch der „volkswirtschaftlich gerechtfertigte Umfang“ bestimmen. Eine Katastrophe wäre sonst fast unvermeidlich.

³⁾ O. Engländer, a. a. O., S. 366.

⁴⁾ Bruno Moll, Lehrbuch der Finanzwirtschaft, S. 173.

Uns erscheint jedoch der Begriff durch die Einbeziehung des Monopolcharakters in die Definition zu eng gefaßt zu sein; gibt es doch zweifellos öffentliche Unternehmen, die, als reine Erwerbsunternehmen im freien Wettbewerb mit privaten Unternehmungen stehend, der Monopoleigenschaft gänzlich entbehren.

Dagegen können wir Engländer zustimmen, wenn er die öffentlichen Anstalten aus dem Begriff der öffentlichen Unternehmungen ausschließt, weil bei ihnen der Gedanke des Entgelts vollkommen in den Hintergrund tritt. Ebenso gehen wir mit ihm einig, wenn er die Finanzmonopole von den volkswirtschaftlichen öffentlichen Unternehmungen trennt, wobei wir jedoch feststellen, daß wir seine Auffassung, das Finanzmonopol sei überhaupt keine öffentliche Unternehmung, nicht billigen können.

Für A. Amonn⁵⁾ ist das Maß der Einnahmegewinnung das wesentliche Charakteristikum der verschiedenen Arten der öffentlichen Unternehmung, die nach ihm eine privatwirtschaftliche Unternehmung ist, wenn sie denselben Ertrag erzielt, den ein privatwirtschaftlicher Unternehmer auch erzielen würde. Er nennt sie öffentliche Unternehmung, wenn ihr Ertrag unter dem privatwirtschaftlich möglichen Gewinn bleibt oder zur Kostendeckung ausreicht, sofern Gesichtspunkte des Gemeininteresses für die Führung der Unternehmung maßgebend sind. Öffentliche Anstalt ist nach Amonn eine Unternehmung, aus der die öffentliche Körperschaft überhaupt keine bestimmten Einnahmen erzielen will, und eine finanz- oder fiskalische Unternehmung liegt vor, wenn das Maß der Einnahmegewinnung das überstiege, was ein privater Unternehmer erzielen würde. Das Finanzmonopol schließlich ist nach Amonn „nur eine besondere Art der Anwendung der öffentlichen Zwangsgewalt zur Erzielung von Einnahmen, mithin eine besondere Art der Steuererhebung... Es ist nur noch die Form der Einnahmegewinnung privatwirtschaftlich, nicht mehr das Wesen.“

Die Definition des Finanzmonopols ist doch wohl zu äußerlich und geht den Dingen nicht genügend auf den Grund. Das Finanzmonopol ist mehr als eine „besondere Art der Steuererhebung“, denn im Finanzmonopol entspricht einer Leistung immer eine genau abmeßbare Gegenleistung. Dagegen ist bei der Steuererhebung das Leistungs-Gegenleistungsprinzip nicht vorhanden. Um die der Steuer entsprechende Leistung abzumessen, fehlt jeder Maßstab. Die Steuer ist im Gegensatz zum besonderen Entgelt, das bei Inanspruchnahme

⁵⁾ A. Amonn, a. a. O., S. 335/334.

des Finanzmonopols bezahlt wird, kein Äquivalent, kein besonderes Entgelt für eine bestimmte Leistung. Man sieht, beim Finanzmonopol ist nicht „nur noch die Form der Einnahmegewinnung privatwirtschaftlich“, sondern auch das Wesen, wenn auch sein Errichtungszweck in der Absicht besteht, der öffentlichen Körperschaft steuerähnliche Einnahmen zu verschaffen. Höchstens rein „technisch“ gesehen, könnte man Amonn vielleicht zustimmen zu seiner Behauptung, das Finanzmonopol sei eine besondere Art der Anwendung der öffentlichen Zwangsgewalt zur Einnahmegewinnung, und nur von der Beurteilung der „technischen“ Seite her könnte so dem Finanzmonopol Steuerähnlichkeit zugesprochen werden. Im Wesen jedoch sind beide Arten der öffentlichen Einnahmeveranschaffung sehr verschieden.

Fanden wir bei Engländer und Amonn eine durch die Ausschließung des Finanzmonopols bedingte sehr enge Fassung des Begriffes der öffentlichen Unternehmung, so faßt E. Heimann im Gegensatz dazu den Begriff sehr weit. Nach ihm ist jede Unternehmung der öffentlichen Hand, die sich mit der „produktiven Bereitstellung von Gütern und Leistungen gegen ein nach Möglichkeit gewinnbringendes Entgelt“⁶⁾ befaßt, eine öffentliche Unternehmung. „Nach Möglichkeit“ bedeutet, daß die Gewinnerzielung nicht notwendiger Begriffsinhalt der öffentlichen Unternehmung sein muß, doch müssen äußerstenfalls die erzielten Leistungspreise wenigstens die Kosten decken.

Heimann trennt öffentliche Unternehmung und Finanzmonopol überhaupt nicht; denn seiner Ansicht nach kann man auch beim privatkapitalistischen Monopol von einer Besteuerung der Verbraucher reden, nämlich von einem „Tribut“ der Verbraucher „an das marktbeherrschende Monopol“; ferner kann das Finanzmonopol dem Verbraucher „grundsätzlich nicht mehr zumuten“, als das privatkapitalistische Monopol, da der Verbraucher in beiden Fällen auf das Erzeugnis verzichten oder ein nicht dem Monopol unterliegendes Surrogat kaufen kann.

Die letzte Behauptung Heimanns ist nun zweifellos richtig. Er folgert jedoch falsch, wenn er meint, auf den Tribut des Verbrauchers an einen privaten Monopolisten den Begriff der „Steuer“ anders als höchstens im Sinne eines sehr kühnen Vergleiches anwenden zu dürfen.

Heimann hat hier nämlich versucht, zwei grundsätzlich verschiedene Erscheinungen miteinander zu verkoppeln; denn die Steuer ist eine politisch-ethische Erscheinung, während der „Verbraucher-

⁶⁾ E. Heimann, a. a. O., S. 3—10.

tribut“ rein sozialökonomisch aus der privatwirtschaftlich begründeten Marktmacht eines Unternehmers zu erklären ist.

Heimann gibt selbst zu, man müsse einen Unterschied machen, je nachdem ob zur Errichtung eines Monopols die öffentliche Zwangsgewalt benutzt wird — wie bei der Steuer — oder ob ein Monopol ohne Anteilnahme der öffentlichen Zwangsgewalt errichtet wird. Und bei dieser Formulierung der Unterschiede gelingt es dann leicht, zu zeigen, daß auch bei der Errichtung oder Aufrechterhaltung mancher privater Monopole die öffentliche Zwangsgewalt mitwirkt; z. B. kann dies dadurch geschehen, daß ein Kartell unter dem Schutz von Zöllen und nur wegen dieses Schutzes im Verbande den vollen Kostenpreis erheben kann. Und dann kann man mit Heimann immerhin sagen, diese Monopolmacht des Kartells sei unter einer gewissen Mitwirkung der öffentlichen Hand zustande gekommen. Also sei der Unterschied zum mindesten ökonomisch irrelevant; auch das privatkapitalistische Monopol sei wenigstens häufig nur politisch-soziologisch erklärbar. Und daraus zieht Heimann dann den Schluß, die politische Bedingtheit des Finanzmonopols sei nicht als unterscheidendes Merkmal für eine besondere Gruppe öffentlicher Unternehmungen verwendbar.

Aber dieser ganzen Argumentation liegt eine Problemverschiebung zugrunde. Mit dem Nachweis, daß auch bei privaten Monopolen politische Einflüsse mitwirken können, insofern also ihre Preispolitik indirekt unter Mitwirkung politischer Maßnahmen der öffentlichen Körperschaften gelingen kann, ist das hier in Frage stehende Problem nicht getroffen.

Der entscheidende Unterschied nämlich liegt in der Absicht, in der das Monopol errichtet wurde, ob es wesensgemäß eine politische Institution der öffentlichen Körperschaft ist oder nicht.. Wir sehen, daß Heimannns Beweisführung als Unterlage für eine Begriffsbegrenzung der öffentlichen Unternehmung vollkommen unbrauchbar ist.

Zu sehr an der Oberfläche zu bleiben, scheint uns auch, was Bruno Moll⁷⁾ zur Begriffsbestimmung der öffentlichen Unternehmung zu sagen hat. Seiner Meinung nach liegt nämlich die wesentliche Eigenart der öffentlichen Unternehmung darin, daß sie nach dem Grundsatz des besonderen Entgelts ausgerichtet ist, und daß ihre Einkünfte aus öffentlichem Vermögen stammen.

Damit wollen wir unseren Exkurs in die Literatur beenden, der,

⁷⁾ Bruno Moll, Lehrb. d. Finanzw., S. 173.

ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, doch wohl gezeigt hat, wie verschieden die Auffassungen über den Begriff der öffentlichen Unternehmungen sind, und wie notwendig es deshalb war, eine genaue Begriffsfestlegung vorzunehmen.

2. Wesen und Bedeutung der Reichsfinanzwirtschaft.

Die Finanzgebarung jedes öffentlichen Wirtschaftskörpers erfolgt im Rahmen seiner sogenannten Finanzwirtschaft. Wie bei der Privatwirtschaft, handelt es sich auch bei der Finanzwirtschaft um eine planvoll und nach dem wirtschaftlichen Grundsatz erfolgende Bedarfsdeckung innerhalb eines geschlossenen Bedürfniskreises. Aus gewissen Ähnlichkeiten beider Wirtschaftsformen darf aber keineswegs auf eine völlige Identität von Finanzwirtschaft und Privatwirtschaft geschlossen werden. Wir wollen uns hier damit begnügen, das u. E. wesentlichste Unterscheidungsmerkmal anzuführen: es ist die Verschiedenheit der Art der finanzwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Mittelbeschaffung; denn die Privatwirtschaft ist nicht in der Lage, sich ihre Mittel zwangsweise zu verschaffen. Nur die Finanzwirtschaft hat dieses Vorrecht, das sie im Wege der Steuererhebung auch weitgehend ausnutzt.

Durch Erwerbseinkünfte, Gebühren, Beiträge und Steuern zapft die Leitung der Finanzwirtschaft ihren zugeordneten Individuen die Mittel zur Befriedigung von Zwecken ab, die die öffentliche Wirtschaft erstrebt.

Die ökonomische Bedeutung der Finanzwirtschaft besteht nun darin, daß, da die Mittel nicht in unbeschränktem Ausmaße zur Verfügung, sondern im wirtschaftlichen Mengenverhältnis stehen, einmal die Mittelquellen nicht in wirtschaftsschädlicher Weise überbeansprucht werden dürfen, zum anderen eine möglichst ökonomisch rationale Verteilung der verfügbaren Mittel auf die einzelnen öffentlichen Zwecke erfolgen muß, derart, daß die Befriedigung der wichtigeren den weniger wichtigen vorangeht, wobei das Ideal in der Erreichung einer verhältnismäßigen Deckung aller öffentlichen und privaten Bedarfe nach ihrer Gemeinschaftsbedeutung besteht.

Die Ausführungen über das Wesen und die ökonomische Bedeutung der Finanzwirtschaft schlechthin haben natürlich auch für die Reichsfinanzwirtschaft volle Gültigkeit, wie auch für die Staats- und Gemeindefinanzwirtschaft. Ein wesentlicher Unterschied dieser verschiedenen Finanzwirtschaftsformen ist der verschieden große Machtbereich, in dem jede Form der Finanzwirtschaft sich Geltung ver-

schaft, und bedeutungsvoll ist die innere Abhängigkeit der verschiedenen Formen voneinander und ihre Einordnung untereinander.

Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzwirtschaft stellen eine organische Verbindung dar. Eine weitere Verschiedenheit könnte man in der verschiedenen Größe des gesellschaftlichen Kreises der miteinander Wirtschaftenden erblicken. Die größte Zahl von Individuen ist in der Reichsfinanzwirtschaft zusammengeschlossen, während die Staats- bzw. Landesfinanzwirtschaft einen sehr großen, die Gemeindefinanzwirtschaft einen verhältnismäßig kleinen Kreis wirtschaftender Menschen umfaßt. Neben einer Reichsfinanzwirtschaft stehen mehrere Landesfinanzwirtschaften und viele Gemeindefinanzwirtschaften.

Innerhalb der Dreieckigkeit: Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzwirtschaft bildet die Reichsfinanzwirtschaft heute die Spitze des finanzwirtschaftlichen Apparates.

Das ist jedoch nicht immer so gewesen. Erst nach dem Weltkrieg erlangte das Reich seine finanzpolitische Unabhängigkeit.

In der Vorkriegszeit war das Reich insofern abhängig von den Ländern, als der Rest seiner durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben durch die sogenannten Matrikularbeiträge der Länder gedeckt wurde. Zwar bestand auch damals eine Reichsfinanzwirtschaft, jedoch war ihr Wirkungskreis im wesentlichen auf die Einnahmen aus Zöllen, indirekten Steuern und Erwerbsvermögen beschränkt, während die direkten Steuern von den Ländern verwaltet wurden.

Standen somit vor dem Kriege die Reichsfinanzwirtschaft und die Finanzwirtschaften der Länder nebeneinander, so wird nach dem Kriege die Reichsfinanzwirtschaft die Zentralinstanz und die übrigen Finanzwirtschaften werden ihr untergeordnet und von ihr abhängig.

II. Die wichtigsten Arten der öffentlichen Unternehmungen in ihrem Wesen und in ihrem Umfang.

1. Die verschiedenen Organisationsformen.

Die in ihrer reichsfinanzwirtschaftlichen Bedeutung zu untersuchenden volkswirtschaftlichen öffentlichen Unternehmungen und die finanzwirtschaftlichen Unternehmungen sind nun zwar begrifflich festgelegt; aber es besteht keine einheitliche Organisationsform, keine einheitliche Form des ökonomischen Aufbaues, sondern es haben sich verschieden gestaltete Wirtschaftstypen herausgebildet, die kurz vorgeführt werden müssen¹⁾. Es sind zu unterscheiden: Die unselbständige öffentliche Unternehmung und die verselbständigte öffentliche Unternehmung, wobei im letzteren Falle entsprechend dem verschiedenen Grad der Verselbständigung zu teilen ist in die schwach verselbständigte öffentliche Unternehmung, den autonomen Wirtschaftskörper öffentlichen Rechts, in die privatrechtlich orientierte öffentliche Unternehmung und in die gemischtwirtschaftliche Unternehmung.

Die unselbständige öffentliche Unternehmung, auch Verwaltungsunternehmen oder Regieunternehmen genannt, wird unmittelbar durch die öffentliche Verwaltung geführt. Die Leitung besteht aus Beamten der betreffenden öffentlichen Körperschaft. Anwendung findet sie auf dem Gebiet der finanzwirtschaftlichen Unternehmung, auf dem Gebiet kommunaler öffentlicher Unternehmen, namentlich bei Gas- und Wasserwerken und in der Forstwirtschaft. Vor dem Kriege waren auch Eisenbahn und Post öffentliche Regieunternehmen.

Das Wesen der verselbständigten öffentlichen Unternehmung besteht darin, daß zwar der Reinertrag der öffent-

¹⁾ Vgl. H. Ritschl: Stellung und Bedeutung der öffentlichen Unternehmung im Wirtschaftssystem des Kapitalismus. Schr. d. Ver. f. Sozialpol., Bd. 176, I. M. Lohmann, Die Morphologie der Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung. Schr. d. Ver. f. Sozialpol., Bd. 176, I.

lichen Körperschaft zufließt, daß aber die Leitung mehr oder weniger unabhängig arbeitet.

So wird bei der schwach selbständigen öffentlichen Unternehmung der Schritt zur Verselbständigung derart unternommen, daß die Leitung von der öffentlichen Körperschaft auf einen Ausschuß übergeht, der den Verwaltungsrat der öffentlichen Unternehmung bildet, der weitgehende Befugnisse hat zur Betriebsgestaltung und Betriebsüberwachung. Heute finden wir diese Organisationsform noch bei den Sparkassen, während früher auch eine Reihe anderer kommunaler Unternehmen sie bevorzugte. Völlig selbständig wird die Leitung aber erst, wenn die öffentliche Unternehmung in der Form eines autonomen Wirtschaftskörpers organisiert ist, der jedoch immer noch eine Person öffentlichen Rechts darstellt. Kreditinstitute des Reichs, der Länder und der Provinzialverbände sind so aufgezogen, und auch die Reichsbahn und die Reichspost kann man unter diese Organisationsform einreihen.

Die privatrechtlichen Formen der verselbständigten Unternehmung sind in der Hauptsache die Aktiengesellschaft und die G.m.b.H. Hier ist nun die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der öffentlichen Körperschaft weitgehend verwirklicht. Viele kommunale Versorgungsbetriebe haben diese Form der Organisation gewählt; ferner das Reich für seine industriellen Betriebe (Viag) und Preußen für seine Bergbauunternehmen (Preußag). Als letzte Organisationsform der öffentlichen Unternehmung ist nun noch die gemischtwirtschaftliche Unternehmung zu kennzeichnen. Sie ist eine Kombination von öffentlicher und privater Unternehmung. Öffentliche Unternehmung ist sie, soweit öffentliche Körperschaften an ihr beteiligt sind; Privatunternehmen ist sie, soweit privates Kapital in ihr arbeitet.

Die gemischtwirtschaftliche Unternehmung gibt einerseits der öffentlichen Körperschaft die Möglichkeit, sich an Privatunternehmen zu beteiligen und gibt andererseits dem privaten Kapital Gelegenheit, in öffentlichen Unternehmungen Verwertung zu finden. Ihr Hauptanwendungsgebiet sind wieder die kommunalen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen. Gerade auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden können Gefahren für die Allgemeinheit entstehen, wie sie z. B. Popitz²⁾ kennzeichnete: „Durch ihre Unternehmen treten die Gemeinden in Wettbewerb mit der Privatwirtschaft, die ihrerseits durch ihre steuerlichen Leistungen die öffentliche Wirtschaft trägt. Den Gemeinden wird der Vorwurf

²⁾ Popitz, Der künftige Finanzausgleich, S. 46.

unrationellen und unsparbaren Verhaltens gerade bei ihren Betrieben gemacht. Die Erwerbsunternehmungen der Gemeinden haben vielfach Monopolcharakter und die Bemessung der Tarife erfolgt nach rein fiskalischen Gesichtspunkten.

Berücksichtigt werden diese möglichen Gefährdungen des öffentlichen Lebens in der DGO. vom 30. Januar 1935, mit der, wie es in der Präambel heißt, „ein Grundgesetz des NS.-Staates“ geschaffen wurde, ein wichtiger Baustein, „den Neubau des Reiches zu vollenden“.

Nach der DGO. darf die Gemeinde wirtschaftliche Unternehmungen nur errichten oder wesentlich erweitern, wenn:

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht,
3. der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

„Die Gemeinden müssen sich bei jeder wirtschaftlichen Betätigung grundsätzlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen... Wirtschaftliche Unternehmungen sollen einen Ertrag für die Haushalte der Gemeinden abwerfen.“

Die DGO. verbietet, ein etwa bestehendes Monopol schrankenlos auszunutzen. Ferner dürfen die Gemeinden außer den Sparkassen keine Bankunternehmen betreiben, um zu große Risikohäufung bei der Kreditgewährung zu vermeiden.

Neben der Forderung, daß ein öffentliches Unternehmen der Gemeinde sich nicht nur selbst tragen, sondern Überschüsse im Sinne reiner Erwerbseinkünfte abwerfen soll, verlangt die DGO. also, daß der Errichtungszweck einer Gemeindeunternehmung die Befriedigung eines im öffentlichen Interesse liegenden allgemeinen Bedürfnisses zum Gegenstand hat. Was unter „öffentlichem Zweck“ zu verstehen ist, wird nicht näher ausgeführt, denn die DGO. will ein Rahmengesetz sein, dessen Wichtigstes es ist, allgemeine Richtlinien aufzustellen. Außerdem unterliegt der Begriff des „öffentlichen Zwecks“ zu sehr dem Wandel der Zeit, als daß es richtig wäre, sich auf eine bestimmte Definition festzulegen.

Damit wären die verschiedenen Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung kurz skizziert. Auf ihre Vor- und Nachteile wird in anderem Zusammenhang noch eingegangen werden. Es müssen zunächst die wichtigsten Arten der öffentlichen Unternehmung nach Wesen und Umfang vorgeführt werden.

2. Die volkswirtschaftlichen öffentlichen Unternehmen.

a) Feldgüter und Forsten.

Ziemlich am Anfang in der geschichtlichen Entwicklung staatlicher Wirtschaftstätigkeit steht der staatliche Grundbesitz. Im alten Deutschen Reich wurde er entweder vom Reich selbst bewirtschaftet, Fürsten oder Adligen verliehen, oder auch oft verpfändet und diente so zur Bestreitung der Kosten der Hofhaltung und Verwaltung. Solange die Naturalwirtschaft noch nicht von der Geldwirtschaft verdrängt worden war, bildete der Besitz an Grund und Boden das Rückgrat des Staates und seiner Verwaltung. Die wachsende Macht der Fürsten führte zur Auflösung des Reichsbesitzes, der in das Eigentum verschiedener weltlicher und geistlicher Landesherren überging, die jedoch ihrerseits ihren eigenen Bedarf und den Bedarf der Landesverwaltung immer noch durch die aus dem Grundbesitz fließenden Einnahmen deckten. Erst als der Staatsbedarf immer mehr wuchs, da ein mit Geld zu besoldendes Söldnerheer und Beamtentum zur Stütze des Staates wurde, und der mittelalterliche Lehnstaat so eine grundlegende Veränderung erfuhr, die staatlichen Erwerbseinkünfte für die Deckung des steigenden Geldbedarfs nicht mehr ausreichten und damit die Ausbildung der Steuerwirtschaft notwendig wurde, trat die Bedeutung dieser Einkünfte immer mehr zurück hinter den Erträgen der jetzt die Hauptquelle der Staatseinnahmen bildenden Steuerwirtschaft.

Man könnte nun die Frage aufwerfen, warum die öffentliche Hand heute nicht vollständig auf eigenen Grundbesitz an Feldgütern und Forsten verzichtet, wenn die finanzielle Bedeutung dieser öffentlichen Unternehmungen so sehr gesunken ist. Hierzu ist zu sagen, daß, soweit es sich um die Feldgüter handelt, für die gesamte Landwirtschaft ein Vorteil daraus entsteht, wenn ein Teil des unter Agrarkultur stehenden Landes im Eigentum der öffentlichen Hand steht; denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die Feldgüter als Musterwirtschaften von Einfluß auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsweise sind, daß aber auch gerade aus den Reihen der Feldgüterpächter Bedeutendes für die landwirtschaftliche Kultur und den landwirtschaftlichen Fortschritt entstanden ist.

Betrachtet man die Forsten unter dem Gesichtspunkt ihrer Betreibung durch die öffentliche Hand trotz relativ geringer finanzieller Ergiebigkeit, so zeigt sich zunächst, daß, rein technisch gesehen, gerade die Forstwirtschaft wegen der Extensität der Betriebsweise sehr

günstig von der öffentlichen Hand betrieben werden kann. Ferner ist aber auch die Bedeutung des Waldbestandes für die klimatischen Verhältnisse und durch die mannigfache Verwertungsmöglichkeit des Holzes für die Wirtschaft so groß, daß der Staatsbetrieb hier unbedingt gerechtfertigt erscheint, weil durch ihn eine zentrale Planung der Abholzung und der Aufforstung gewährleistet wird, die auch den Bedürfnissen der kommenden Geschlechter Rechnung trägt. Gerade die Forstwirtschaft als öffentliche Unternehmung ist ein gutes Beispiel für das die Generationen überdauernde Wesen der öffentlichen Wirtschaft.

So werden also Feldgüter und Forsten als öffentliche Unternehmungen heute aus anderen Motiven heraus betrieben als in früherer Zeit.

Die folgenden Tabellen sollen einen Überblick geben über Zahl und Größe der in öffentlicher Hand befindlichen Feldgüter und Forsten.

Landwirtschaftlich und forstwirtschaftliche Ländereien in Staats- und Gemeindeeigentum (landwirtschaftliche Betriebszählung 1933).

	in Staatseigentum					
	überhaupt ha	davon				
		Staatsforsten		Feldgüter		sonstige Fläche ha
		Zahl	Gesamtfläche ha	Zahl	Gesamtfläche ha	
Preußen	2 893 042	561	2 512 503	923	281 902	98 637
Bayern	947 417	327	937 563	58	7 555	2 299
Sachsen	182 990	79	174 577	40	7 099	1 314
Württemberg	208 606	137	202 907	74	5 241	458
Baden	115 738	74	98 790	27	3 112	13 836
Thüringen	196 648	79	169 666	105	22 012	4 970
Hessen	81 240	60	79 021	22	2 162	57
Hamburg	5 255	1	1 016	243	3 892	346
Mecklenburg	305 843	45	180 772	290	116 660	8 411
Oldenburg	39 806	8	28 839	91	4 412	6 555
Braunschweig	100 913	30	75 668	70	25 245	—
Bremen	—	—	—	—	—	—
Anhalt	65 711	11	39 883	53	19 662	6 166
Lippe	19 507	6	14 805	22	2 391	2 311
Lübeck	6 537	5	3 465	36	3 694	378
Schaumburg-Lippe	4 278	1	3 750	3	263	265
Deutsches Reich	5 173 531	1424	4 523 225	2062	504 303	146 003

	in Gemeindeeigentum *)					
	überhaupt ha	davon				sonstige Fläche ha
		selbst. landw., forstw. u. gärtnerische Betr.		zu gemeinsamer Nutzung		
		Zahl	Fläche ha	Wald ha	Weide ha	Fläche ha
Preußen	1 523 144	7 331	885 537	301 290	58 015	278 302
Bayern	497 173	3 058	232 609	138 012	55 433	71 119
Sachsen	53 965	589	38 510	128	76	15 251
Württemberg	266 612	1 704	189 035	24 842	11 568	41 167
Baden	307 903	1 421	162 921	94 740	11 795	38 447
Thüringen	95 832	2 206	50 021	25 792	3 373	16 646
Hessen	125 997	722	102 125	125	722	23 025
Hamburg	663	9	113	—	204	346
Mecklenburg	97 132	175	38 916	3 454	9 171	45 591
Oldenburg	11 325	88	4 808	3 075	224	3 218
Braunschweig	17 882	782	6 243	6 138	1 310	4 191
Bremen	1 490	9	320	—	44	1 126
Anhalt	5 216	40	1 552	31	53	3 580
Lippe	4 386	24	3 286	102	22	976
Lübeck	74	1	4	—	9	61
Schaumburg-Lippe	380	12	262	30	10	78
Deutsches Reich	3 009 174	18 171	1 716 262	597 759	152 029	543 124

*) Stat. Jahrbuch 1934, S. 66.

b) Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen.

Neben der landwirtschaftlichen Tätigkeit steht der Bergbau als weiteres Gebiet, auf dem schon früh die öffentlich-rechtliche Unternehmung als staatlicher Betrieb Fuß faßte.

Die gesetzliche Grundlage des Bergregals in Deutschland, als das vom Grundeigentum losgelöste besondere Recht des Landesherrn an der Nutzbarmachung der unter der Erdoberfläche befindlichen Mineralien, geht zurück auf einen Beschluß Friedrich Barbarossas aus dem Jahre 1158. Im Römischen Reich Deutscher Nation ging durch die goldene Bulle 1356 dieses Recht auf die Kurfürsten und nach dem Westfälischen Frieden 1648 endgültig auf alle Reichsstände über.

Vor der Erfindung der Dampfmaschine und der mit ihrer Entwicklung Hand in Hand gehenden Erschließung der Stein- und Braunkohle war der Erzbergbau das wichtigste Gebiet bergbaulicher Interessen.

Der Inhaber des Regals beutete die Bodenschätze in den meisten Fällen nicht selbst aus, sondern übertrug dieses Recht gegen einen prozentualen Anteil an der Ausbeute sehr oft an einen Dritten. Erst mit dem Vordringen des sogenannten Direktionsprinzips suchte der Regalherr auch auf den eigentlichen Bergwerksbetrieb Einfluß zu nehmen. Während im Laufe der späteren Entwicklung durch den Anstoß, der vom Preußischen Berggesetz von 1865 ausging, das von den meisten deutschen Ländern übernommen wurde, dem Staat in der Berghoheit nur ein Aufsichtsrecht über die Betriebe zugestanden wurde, hat sich doch in verschiedenen Ländern staatlicher Bergwerksbesitz erhalten, zu dem im Laufe der Zeit Hüttenwerke und Salinen hinzugekommen sind. Die Bewirtschaftung erfolgt im freien Wettbewerb mit den übrigen privaten Unternehmungen dieses Wirtschaftszweiges. Während das Reich keinen Bergwerksbesitz hat, besitzt neben Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Braunschweig und Thüringen vor allem Preußen trotz der Abtretung eines Teils von Oberschlesien noch recht ansehnliche bergbauliche Interessen auf dem Gebiet der Stein- und Braunkohle sowie eine Reihe von Hütten und Salinen.

Die preußischen bergbaulichen Interessen vertritt zum Teil die „Preußische Bergwerks- und Hütten-AG.“ (Preußag). Der Staat tritt also nicht als selbständiger Unternehmer auf. Die Preußag wurde 1923 gegründet. Sie umfaßt die bergbaulichen Interessen Preußens und Oberschlesiens, Westfalen, den Kalibergbau in Vienenburg, Staßfurt und Bleicherode, die Ober- und Unterharzer Berg- und Hüttenwerke, die Salinen Schönebeck, Dürrenberg und Artern, die Bernsteinmanufaktur in Königsberg und ferner einige Kalk- und Ziegelwerke.

Um die Verwaltung nicht unnötig zu komplizieren, nahm man die beiden größten preußischen Bergwerksgesellschaften, die Bergwerks-AG. Recklinghausen und die Bergwerksgesellschaft Hibernia AG., nicht in die Preußag hinein.

Freilich gilt auch für den staatlichen Bergbau, hinsichtlich seiner finanzwirtschaftlichen Bedeutung, dasselbe, was wir in dieser Beziehung bei den Feldgütern und Forsten feststellten. Der Bedeutungswandel ist auch hier unverkennbar.

Interessant ist ferner ohne Zweifel die Art und Weise, wie sich im heutigen staatlichen Feldgüter-, Forst- und Bergwerksbesitz Reste der alten regalisierten Unternehmung erhalten haben.

c) Eisenbahn³⁾.

Will man den Begriff der Eisenbahn umreißen, so könnte man vielleicht kurz sagen, daß es sich bei ihr um eine Verkehrsanstalt handelt, die gegen ein gewisses Entgelt den Transport von Gütern und Menschen übernimmt. Wesentliches Merkmal der Eisenbahn ist die Benutzung des Schienenwegs, wodurch eine schnelle Beförderung garantiert wird, da der Fahrweg von anderen Fahrzeugen nicht benutzt werden kann und da ferner durch die Verwendung der Schiene der erzielte Reibungswiderstand zwischen Fahrzeug und Fahrweg sehr gering ist. Mit dem Aufkommen der Eisenbahn wird also ein neues, schnelles Verkehrsmittel geschaffen, das seine wertvollen Eigenschaften allerdings erst im Kampf gegen viele Vorurteile zur allgemeinen Anerkennung bringen mußte.

Rein zeitlich gesehen, kann man in der Entwicklung des Eisenbahnwesens überhaupt drei große Abschnitte unterscheiden: die Zeit von 1825 bis 1850, in der die ersten Bahnen ihre kurzen und teilweise noch recht unbeholfenen Fahrten unternahmen, ferner die Zeit von 1850 bis 1875, als Zeit der fortschreitenden Entwicklung durch die Einführung technischer Verbesserungen. In dieser Epoche ist man sich der Bedeutung des neuen Verkehrsmittels insofern bewußt, als man, die hier liegenden großen Möglichkeiten ahnend, den Bau längerer Linien wagt, sowie das Risiko der Kapitalfestlegung in Brücken und Tunnels übernimmt. Von 1875 ab setzt schließlich die Vollentwicklung zum heutigen modernen Eisenbahnbetrieb in seiner technischen Vielfältigkeit ein.

Die Geschichte des deutschen Eisenbahnwesens, die wir kurz streifen müssen, wird durch den Weltkrieg in zwei scharf abgrenzbare Teile zerlegt, von denen die Vorkriegszeit durch das Merkmal der Länderbahnen, die Nachkriegszeit durch das Kriterium der einheitlichen Reichsbahn gekennzeichnet ist. Es entsprach durchaus dem Partikularismus des Deutschlands der Vorkriegszeit, daß, Elsaß-Lothringen ausgenommen, dessen Eisenbahn dem Reich gehörte, alle übrigen Eisenbahnnetze im Eigentum der jeweiligen Länder standen. Aus dem Kampf: Staatsbahnprinzip gegen Privatbahnprinzip war die Form des Staatsbetriebes als adäquate Unternehmungsweise siegreich hervorgegangen. Freilich waren es neben der besseren finanzwirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der staatlichen Unternehmung auch

³⁾ Vgl. W. Lotz, Finanzwissenschaft, S. 838 ff. Vgl. Br. Moll, Lehrb. der Finanzw., S. 374 ff. Vgl. Handw. d. Staatsw. Art. „Eisenbahnen“. Vgl. W. Lotz, Die Verkehrsentwicklung in Deutschland seit 1800.

die militärischen Argumente, die neben den allgemeinen volkswirtschaftlichen Belangen besser durch den Staat vertreten werden können als durch die private Hand.

Die praktische Durchführung dieses Grundsatzes erfolgte jedoch in den südlichen Einzelstaaten des Deutschen Reiches und in Sachsen früher als in Nord- und Mitteldeutschland, wo sich die Privatunternehmung im Eisenbahnwesen so lange halten konnte, bis Preußen von 1879 ab, in der klaren Erkenntnis der Bedeutung einer einheitlich gehandhabten Tarifbildung für die zweckmäßige Durchführung der damals stark propagierten Schutzzollpolitik, das Eigentum an dem größten Teil der bestehenden Privatbahnen erwarb und auch außerhalb seines eigentlichen Territoriums derartige Käufe tätigte. Aber die darüber hinaus von Bismarck geplante und erstrebte Reichseisenbahn scheiterte an den allmächtigen partikularistischen Tendenzen. Der einzige Fortschritt, der in der Vereinheitlichung des deutschen Bahnwesens vor dem Kriege erzielt wurde, war die 1896 erfolgte preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft. Daneben bestanden jedoch 1914 noch Staatseisenbahnen in Bayern, Oldenburg, Mecklenburg, Sachsen, Württemberg und Baden.

Diese Verhältnisse änderten sich erst grundlegend nach dem Weltkriege, als durch Artikel 89 der Weimarer Verfassung dem Reich die Aufgabe übertragen wurde, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in sein Eigentum zu übernehmen und als einheitliche Verkehrsanstalt zu verwalten. Der Inhalt dieses Artikels wurde schon 1920 verwirklicht, und aus den sieben verschiedenen Netzen wurde ein einheitliches Reichsbahnnetz. Die Übernahme dieser Staatsbahnen bedeutete natürlich für das Reich eine gewaltige Vermehrung der Schuldenlast, die jedoch durch die Inflation stark vermindert wurde.

Bedeutsamer Markstein in der Geschichte der Reichsbahn ist die Mitte Februar 1924 erfolgende Gründung einer Unternehmung „Deutsche Reichsbahn“, umfassend die Reichseisenbahnen an sich, sowie sämtliche Nebenbetriebe der Reichseisenbahnverwaltung als selbständiges Reichsunternehmen, d. h. nur der Betrieb wird einer Gesellschaft übertragen. Eigentümer bleibt das Reich. Ende 1924 wird die Selbständigkeit dieser Gesellschaft stark beschränkt, da auf Grund des Dawes-Planes die Reichsbahn den Tributverpflichtungen dienstbar gemacht wird, und deshalb der Verwaltungsrat zur Hälfte mit Mitgliedern der Reparationskommission besetzt wird.

Die Belastung der Reichsbahn in Durchführung des Dawes-Abkommens erfolgte durch eine Schuld von 11 Milliarden RM. (Zinsfuß 5 %, Amortisationsquote 1 %). Das bedeutete eine jährliche Schmälerung

des Betriebsüberschusses um 660 Millionen RM., wozu noch eine Beförderungssteuer von 290 Millionen RM. abgeführt werden mußte. 950 Millionen RM. gingen also dadurch der Reichsfinanzwirtschaft verloren, bis im Jahre 1930 der Young-Plan sowohl mit der Reparationsleistung der Reichsbahn teilweise aufräumte, als auch der Reichsbahngesellschaft durch Zurckziehen der fremdländischen Durchsetzung ihre Selbständigkeit wiedergab.

Während es nun in das Belieben des Reiches gestellt ist, die Höhe der Beförderungssteuer festzusetzen und die erzielten Einnahmen zu verwenden, wird die alte Zinsschuld von 660 Millionen RM. in eine Jahressteuer in gleicher Höhe, zahlbar an die BIZ., umgewandelt, die sie den Reparationsgläubigern zuführt. Diese Tributverpflichtungen bestanden bis zum Jahre 1932 (Lausanner Abkommen). Von da ab ist die volle Freizügigkeit wiederhergestellt, wenn auch das Abkommen noch nicht ratifiziert wurde.

Im Jahre 1933 wurde die Unternehmung „Reichsautobahnen“ als Reichsunternehmen gegründet und der Reichsbahngesellschaft unterstellt.

Dieser kurze Abriss der Geschichte der deutschen Reichsbahn zeigt uns schon, ohne daß weitere Zahlenangaben gemacht zu werden brauchen, daß ihre reichsfinanzwirtschaftliche Bedeutung in der Nachkriegszeit gegenüber der Zeit vor dem Weltkrieg eine starke Wandlung erfahren hat. Die Schmälerung der Einnahmen durch die Belastung mit Tributabgaben in der Zeit nach dem Kriege zeigt dies ganz deutlich. Auf der anderen Seite wird die Reichsfinanzwirtschaft durch den Bau der Reichsautobahnen stark belastet, über deren Rentabilitätsaussichten heute noch nichts gesagt werden kann. Auszugleichen suchte die Reichsbahngesellschaft die durch die politischen Verhältnisse erzwungenen Minderungen der Betriebsüberschüsse durch eine Reihe innerbetrieblicher Maßnahmen zur Kostensenkung. Rationalisierung und Abbau des Personalbestandes gingen hier Hand in Hand. Ob die Preispolitik der Reichsbahn immer die richtige gewesen ist, möchten wir bezweifeln. Da die Eisenbahn ein Leistungsunternehmen ist, dessen Leistungen Transportakte sind, kann die vom einzelnen zu zahlende Gegenleistung, das Entgelt für den einzelnen Transportakt nicht festgestellt werden; denn die Preisbildung dieser Leistungsunternehmen ist ein Fall der zusammenhängenden Preise, der eine Zurechnung im einzelnen Falle ausschließt. Deshalb muß die Preispolitik der Eisenbahn immer eine Tarifpolitik sein, da die gemeine Preisbildung versagt. Das bedingt aber wieder die Auf-

stellung einer Vielzahl von Tarifen, um allen auftretenden Möglichkeiten begegnen zu können.

Daß unser Zweifel an der Richtigkeit der so begründeten Tarifpolitik der Reichsbahn berechtigt ist, zeigt schlagend die starke Durchlöcherung des Personenbeförderungstarifs durch eine Unzahl von Vergünstigungen, die doch gewiß nicht nötig gewesen wären, wenn nicht wegen der zu hohen Sätze dieses Tarifs eine starke Minderung der Verkehrsdichte, die natürlich einen Einnahmerückgang bedeutet, zu befürchten und teilweise eingetreten war.

Wenn auch der Besitz des Schienenwegs eine monopolistische Ausnutzung nahelegt, so ist es, wie die Verhältnisse der Praxis zeigen, immer fraglich, ob nicht durch eine gemäßigte Tarifpolitik ein größerer wirtschaftlicher Vorteil für das Unternehmen entsteht, als dies bei sehr hohen Tarifsätzen der Fall sein würde.

Einen Einblick in die Größe und den Umfang der deutschen Reichsbahn, die das größte Industrieunternehmen der Welt darstellt, sollen nun die folgenden Zahlen vermitteln:

Das Anlagekapital der Reichsbahn betrug 1932: 26 282 Millionen RM. Das Eisenbahnnetz der Reichsbahn im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) hatte 1932 eine Länge von 53 885 km. Der Fahrzeugbestand setzte sich 1932 zusammen aus 21 404 Lokomotiven, 1 225 Triebwagen, 67 026 Personenwagen, 21 077 Packwagen, 626 951 Güterwagen und 14 956 Bahndienstwagen. An Beamten und Angestellten beschäftigte die Reichsbahn im Jahre 1932: 294 539 Personen, als Arbeiter 306 056 Personen. Die Leistungen der eigenen und fremden Wagen auf eigenen Bahnstrecken betrugen 1932: 21 911 Millionen Wagenachskilometer. Befördert wurden 1932 von der Reichsbahn 1 305 000 000 Personen und 280 Millionen Tonnen Güter.

d) Post- und Fernmeldeverkehr.

Wenn wir unter Post im weiteren Sinne eine ständige Einrichtung des Staates begreifen, deren Aufgabe es ist, für jeden, der es verlangt, gegen ein festgesetztes Entgelt die Beförderung von Nachrichten auf schriftlichem, fernmündlichem oder telegraphischem Wege, von Gütern kleineren Umfangs, sowie von Personen zu besorgen, so sehen wir, daß man von Post in diesem heute gebrauchten Sinne erst seit dem Mittelalter, seit der Einführung der Posten durch die Herrn von Taxis sprechen kann. Allen früheren und frühesten Erscheinungen auf diesem Gebiet fehlt das Merkmal der allgemeinen Zugänglichkeit,

da es sich zwar um Staatseinrichtungen handelte, deren Benutzung aber den Regierungsstellen vorbehalten war.

Auch die Taxissche Post war ursprünglich als Kurierdienst des Kaisers Maximilian gedacht. Da die kaiserlichen Zuwendungen aber nur sehr unregelmäßig flossen, suchte sich die Postleitung durch entgeltliche Beförderung privater Nachrichten schadlos zu halten. Bis 1867 hat sich diese Urpost gehalten. Preußen übernahm sie in diesem Jahre gegen eine Entschädigung von 3 Millionen Taler, und mit dieser Übernahme wurde eine Grundlage der Reichspost geschaffen. Daneben standen die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Landesposten in Bayern und Württemberg, so daß also in der Zeit von 1871 bis 1920, die Reichspostverwaltung eingeschlossen, drei Posten das deutsche Staatsgebiet versorgten.

Wie bei der Reichsbahn erfolgte eine restlose Vereinheitlichung des Postwesens erst nach dem Weltkrieg. So übernahm das Reich am 1. April 1920 die bayrische und württembergische Post zu Eigentum gegen eine entsprechende Vergütung.

1924 erfolgte dann die endgültige Regelung im Reichspostfinanzgesetz, wonach der Reichspost- und Telegraphenbetrieb als selbständiges Unternehmen vom Reichspostminister und einem Verwaltungsrat zu betreiben ist. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Post geht klar aus der Bedeutung eines geordneten, zuverlässigen und leistungsfähigen Nachrichtenwesens für Staat, Wirtschaft und Kultur hervor. Weitere Ausführungen hierzu erübrigen sich deshalb.

Wie die Eisenbahn eignet sich auch die Post wegen ihrer Eigenart besonders gut als Gegenstand eines Staatsbetriebes; denn in beiden Fällen ist eine monopolartige Stellung gegeben, die in privater Hand zum Schaden des volkswirtschaftlichen Ganzen ausgenutzt werden könnte. Ferner handelt es sich, rein betrieblich gesehen, bei Eisenbahn und Post in der Hauptsache um genaueste Einhaltung bestehender Vorschriften und weniger um rasche Entschlußkraft erforderndes Vorgehen wie bei der im Wind des Wettbewerbs stehenden privaten Unternehmung. Die Monopolstellung der Post wird gesichert durch das Postregal und den Postzwang. Das erstere richtet sich gegen die Unternehmer und verbietet ihnen, wesentliche Postgeschäfte wahrzunehmen. Der Postzwang wendet sich an die Benutzer der Posteinrichtungen und verbietet ihnen die Benutzung anderer postalischer Beförderungsmittel.

Betrachtet man die Post vom finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkt, so müssen wir bei ihr wie bei der Eisenbahn feststellen, daß sie als Leistungsunternehmen zu einer Tarifierung der Entgelte gezwungen

ist. Typisch für die Post ist auf diesem Gebiet der Einheitstarif, z. B. im Postkarten- und Briefverkehr. Die Entfernung zwischen Aufgabe- und Zustellort bleibt unberücksichtigt, da die wesentlichen Kosten des Transportaktes an seinem Anfang, bei der Annahme, und an seinem Ende bei der Zustellung liegen, der größeren oder kleineren Entfernung, die die Sendung zurückzulegen hat, also nur relativ geringe Bedeutung zukommt.

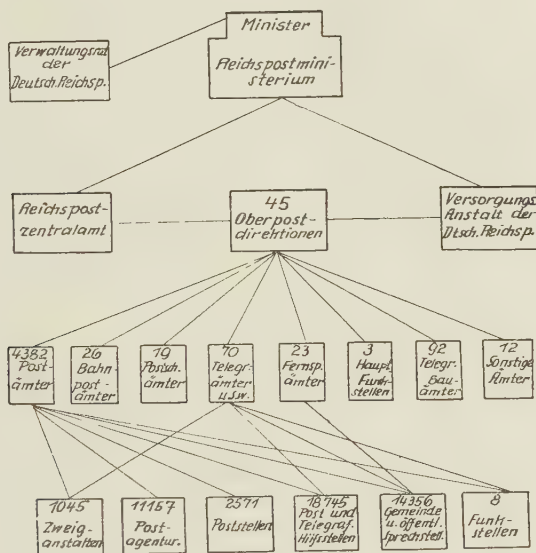
Es hat sich gezeigt, daß die Anwendung eines Einheitstarifs mit niedrigen Sätzen im Endergebnis eine bessere finanzielle Ergiebigkeit zeitigte, als der Versuch, hohe Entgelte zu vereinnahmen, da mit der Senkung der Sätze eine latent vorhandene Nachfrage nach Beförderungsleistungen geweckt wurde, so daß durch die vermehrte Zahl der Leistungen die Minderung des einzelnen Leistungsentgelts überkompensiert wurde. Auch im internationalen Verkehr hat sich seit der Gründung des Weltpostvereins im Jahre 1874 der Einheitstarif im Briefverkehr durchgesetzt. Da man annimmt, daß Briefe im allgemeinen beantwortet werden, erfolgt für diesen internationalen Verkehr keine gegenseitige Verrechnung der Staaten, sondern die Postverwaltung des jeweiligen Absenderlandes behält die eingezogenen Postgebühren für sich. Im Fernsprech- und Telegraphenverkehr ist der Einheitstarif nicht zweckmäßig, da die verschieden lange Dauer der Gespräche wie die Länge der Telegramme auf die Kostengestaltung einwirkt.

Als Ausgangspunkt für eine finanzwirtschaftliche Beurteilung und ihren Bedeutungswandel ist neben dem Wie der Einnahmegewinnung ferner zu berücksichtigen, daß in der Vorkriegszeit die Reichsfinanzwirtschaft nicht an allen Posteinnahmen unmittelbar teilnahm, da ja neben der Reichspostverwaltung die Landesposten in Bayern und Württemberg bestanden und primär zugunsten ihres Landes tätig wurden; sondern daß erst nach dem Kriege das ganze Postwesen Reichssache wurde und die Reichsfinanzwirtschaft unmittelbar interessiert war; denn nun ist das Unternehmen „Deutsche Reichspost“ gehalten, alle, eine Rücklage von 100 Millionen RM. übersteigenden Überschüsse an die Reichsfinanzwirtschaft abzuführen. Auch für das Postwesen sollen uns nun, wie im vorigen Abschnitt einige statistische Angaben über Umfang und Aufgaben dieser staatlichen Einrichtung Auskunft geben.

Die Reichspost unterhielt 1933 62 119 Verkehrsanstalten (Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Funkanstalten). Das Personal betrug während desselben Jahres 380 832 Köpfe, der Kraftfahrzeugbestand 13 706 Stück, darunter 3 793 Kraftomnibusse.

Befördert wurden 1933: 5 510,1 Millionen Briefsendungen, 254 Millionen Pakete, Wertpakete und Wertbriefe, 59,3 Millionen Postanweisungen. Im Postscheckwesen betrug 1933 der Gesamtumsatz 101 350,1 Millionen RM., 23,574 Millionen Telegramme wurden 1933 befördert.

Ein gutes Bild über die Art der Organisation gibt folgendes Schema⁴⁾:



e) Banken.

Wenn wir das volkswirtschaftliche Geschehen betrachten und dabei bemerken, daß eine Reihe von Bankbetrieben als öffentliche Unternehmungen geführt werden, so liegt diese Tatsache weniger darin begründet, auch auf diesem Wege Reinerträge zu erzielen und der Finanzwirtschaft zuzuführen, sondern in erster Linie ist für diese Einflußnahme der öffentlichen Hand die hohe Bedeutung der Kreditgewährung für eine entwickelte Verkehrswirtschaft verantwortlich. Jedoch werden entstehende Gewinne keineswegs verschmäht.

Als 1765 durch Friedrich den Großen die Königliche Bank in

⁴⁾ Staatslexikon, Bd IV, S. 343.

Berlin gegründet wurde, war damit in Deutschland die erste Anstalt geschaffen, die sich längere Zeit behaupten konnte. Schon früher hatten verschiedene Fürsten versucht, Banken zu errichten. Aber diesen Gründungen war kein langes Leben beschieden. 1772 gründete Friedrich der Große ferner die preußische Seehandlung, die nach der Übernahme durch den Staat im Jahre 1810 die Preußische Staatsbank wurde. Aus der 1765 gegründeten Bank wurde 1846 eine preußische Bank, die jedoch, abgesehen von der staatlichen Leitung und einer staatlichen Einlage von 1 Million Taler, auf privater Grundlage betrieben wurde. Auch in Bayern, Baden, Sachsen, Württemberg, Braunschweig, Oldenburg, Thüringen entstanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Staatsbanken.

Die Deutsche Reichsbank, die 1875 entstand, war kein rein staatliches Unternehmen, wohl stand sie unter staatlicher Aufsicht.

1895 wurde die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, bekannt unter dem Namen Preußenbank, gegründet als ein mit staatlichen Mitteln betriebenes Unternehmen, das der Aufsicht des Finanzministeriums unterstand. Die durch den Dawesplan erzwungene Neubildung der Reichsbank nach dem Kriege stellt sich als bewußt staatliches unabhängiges Unternehmen dar.

Gerade in der Nachkriegszeit aber sehen wir in Deutschland auf der anderen Seite eine starke Zunahme der öffentlichen Kreditinstitute. Der Grund für diese Erscheinung liegt darin, daß die öffentliche Hand bestrebt war, den Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung in jener Zeit möglichst aus dem Wege zu gehen.

So bestehen heute neben den oben erwähnten Staatsbanken staatliche und provinzielle Rentenbanken, ferner Girozentralen kommunaler Verbände und eine große Zahl kommunaler Sparkassen. Es ist unmöglich, in diesem Zusammenhang auf die Vielzahl der Unternehmungen im Bankgewerbe einzugehen, an denen die öffentliche Hand in irgendeiner Form beteiligt ist; denn der Zweck dieser kurzen geschichtlichen Übersicht liegt darin, zu zeigen, wie in den öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiet des Bankwesens hinsichtlich der bevorzugten Bankgeschäfte ein Wandel eingetreten ist. Wir sehen, daß die Notausgabe im wesentlichen nicht mehr durch staatliche Institute erfolgt, um die Gefahr eines staatlichen Kreditmißbrauchs zu bannen. Dagegen hat das Diskont-, Depositen-, Lombard-, Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft, die Emission öffentlicher Schuldverschreibungen, das Scheck- und Girogeschäft als Feld der Betätigung öffentlicher Bankunternehmungen einen starken Aufschwung genommen.

f) Die öffentlichen Unternehmungen der Gemeinden.

Neben dem Reich und den Ländern betreiben auch die Gemeinden öffentliche Unternehmungen auf verschiedenen Gebieten ihres Tätigkeitsbereiches. So z. B. auf dem Gebiet des Verkehrswesens in Form von elektrischen Straßenbahnen, Kraftfahrlinien und Sekundärbahnen. Ferner finden wir, daß die Gemeinden Markthallen, Hafenanlagen und Schlachthöfe als öffentliche Unternehmungen aufziehen. Auch Sparkassen, Giroverbände, Kommunalbanken und kommunale Hypothekenanstalten können wir als öffentliche Unternehmungen der Gemeinden ansehen, wenn auch hier der erwerbswirtschaftliche Charakter nicht so sehr in den Vordergrund tritt, wie das Moment der Kreditversorgung. Die für unsere Untersuchung wichtigsten öffentlichen Unternehmungen der Gemeinden sind jedoch die sogenannten Versorgungsbetriebe auf dem Gebiet des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswesens; denn in ihnen werden in der Hauptsache jene Überschüsse erzielt, die eine fühlbare Entlastung der Gemeindefinanzwirtschaft und damit letzten Endes auch der Reichsfinanzwirtschaft bedeuten. Diese finanzielle Ergiebigkeit der Versorgungsbetriebe beruht auf der Eigenart der Bedürfnisse, zu deren Deckung diese Unternehmungen da sind. Das Bedürfnis nach Gas, Wasser und Elektrizität ist dringend, und die Nachfrage der Verbraucher deshalb bei einer Erhöhung des Gas-, Wasser- bzw. Elektrizitätspreises wenig dehnbar, d. h. der Verbraucher wird wegen der Dringlichkeit des zu befriedigenden Bedürfnisses bei einer Preiserhöhung seine Nachfrage nicht so stark einschränken können, daß die ihn beliefernde öffentliche Unternehmung, besorgt um ihren Absatz, die Preise senken müßte. Diese geringe Elastizität in Verbindung mit dem großen Umfang der Nachfrage, die ja auch aus der Bedürfnisdringlichkeit resultiert, ist die Grundlage der guten finanziellen Ergiebigkeit der Versorgungsbetriebe. Nicht zuletzt ist wohl der finanzielle Erfolg einer der Hauptgründe dafür, daß auch privates Kapital sich an den Versorgungsbetrieben zu beteiligen suchte, was in der Bildung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung, in der öffentliches und privates Kapital nebeneinander stehen, seinen Niederschlag fand. Doch hierüber im folgenden nähere Einzelheiten.

In seiner Studie „Die deutsche Gaswirtschaft“⁵⁾ unterscheidet Fritz Elsas hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung zwei große Zeiträume: die Periode der örtlichen und die der überörtlichen Gasversorgung. Die letztere ist die Zeit der Ferngasleitungen, deren tech-

⁵⁾ Schr. d. Ver. f. Soz. Pol. Bd. 176, 2, S. 374.

nische Durchbildung und Vervollkommnung es ermöglicht, von einem zentral gelegenen Gaswerk oder einer Zechenkokerei aus eine größere Anzahl von Gemeinden mit Gas zu versorgen. Der Weg der geschichtlichen Entwicklung führt von der privaten zur kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmung. „Der grundsätzliche Umschwung vom privaten zum kommunalen Betrieb bahnte sich etwa seit den sechziger Jahren an. Den äußeren Anlaß dazu bildeten vornehmlich zwei Ereignisse: die Konkurrenz des Petroleums und der Ablauf sehr vieler (privater) Gasverträge⁶⁾.“ Diese Entwicklung wird durch folgende Tabelle verdeutlicht⁷⁾:

J a h r	Gesamtzahl	davon sind			
		städtisch	in % der Gesamtzahl	privat	in % der Gesamtzahl
um 1860	266	66	24,8	200	75,2
" 1877	481	220	45,7	261	54,3
" 1883	610	290	47,5	320	52,5
" 1885	668	338	50,6	329	49,4
" 1896	724	408	58,2	293	41,8
" 1899	869	469	55,9	370	44,1
" 1908	1 647	1 098	66,7	549	33,3
" 1912	1 700	1 139	67,0	561	33,0

Im Jahre 1930 herrscht in der deutschen Gaswirtschaft die folgende Aufteilung der Gaserzeugung nach dem Eigentumsverhältnisse⁸⁾:

	Zahl der Werke		Erzeugung	
	insgesamt	in % der Gesamt-Zahl	absolut in Mill. cbm	in % der Gesamt-Erz.
Kommunale Werke	948	80,5	3 086	83,9
Gemischtwirtschaftl. - Werke	91	7,7	444	12,1
Private Werke	139	11,8	146	4,0
insgesamt	1 178	100,0	3 676	100,0

Die starke Stellung der Gemeinden und ihre überragende Bedeutung für die deutsche Gaswirtschaft geht aus diesen Angaben klar

⁶⁾ Vgl. Elsas, Die deutsche Gaswirtschaft. Schr. d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 176, 2, S. 7.

⁷⁾ Vgl. Elsas, a. a. O. Bd. 176, 2, S. 9.

⁸⁾ Vgl. Elsas, a. a. O., Bd. 176, 2, S. 17.

hervor. Hinzu kommt noch, daß auch in den gemischtwirtschaftlichen Werken ein starker kommunaler Einfluß vorhanden ist.

Ferner gibt die Tabelle einen Einblick in den Umfang und die Größe der Erzeugung der öffentlichen Unternehmungen in der deutschen Gaswirtschaft.

Auch in der Wasserwirtschaft, wenn wir sie im engeren Sinne als Trinkwasserversorgung und Wasserversorgung für gewerbliche Zwecke fassen, war anfänglich der private Betrieb dominierend. Trotzdem den Gemeinden oft große Verluste durch den Ankauf der privat bewirtschafteten und vielfach vernachlässigten Anlagen entstanden, sahen sie sich doch aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt dazu gezwungen. Sie brauchten dieses Vorgehen aber auch nicht zu bereuen; denn die Anlagen erwiesen sich, einmal auf einen technisch einwandfreien Stand gebracht, als finanziell sehr ertragreich.

Wenn wir uns jetzt der Elektrizitätswirtschaft zuwenden, so betreten wir jenes Gebiet wirtschaftlicher Belange, auf dem sich in wenigen Jahrzehnten die öffentliche Unternehmung in einem Maße festgesetzt hat, wie sonst nirgendwo. Ähnlich wie bei der Gaswirtschaft können wir auch hier im Zuge der geschichtlichen Entwicklung die Periode der örtlichen Versorgung von dem Zeitraum der überörtlichen Versorgung durch die sogenannten Überlandzentralen abgrenzen. Eine Tabelle für die nutzbar abgegebene Energie der deutschen Elektrizitätsunternehmungen zeigt uns den Anteil der privaten Werke und den der öffentlichen Unternehmungen und gibt uns gleichzeitig einen Überblick über den Elektrizitätsverbrauch⁹⁾.

Nutzbar abgegebene Energie in Millionen Kilowattstunden.

	1		2		3		4	
	Reichswerke		Länderwerke		Kommunale Werke		Gemischt= wirtschaftl.= Werke	
1927	1 660	10,1 %	2 030	12,2 %	5 260	31,8 %	49,40 %	29,8 %
1928	2 005	10,5 %	2 030	10,7 %	6 380	33,6 %	57,66 %	30,3 %
1929	2 345	10,8 %	2 296	10,6 %	7 097	32,8 %	72,07 %	33,2 %

	1 bis 4 zusammen		Private Werke		insgesamt	
1927	13 890	83,9 %	2 670	16,1 %	16 560	100 %
1928	16 181	85,1 %	2 822	14,9 %	19 003	100 %
1929	18 945	87,4 %	2 728	12,6 %	21 673	100 %

⁹⁾ Vgl. Schr. d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 176. 2, S. 78.

Wir sehen, daß den privaten Werken eine relativ untergeordnete Bedeutung zukommt.

Wie wir bereits oben erwähnten, findet die gemischtwirtschaftliche Unternehmung gerade auf dem Gebiet der Versorgungsbetriebe einen fruchtbaren Tätigkeitsbereich. Auch in der Elektrizitätswirtschaft suchte die private Hand ihren Einfluß auf diese Weise geltend zu machen, und hier waren es die Großunternehmungen der elektrotechnischen Industrie, die im Rahmen der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung mit der öffentlichen Hand ein Bündnis schlossen, um an den guten Gewinnen beteiligt zu sein.

In der folgenden Tabelle finden wir die Eigentumsverhältnisse der 85 größten, nicht privaten Werke Deutschlands niedergelegt, sowie den Anteil der Aktiengesellschaft als Organisationsform für öffentliche Elektrizitätsunternehmungen. Beides für das Jahr 1928¹⁰⁾.

	Gesamtzahl	davon A. G.
Unternehmungen des Reichs und der Länder	6	6
Gemeinsame Unternehmungen des Reichs, der Länder und Kommunen	2	2
Kommunale Werke	43	4
Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	34	32

Daß die Aktiengesellschaft als Form der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung vorherrscht, ist ohne weiteres verständlich, da diese Form dem hier bestehenden Kompromißverhältnis zwischen privater und öffentlicher Hand am besten gerecht wird. Aber wenn man berücksichtigt, daß in der Zeit nach 1928 sich noch manches kommunale Werk in die Form der AG. gekleidet hat, kann man sagen, daß die Aktiengesellschaft überhaupt die Organisationsform der öffentlichen Elektrizitätsunternehmung ist.

g) Sonstige öffentliche Unternehmungen.

Zur Abrundung des Bildes seien nun noch jene öffentlichen Unternehmungen kurz angeführt, die finanziell von geringerer Bedeutung sind, als die in den vorhergehenden Abschnitten im einzelnen behandelten Arten.

An erster Stelle wäre hier die öffentliche Unternehmung auf dem Gebiet des Münzwesens zu nennen. Schon im Mittelalter war das

¹⁰⁾ Vgl. Schr. d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 176, 2, S. 120.

Münzwesen in der Form des Münzregals Gegenstand öffentlicher Unternehmungstätigkeit, wenn man die ausschließlich dem Landesfürsten zustehende Ausübung der Münzprägung und ihre Benutzung als Erwerbsquelle so nennen darf. Heute denkt kein moderner Staat mehr daran, Münzprägung zum Zwecke des Erwerbes zu betreiben, da er sich nur selbst schaden würde. Der einzige finanzielle Gewinn, der heute aus der Münze erzielt werden kann, besteht in dem Schlag-schatz, der Differenz zwischen Nominal- und Metallwert bei der Ausprägung von Scheidemünzen. Heute erfolgt die Münzprägung durch die öffentliche Hand, um ein gleichwertiges Geld zu garantieren. Auch den Spieltrieb im Menschen hat die öffentliche Hand mit finanziellem Erfolg durch die Errichtung der staatlichen Lotterie auszunutzen versucht.

Während in der Vorkriegszeit die gewerbliche Betätigung des Reichs sich in der Hauptsache auf die Reichsdruckerei beschränkte, die gewerbliche Betätigung Preußens und Sachsens im Bergbau und in dem Betrieb der Porzellanmanufakturen, die Bayerns im Betrieb des Hofbräuhauses gipfelte, sah das Reich in der Nachkriegszeit sich gezwungen, die während des Krieges errichteten reichseigenen Anlagen auf den Friedensbedarf umzustellen. Es kam 1923 zur Bildung einer Dachgesellschaft, der sogenannten Vereinigten Industrie-Unternehmungen AG. (Viag), die als Holding-Gesellschaft alle Anteile des Reiches an einer Reihe von Aktiengesellschaften, vor allem auf dem Gebiet des Elektrizitätswesens, der Stickstoff- und Aluminiumwirtschaft, verwaltet.

Schließlich finden wir auch noch im Bereich des Wohnungs- und Versicherungswesens öffentliche Unternehmungen.

3. Die finanzwirtschaftlichen Unternehmungen.

Vorläufer der finanzwirtschaftlichen Unternehmung war die regalisierte Unternehmung, die in ihrer Entstehung auf das Mittelalter zurückgeht. In den Regalien schuf sich der Landesfürst Vorbehalte vor allem auf dem Gebiet des Berg- und Münzwesens sowie der Jagd und Fischerei. In der Nutzbarmachung dieser regalistischen Einnahmequellen war der Fürst von den Ständen vollkommen unabhängig. Die Erträge aus den Regalien flossen nur ihm zu und bildeten neben den Einkünften aus Grundbesitz und den Erträgen aus der Lehnsherrschaft die wesentliche Finanzierungsmöglichkeit der Staatsausgaben. Die Steuerwirtschaft stand noch in ihren Anfängen; sie

brauchte aber auch nicht ausgebildet zu sein, da der Staatsbedarf in der Hauptsache aus den Erwerbseinkünften gedeckt werden konnte.

Heute hat die regulisierte Unternehmung, abgesehen von ganz geringen Resten, nur noch eine Bedeutung als geschichtlich dagewesene Erscheinung.

An die Stelle der regulisierten Unternehmung tritt in neuerer Zeit das Finanzmonopol als staatlicher Vorbehalt der Erzeugung und des Vertriebs einer bestimmten Güterart.

Branntwein, Süßstoff und Zündhölzer bilden die geringe Zahl der Güter, die in Deutschland zum Gegenstand staatlicher Monopolgebarung gemacht worden sind, und die ihnen zugeordneten, hier kurz zu kennzeichnenden Finanzmonopole sind jüngeren Datums. An Versuchen, auch ein Tabakmonopol in Deutschland einzuführen, hat es nicht gefehlt; jedoch waren die Bemühungen ohne Erfolg. Ebenfalls gelang es nicht, einen Gesetzentwurf (1912) durchzubringen, der die Errichtung eines Petroleummonopols vorsah.

Das Reichsbranntweinmonopol wurde 1918 geschaffen und 1922 weiter ausgebaut. 1922 erfolgte die Einführung des Süßstoffmonopols, das allerdings schon 1926 in eine Verbrauchssteuer umgewandelt wurde, wobei freilich Herstellung und Einfuhr von Süßstoff nach wie vor der Genehmigung der Regierung bedurfte. Die Aufhebung dieses Monopols erfolgte wegen der sehr geringen finanziellen Bedeutung, die in dem geringen Absatz von Süßstoff ihren Grund hat. 1930 wird das Zündwarenmonopol eingerichtet.

Das Reichsbranntweinmonopol hat allen im Reich hergestellten Branntwein aus den größeren Brennereien zu übernehmen und zu verwerten. Ferner behält das Monopol sich die Einfuhr von Branntwein als Massenware vor, die Branntweinreinigung sowie die Branntweinherstellung aus Zellstoff.

Die Reichsmonopolverwaltung, bestehend aus Monopolamt und Verwertungsstelle, übt diese Funktionen aus. Neben den Monopolbrennereien, die die Verwaltung selbst betreibt, stehen die sogenannten Eigenbrennereien, die ihre Erzeugnisse, soweit sie nicht aus Korn und Obst gewonnen sind, an die Monopolverwaltung abliefern müssen, die dafür einen vereinbarten Übernahmepreis zahlt und ihrerseits den Verkaufspreis so stellt, daß ein bestimmter Mindestgewinn pro Hektoliter Weingeist für das Reich garantiert ist.

Den Umfang des Verbrauchs an Trinkbranntwein und Branntwein für gewerbliche Zwecke zeigt folgende Tabelle:

Zahl und Alkoholerzeugung der Brennereien *).

Jahr	Zahl	Weingeisterzeugung in hl
1922/33	42 689	2 022 913
1923/24	36 516	1 550 508
1924/25	39 613	1 839 463
1925/26	33 899	2 229 916
1926/27	37 723	1 870 667
1927/28	38 782	2 806 413
1928/29	35 957	3 243 117
1929/30	38 186	2 881 612
1930/31	28 901	2 569 077
1931/32	36 852	2 253 128
1932/33	33 462	3 003 017
1933/34	—	—

*) Stat. Jahrb. 1931, S. 127; 1934, S. 151; 1928, S. 129.

Verbrauch von Branntwein **).

Jahr	zu Trinkzwecken		zu gewerblichen und sonstigen Zwecken		Branntwein- verbrauch	
	im ganzen hl	pro Kopf der Bevölkerung l	im ganzen hl	pro Kopf l	überhaupt hl	pro Kopf l
1922/23	574 238	1,05	806 817	1,48	1 381 055	2,53
1923/24	339 016	0,58	698 542	1,20	1 037 558	1,79
1924/25	612 200	0,99	1 151 831	1,86	1 764 031	2,85
1925/26	656 259	1,04	1 226 932	1,96	1 883 191	3,00
1926/27	843 872	1,33	1 570 923	2,49	2 414 795	3,82
1927/28	826 303	1,30	1 772 808	2,79	2 599 111	4,09
1928 29	881 568	1,38	1 960 121	3,07	2 841 689	4,45
1929/30	485 022	0,75	1 616 254	2,52	2 101 276	3,27
1930/31	447 290	0,69	1 609 409	2,49	2 056 699	3,18
1931/32	397 182	0,61	2 144 991	3,31	2 542 173	3,92
1932/33	502 730	0,77	2 557 034	3,92	3 059 764	4,69

**) Stat. Jahrb. 1931, S. 321; 1934, S. 326; 1928, S. 402.

Am Zündwarenmonopol ist die Art seiner Entstehung interessant. Als Gegenleistung für eine Anleihe, die der schwedische Zündholztrust dem in großer finanzieller Not befindlichen Reich gibt, wird ein Zündwarenmonopol als Übernahme-, Einfuhr- und Ausfuhrmonopol errichtet, dessen Ausübung der Deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft übertragen wird, die unter Reichsaufsicht steht. Von ihrem erzielten Reingewinn erhält das Reich 13,— RM. von jeder von der Gesellschaft abgesetzten Normalkiste (Inhalt 6 000 000 Stück). Der restliche Reingewinn geht nach Ausschüttung der Gesellschaftsdividende zu gleichen Teilen an das Reich und an die schwedische Zündholzgesellschaft.

III. Die reichsfinanzwirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen.

1. Die ökonomische Bedeutung.

Betrachtet man die öffentliche Unternehmung als ökonomisches Problem, so bedeutet dies einmal eine Untersuchung des ökonomischen Zusammenhangs zwischen öffentlicher Unternehmung und Finanzwirtschaft sowie zwischen Privatwirtschaft und Finanzwirtschaft, ferner eine Betrachtung des Verhältnisses beider Unternehmungsarten bezüglich ihrer Fähigkeit, der öffentlichen Wirtschaft Mittel für die Erfüllung öffentlicher Zwecke zuzuführen.

Präzisiert würde dann die zu beantwortende Frage lauten: Ist die Unterhaltung öffentlicher Unternehmungen vom finanzwirtschaftlichen Standpunkt aus rein ökonomisch gerechtfertigt?

Man kann aber auch das „ökonomisch“ weiter fassen, und zwar als „volkswirtschaftlich“, indem man dabei auf die beste Bedarfsversorgung der Volksgemeinschaft abzielt. Die Untersuchung hat dann die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmung zum Gegenstand.

Beide Fragestellungen sollen hier kurz erörtert werden.

a) Öffentliche und private Unternehmen in ihrer Bedeutung als Bereitsteller von Mitteln für die Reichsfinanzwirtschaft.

Tragen die öffentlichen Unternehmen durch die Abführung ihrer Reinerträge an die Finanzwirtschaft des öffentlichen Körpers, dem sie eingegliedert sind, unmittelbar zur Deckung der Ausgaben für öffentliche Zwecke bei, so tun dies die privaten Unternehmen mittelbar in Form der Steuerzahlung. Aber nicht nur öffentliche Unternehmungen, die dem Reich unterstehen, sind Bereitsteller von Mitteln für die Reichsfinanzwirtschaft; auch die Unternehmen der Reichsfinanzwirtschaft unter- und eingeordneten Finanzwirtschaften anderer öffentlicher Körper sind durch die Mittelhergabe für Zwecke

ihrer zugeordneten Finanzwirtschaft indirekt von Wert für die Reichsfinanzwirtschaft, da z. B. durch den Eingang von Reinerträgen gemeindlicher Versorgungsbetriebe bei der Finanzwirtschaft der betreffenden Gemeinde die Reichsfinanzwirtschaft entlastet wird, indem ihr die Gemeindefinanzwirtschaft gewisse Ausgaben für öffentliche Zwecke nun abnehmen kann.

Dasselbe gilt von den Steuern, die private Unternehmen nicht an das Reich, sondern an andere öffentliche Körperschaften zu entrichten haben; auch hier wird eine Entlastung der Reichsfinanzwirtschaft erzielt. Sehen wir einmal davon ab, inwieweit die Art der Ausgaben eine besondere Form der Einnahmen bedingen könnte, so entsteht nun die Frage: Was ist für die Reichsfinanzwirtschaft ökonomischer: soll sie in ihrer Ausgabendeckung sich mehr auf die Einnahmen aus privaten Unternehmungen oder mehr auf die Erträge aus öffentlichen Unternehmen stützen?

Theoretisch sind zwei Grenzfälle möglich: Die Reichsfinanzwirtschaft stützt sich nur auf private Unternehmen, soweit das Steueraufkommen überhaupt aus Unternehmungserträgen bestritten wird, oder sie stützt sich nur auf öffentliche Unternehmungen.

Da für die Verwirklichung des zweiten Falles eine höchst unwirkliche Wirtschaftsverfassung vorauszusetzen wäre, welche die privaten Unternehmer günstiger stellt als die übrigen Privatpersonen, scheidet er aus.

Der erste Fall wäre jedoch diskutabel; jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der gesamte Reinertrag eines öffentlichen Unternehmens kleiner wäre als das bei der Finanzwirtschaft anfallende Steueraufkommen einer privaten Unternehmung, das aber wieder nur einen Teil des Gesamtertrages der Privatunternehmung ausmacht. Erst wenn diese Voraussetzung zutreffen würde, wäre es für die Reichsfinanzwirtschaft vorteilhafter, ihre öffentlichen Unternehmungen in Privathand übergehen zu lassen. Derartig große Unterschiede der Ertragserwirtschaftung bei privaten und öffentlichen Unternehmen sind aber in praxi nicht vorhanden, da sich auch die öffentliche Unternehmung einer auf der Höhe der Zeit stehenden Wirtschaft bedienen wird. Deshalb scheidet auch der erste Grenzfall mithin aus. Nun ist aber wohl zu beachten, daß nicht immer das erwartete rein finanzielle Ergebnis der Grund zur Errichtung öffentlicher Unternehmungen ist, sondern daß verschiedene andere Motive, die wir noch erörtern werden, dabei oft eine so große Rolle spielen, daß das fiskalische Ergebnis der öffentlichen Bewirtschaftung vollkommen in den Hinter-

grund tritt. Deshalb ist die gestellte Frage ausgehend von dem eng gefaßten Begriff des „ökonomisch“ nicht zu beantworten.

Es wird deshalb unter Ablehnung der beiden Grenzfälle von Fall zu Fall zu entscheiden sein, ob die öffentliche Wirtschaft durch Errichtung öffentlicher Unternehmen in Konkurrenz zu den privaten Unternehmungen treten soll oder nicht, indem fiskalische und nicht fiskalische Beweggründe gegeneinander abgewogen werden; denn auch die Berücksichtigung anderer als fiskalischer Gesichtspunkte bedingt schließlich vom Standpunkt der Finanzwirtschaft im Hinblick auf die gesamte Volkswirtschaft ein ökonomisches, ein wirtschaftliches Verhalten. Dies bringt uns zur Erörterung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen.

b) Die volkswirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen.

Wenn wir zunächst einmal die im zweiten Kapitel angeführten Arten der öffentlichen Unternehmung daraufhin untersuchen, wieweit sie fiskalischen oder nicht fiskalischen Beweggründen ihr Entstehen verdanken, kommen wir zu folgendem Ergebnis:

Feldgüter, Bergbauunternehmen, Hütten und Salinen sowie die finanzwirtschaftlichen Unternehmen sind zweifellos wegen ihrer finanziellen Ertragsfähigkeit von der öffentlichen Wirtschaft übernommen worden. Bei der Forstwirtschaft, der Eisenbahn, der Post und den Versorgungsbetrieben kreuzen sich fiskalische Beweggründe für ihre öffentliche Bewirtschaftung mit gemeinnützigen Gesichtspunkten. So spielt beim Übergang der Forstwirtschaft in die öffentliche Hand die Bedeutung des Waldbestandes für Klima und Bodenbeschaffenheit eine große Rolle, da dieser Bedeutung eine pflegliche Behandlung der Wälder gerecht werden muß, die am besten durch die Form der öffentlichen Unternehmung gesichert erscheint.

Eisenbahn und Post drängen zum Monopol; die Eisenbahn allein schon aus technischen Gründen; denn eine Konkurrenz auf der Schiene war technisch unmöglich. Aber auch der Postverkehr mußte durch eine Monopolisierung stark an Sicherheit und Schnelligkeit gewinnen. Solche Monopole jedoch privaten Unternehmen zu überlassen, die sie schrankenlos ausnützen können, entspricht keineswegs den Belangen der Allgemeinheit, da die von Eisenbahn und Post gebotenen Leistungen für alle Glieder der Volksgemeinschaft von enormer Wichtigkeit sind und deshalb nicht ohne guten Grund verteuert werden

dürfen. Hier bietet die Form der öffentlichen Unternehmung eine bessere Garantie, als der Betrieb durch private Unternehmer, daß das Monopol im Interesse der Gesamtheit nicht voll ausgenutzt wird und das fiskalische Moment in den Hintergrund tritt.

Auch die sogenannten Versorgungsbetriebe erfordern eine monopolistische Organisation; auch hier handelt es sich um die Deckung wichtiger Bedürfnisse weitester Bevölkerungskreise. Deshalb erscheint die öffentliche Intervention durchaus geboten und begründet, schon um die Nachfrage gleichmäßig zu versorgen.

Das schließt aber nicht aus, daß bei diesen Arten der öffentlichen Unternehmung neben den erwähnten gemeinnützigen Beweggründen auch fiskalische Erwägungen bei ihrer Errichtung Pate gestanden haben; denn Forstwirtschaft, sowohl wie Eisenbahn, Post und Versorgungsbetriebe werfen hohe Gewinne ab, die in Verbindung mit den gemeinnützigen Motiven die öffentliche Wirtschaft geradezu zum Eingreifen verlocken.

Für die Errichtung von öffentlichen Unternehmungen auf dem Gebiet des Bankwesens, des Münzwesens und der Lotterie hingegen sind, man kann wohl sagen ausschließlich nicht fiskalische Motive maßgebend gewesen. Dasselbe gilt von den in der Viag zusammengefaßten industriellen Beteiligungen des Reiches.

So war bei der Gründung öffentlicher Bankinstitute der Wunsch, für bestimmte Zwecke unabhängig von der privaten Kreditgewährung zu sein, wohl die Haupttriebfeder.

Daß Münzwesen und Lotterie am besten als öffentliche Unternehmungen aufgezogen werden, liegt beim Münzwesen in der großen Bedeutung des allgemeinen Vertrauens zum umlaufenden Gelde; und um den Spielbetrieb in den notwendigen Grenzen zu halten, ist es besser, wenn er in der staatlichen Lotterieunternehmung einer gewissen Kontrolle unterliegt, da er durch private Unternehmen leicht zu Auswüchsen getrieben werden kann, ganz abgesehen von dem größeren Zutrauen, das der Spieler zur staatlichen Unternehmung haben wird. Die in der reichseigenen Viag, als Dachgesellschaft, zusammengefaßten Unternehmen verdanken ihre Übernahme in die öffentliche Wirtschaft gewissen anormalen Entwicklungstendenzen der Kriegszeit.

So ging z. B. der wesentliche Bestandteil der Elektrizitätsgruppe der Viag, die Elektrowerke AG., in die öffentliche Hand über, weil die privaten Gründer, in diesem Fall die AEG., das Großkraftwerk Zschornowitz zwar errichtet hatte, aber nicht in der Lage war, es ohne Verluste weiterzuführen. Und die Stickstoffgruppe der Viag entstand, weil im Weltkrieg der Stickstoff ein unbedingt notwendiges Erzeugnis war, die privaten Unternehmer aber die Erzeugung als zu risikoreich

und wenig rentabel nur mit staatlichen Subventionen und Garantien übernehmen wollten¹⁾).

Wir sehen also, daß sowohl fiskalische Erwägungen allein als auch ausschließlich nicht fiskalische Beweggründe, aber auch eine Mischung beider Motive die Entstehung öffentlicher Unternehmungen verursacht haben, und daß man der ökonomischen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen im Hinblick auf die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht durch generelle grundsätzliche Aussagen über das Problem: „Staatsbetrieb oder nicht“, sondern nur durch eine Entscheidung von Fall zu Fall gerecht werden kann.

Generelle Aussagen sind u. E. nur möglich, wenn es sich darum handelt, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung aufzuzeigen, was nun noch kurz geschehen soll.

Dem Vorzug der unselbständigen öffentlichen Unternehmung, durch ihre unmittelbare Eingliederung in die öffentliche Verwaltung die nicht fiskalischen Zwecke einer öffentlichen Unternehmung, z. B. die Wahrung der Belange der Allgemeinheit durch unmittelbares Eingreifen gut verwirklichen zu können, stehen schwere Nachteile gegenüber. Der direkte Weg vom unmittelbaren beamteten Leiter der Unternehmung bis zur öffentlichen Körperschaft als eigentlicher Leitung ist durch zahlreiche Instanzen gleichsam verbaut. Dieser Instanzenzug bedingt eine gewisse Schwerfälligkeit der Entschlußfassung. Da alle Instanzen mit Ausnahme der obersten nicht persönlich am Ertrag der Unternehmung interessiert sind, liegt die Gefahr nahe, daß der Betrieb verbürokratisiert. Da ferner die unselbständige öffentliche Unternehmung ihre leitenden Beamten finanziell nicht besser stellen kann als die leitenden Beamten anderer Zweige der öffentlichen Verwaltung, ist es leicht möglich, daß gerade die am besten geeigneten Leiter versuchen werden, in besser bezahlte Stellen der Privatwirtschaft abzuwandern.

Einen kleinen Fortschritt bezüglich dieser Nachteile zeigt die schwach selbständige öffentliche Unternehmung, indem hier der Instanzenzug auf ein Minimum heruntergedrückt wird. Aber erst der Art der verselbständigten öffentlichen Unternehmung in der Form des autonomen Wirtschaftskörpers, der privatrechtlichen verselbständigten Unternehmung und der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung gelingt es, die Vereinfachung der Verwaltung mit größerer Verantwortlichkeit und besserer Bezahlung der leitenden

¹⁾ Vgl. hierzu M. Saitzew, a. a. O., S. 76—78.

Personen zu verbinden, und zwar in der privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmung in verstärktem Maße als in der Form des autonomen Wirtschaftskörpers. Ein Nachteil entsteht bei der Abkehr von der Unternehmungsform der unselbständigen öffentlichen Unternehmung durch den teilweisen Verzicht auf den Vorteil, den diese Unternehmungsform, wie wir sahen, bietet. Die erzielten Vorteile, die durch die an ihre Stelle tretenden Unternehmungsformen erzielt werden, wiegen jedoch schwerer.

Ein Beispiel für die Berücksichtigung dieses Zwiespalts bietet die neue deutsche Gemeindeordnung: die Durchführung des Grundsatzes der uneingeschränkten Führerverantwortlichkeit und des Prinzips: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ auf allen Gebieten des gemeindlichen Lebens ist auch für das Gebiet der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden von großer Bedeutung; denn in den öffentlichen Gemeindeunternehmungen wird so trotz Vereinfachung der Verwaltung und größerer Verantwortlichkeit der leitenden Personen die Wahrung der Belange der Allgemeinheit sicher gewährleistet.

Eine Betrachtung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen wäre unvollständig, würden wir nun nicht noch einen Blick werfen auf die Stellung der öffentlichen Unternehmung in der dynamischen Marktwirtschaft. Die Erträge der öffentlichen Unternehmungen, die der Finanzwirtschaft zufließen, stammen aus Erlösen von Gütern und Leistungen, die am Markt in freier, beschränkter oder ausgeschlossener Konkurrenz erzielt werden. Da die dynamische Marktwirtschaft dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Wechsellagen unterliegt, die Erträge ihrer Unternehmungen mithin schwanken, im Aufschwung stark ansteigen und in der Stockung stark sinken, müssen auch die finanzwirtschaftlichen Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen dem Konjunkturverlauf entsprechend größer oder kleiner werden. Die Finanzwirtschaft muß aber danach trachten, ihre Einnahmen möglichst gleichmäßig anfallend zu gestalten, da sie mit Rücksicht auf das Gleichgewicht des Budgets im vorhinein ungefähr wissen muß, mit wieviel Ausgabendeckungsmitteln sie rechnen kann. Der Dynamik der Marktwirtschaft steht so gewissermaßen eine Statik der Finanzwirtschaft gegenüber. Würde der Anteil der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen an den gesammelten Einnahmen der Finanzwirtschaft sehr groß sein, so könnte der Fall eintreten, daß die Statik der Finanzwirtschaft durch die im Wechsellagenrhythmus schwankenden Einkünfte aus öffentlichen Unternehmen gestört wird.

Sehr groß ist indes die Gefahr einer derartigen Störung für die

Reichsfinanzwirtschaft nicht; denn seit langem bilden die Steuereinnahmen dort das Rückgrat der Ausgabendeckung; sie fließen ihr gleichmäßig zu, unabhängig davon, in welchem Stadium des Wechsel-lagenkreislaufs die Gesamtwirtschaft sich befindet, da die Steuer kraft Gesetzes erhoben wird und bezahlt werden muß, ob die private Unternehmung sie nun aus ihrem Gewinn bestreiten kann oder nicht.

Für die der Reichsfinanzwirtschaft eingeordneten Finanzwirtschaften anderer öffentlicher Körperschaften können jedoch solche eben angedeuteten Störungsmöglichkeiten eher entstehen.

Einen Vorschlag, die Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen, unabhängig von den wirtschaftlichen Wechsel-lagen, gleichmäßig fließend zu gestalten, hat R i t s c h l ²⁾ gemacht: Nach ihm ist die ideale Form der Verkoppelung der staatlichen Gemeinwirtschaft und der dynamischen Marktwirtschaft die Bildung eines Ausgleichsfonds, wodurch gleichsam ein Puffer zwischen Marktwirtschaft und Finanzwirtschaft eingeschaltet wird, der die Konjunkturstöße auffängt. Uns scheint die praktische Verwirklichung dieses Gedankens jedoch sehr problematisch zu sein, da es schwer sein wird, die Größe dieses notwendigen Ausgleichsfonds zu bestimmen, da die Dauer einer wirtschaftlichen Stockung im vorhinein nicht genau anzugeben ist.

2. Die fiskalische Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen.

Für die Untersuchung der fiskalischen Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen sind wir an die amtlich vorliegenden statistischen Angaben gebunden, die durch die Art ihrer Veröffentlichung unsere Auswertung weitgehend beeinflussen. Wegen der längst nicht in wünschenswerter Breite vorliegenden statistischen Daten wird es sich nicht vermeiden lassen, daß Lücken in der Ausarbeitung entstehen. Immerhin wird es aber möglich sein, ein einigermaßen abgerundetes Bild der Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen für die Reichsfinanzwirtschaft zu geben und damit auch ein Maß für den im Lauf der Zeit auf diesem Gebiet öffentlicher Tätigkeit eingetretenen Bedeutungswandel.

a) Der Finanzbedarf und seine Deckung.

Der Finanzbedarf einer öffentlichen Körperschaft bemißt sich nach dem Umfang der zu tätigenen Ausgaben, deren Erfüllung Einnahmen verschiedener Art dienen. Während der Finanzbedarf über Art

²⁾ Vgl. Ritschl: Schr. d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 176, I, S. 58—60.

und Umfang der öffentlichen Aufgaben unterrichtet, gibt die Höhe der vorzunehmenden Ausgaben ein Maß für den von der öffentlichen Körperschaft zu machenden Entzug wirtschaftlicher Güter; und die Art der Einnahmen schließlich zeigt die Quellen, aus denen diese wirtschaftlichen Befriedigungsmittel geschöpft werden. In ihrer Aufgliederung nun geht die Reichsfinanzstatistik so vor: Ein Teil des Finanzbedarfs des Reichs, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände wird gedeckt durch die sogenannten „Speziellen Deckungsmittel“. Es sind dies Einnahmen, die gewissen, bestimmten Verwaltungszweigen zufließen und so bereits eine teilweise Deckung des Finanzbedarfs dieser Verwaltungszweige bewirken. Neben den laufenden speziellen Einnahmen in der Hauptsache aus Gebühren, Beiträgen, Pacht- und Zinszahlungen stehen einmalige spezielle Einnahmen gewisser Verwaltungszweige durch Verkauf von Grundstücken oder sonstigen Sachgütern, oder durch Schuldenaufnahme, jedoch nur für die Erfüllung gewisser außergewöhnlicher Aufgaben eines bestimmten Verwaltungszweiges. Aber nur ein kleiner Teil des Finanzbedarfs kann so gedeckt werden. Der Deckung des größeren Restes dienen die sogenannten „Allgemeinen Deckungsmittel“, die im wesentlichen aus dem gesamten Steueraufkommen und den Einnahmen aus dem öffentlichen Erwerbsvermögen bestehen. Den Finanzbedarf nach Abzug der speziellen Deckungsmittel nennt die Reichsfinanzstatistik „Zuschußbedarf“.

Das Ausmaß und die Deckung des Finanzbedarfs von Reich, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Hansastädten in den verschiedenen bisher statistisch erfaßten Jahren zeigt nun die folgende Tabelle³⁾ ⁴⁾:

Der Posten „Erwerbsvermögen“ in der folgenden Tabelle bedarf noch einer Erläuterung: die Reichsfinanzstatistik faßt in diesem Begriff nämlich die Betriebe einschließlich der Beteiligungen und das allgemeine Grund- und Kapitalvermögen zusammen. Die Einbeziehung der Monopoleinnahmen dagegen erfolgt unter dem Posten „Steuern und Zölle“. Das allgemeine Grund- und Kapitalvermögen dient weder wie das Verwaltungsvermögen unmittelbar gewissen Verwaltungszwecken noch gehört es zu den Betrieben.

³⁾ Die Grundzahlen für alle folgenden Tabellen sind, soweit nicht am betreffenden Ort anderweitig vermerkt, zu finden: Für 1913/14, 25/26, 26/27 in Einzelschr. z. St. d. d. R. Nr. 10 u. 14; für 27/28 in Einzelschr. Nr. 14 u. Wirtsch. u. Stat. 1930, 8 Sonderbeilagen, für 28/29 in Einzelschr. Nr. 20, für 29/30 u. 30/31 in Statistik der D. R. Bd. 437, für 31/32 in Statistik d. D. R. Bd. 440.

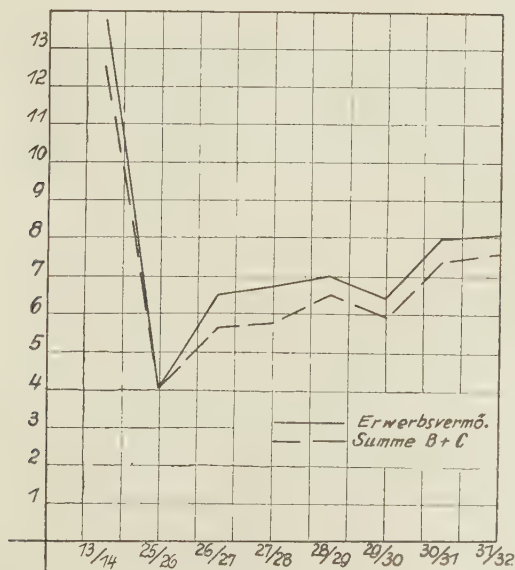
⁴⁾ In allen Tabellen beziehen sich die Angaben für 1913/14 auf den Gebietsstand des Deutschen Reichs von 1925 ohne Saargebiet. Ferner geben die absoluten Zahlen für 1913/14 die Vorkriegskraft an.

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
	in Millionen RM							
Reiner Finanzbedarf	7 178,3	14 465,5	17 200,8	18 769,4	20 801,3	20 871,6	20 405,7	16 977,3
gedeckt durch								
Spezielle Deckungsmittel	1 741,0	2 737,2	3 570,5	3 785,0	3 833,5	4 141,9	3 345,2	2 619,4
Zuschußbedarf	5 437,3	11 728,3	13 630,3	14 984,4	16 967,8	16 729,7	17 060,5	14 357,9
davon gedeckt durch								
Allgemeine Deckungsmittel:								
a) Erwerbsvermögen	992,5	568,8	1 120,6	1 264,6	1 460,9	1 337,3	1 634,6	1 366,5
b) Steuern und Zölle	4 045,8	10 578,1	11 675,4	13 544,4	14 296,6	14 379,0	14 141,8	12 181,3
Reiner Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
gedeckt durch								
Spezielle Deckungsmittel	24,3	18,9	20,8	20,2	18,4	18,4	16,4	15,4
Zuschußbedarf	75,7	81,1	79,2	79,8	81,6	80,2	83,6	84,5
davon gedeckt durch								
Allgemeine Deckungsmittel:								
a) Erwerbsvermögen	13,8	4,0	6,5	6,7	7,0	6,4	8,0	8,1
b) Steuern und Zölle	56,4	73,1	67,9	72,1	68,8	68,9	69,3	71,8

Berücksichtigt man dies, so ergibt sich die folgende Aufgliederung der Reineinnahmen aus den gesamten Erwerbseinkünften in Mill. M. bzw. RM.:

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
A. Grund- u. Kapital- Vermögen	95,5	151,8	387,0	441,7	398,1	374,4	345,4	249,6
B. reines Erwerbsein- kommen	897,0	417,0	733,6	822,9	1062,8	962,9	1289,2	1116,9
C. Monopoleinnahmen	—	154,1	228,4	262,4	298,4	273,0	216,1	183,4
Summe B und C	897,0	571,1	962,0	1085,3	1361,2	1235,9	1505,3	1300,3
reiner Finanzbedarf	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Summe B u. C	12,5	4,0	5,6	5,8	6,5	5,9	7,4	7,6
Erwerbsverm. nach der Reichsfinanzstatistik in v. H. des Finanzbedarfs	13,8	4,0	6,5	6,7	7,0	6,4	8,1	8,1

Der Durchschnitt der Jahre 1925/26 bis 1931/32 beträgt für Summe B + C 6,2 v. H. des Finanzbedarfs und für das Erwerbsvermögen 6,7 v. H. Der Unterschied ist mithin für die Nachkriegszeit recht gering und auch für die Vorkriegszeit mit 1,3 nicht sehr hoch. Die folgende Aufzeichnung der Zahlen in Kurvenform gibt ein ganz klares Bild:



Man sieht, die beiden Kurven liegen eng zusammen und verlaufen für weite Strecken nahezu parallel. Die Tabellen und die Kurven zeigen, daß der Anteil der gesamten Erwerbseinkünfte an der Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden relativ gering ist und deshalb nicht überschätzt werden darf. Ob man das Erwerbsvermögen der Reichsfinanzstatistik oder die reinen Erwerbseinkünfte und Monopoleinnahmen (Summe B + C) der Betrachtung zugrunde legt; immer zeigen die Zahlen eindeutig, daß die an sich recht beachtlichen Ziffern der Reineinnahmen nicht über ihre geringe Bedeutung für die Befriedigung des gesamten Finanzbedarfs hinwegtäuschen dürfen, die überwiegend, wie wir sehen, durch das Steueraufkommen erfolgt. Die Ursache für den starken Rückgang der Erwerbseinkünfte gegenüber der Vorkriegszeit wird im folgenden noch näher beleuchtet werden.

Dieser Gesamtüberblick zeigt, wie das Kräfteverhältnis im Gesamthaushalt ist. Eine Ergänzung findet er im A n h a n g, wo die öffentlichen Körperschaften einzeln herausgestellt werden.

Der Anteil des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs und die größenmäßige Verschiebung des Anteils in den verschiedenen Jahren tritt noch deutlicher hervor, wenn wir in den beiden folgenden Tabellen die diesbezüglichen Ergebnisse der bisherigen Untersuchung zusammenfassen, wobei in der ersten die absoluten Zahlen und die berechneten Meßziffern für das Erwerbsvermögen stehen, während in der zweiten das Vorkriegsjahr gleich 100 gesetzt wird.

Wenn auch der Begriff des Erwerbsvermögens der Reichsfinanzstatistik etwas, wie wir sahen, abweicht von dem dieser Arbeit zugrunde gelegten Begriff der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen, so ist der Unterschied recht gering, und deshalb ist die aus den beiden folgenden Tabellen zu gewinnende Anschauung keineswegs wertlos.

a = absolute Zahlen in Millionen M bzw. RM

b = Meßziffern (in von Hundert des Finanzbedarfs)

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Preußen	a) 592,0 b) 17,9	330,4 6,0	484,7 7,5	482,6 6,9	564,0 7,5	500,1 6,3	573,9 7,6	497,9 7,8
Bayern	a) 81,2 b) 16,2	89,3 9,5	104,6 10,3	114,7 10,1	112,8 9,6	100,4 8,3	94,2 8,1	78,5 7,6
Sachsen	a) 52,3 b) 15,0	29,7 4,0	73,6 7,8	68,2 6,6	85,7 7,6	92,3 7,9	94,1 8,5	84,7 9,4
Württemberg	a) 23,7 b) 12,3	30,4 7,6	36,7 8,8	32,2 7,2	43,4 8,6	46,3 9,8	42,2 8,7	36,1 8,6
Baden	a) 27,6 b) 14,4	29,1 7,5	43,8 9,6	44,8 9,2	50,2 10,3	41,6 8,2	39,7 8,4	29,9 7,4
Thüringen	a) 19,7 b) 21,5	20,9 11,2	27,3 11,7	28,4 11,4	27,1 10,6	27,3 10,8	25,5 10,7	23,7 11,6
Hessen	a) 6,0 b) 6,0	23,6 10,8	25,2 9,9	26,5 10,1	25,4 9,9	21,8 7,6	19,7 7,4	14,1 5,9
Mecklenburg Schwerin	a) 17,2 b) 38,5	7,8 10,1	12,2 13,1	14,7 11,7	11,5 9,5	10,9 8,6	11,3 9,6	8,8 8,6
Oldenburg	a) 4,4 b) 14,3	3,0 4,7	5,8 8,6	6,7 9,3	5,2 7,3	4,2 9,3	6,5 9,2	5,1 8,5
Braunschweig	a) 10,1 b) 28,2	9,2 13,8	14,6 18,8	11,3 13,0	11,6 11,6	8,8 9,1	7,9 8,7	6,7 8,8
Anhalt	a) 6,1 b) 28,8	3,3 7,5	5,6 10,5	8,2 14,4	6,6 10,8	4,8 7,7	4,8 7,7	6,2 11,2
Lippe	a) 1,2 b) 18,0	1,3 8,4	2,1 11,7	1,7 8,4	2,3 11,2	2,1 10,4	1,6 8,0	1,4 8,0
Mecklenburg Strelitz	a) 3,2 b) 46,7	3,3 21,8	3,2 20,8	3,3 16,8	5,1 24,3	3,5 17,8	2,5 13,4	1,3 7,8
Waldeck	a) 0,2 b) 8,5	0,4 8,9	0,7 13,5	0,6 11,4	1,2 16,5	— —	— —	— —
Schaumburg Lippe	a) 0,5 b) 26,8	0,4 10,1	0,6 11,6	0,7 10,8	0,7 11,6	0,7 10,9	0,7 12,1	0,3 5,3
Hamburg	a) 31,7 b) 14,0	10,9 3,2	31,7 8,7	36,1 8,6	35,0 7,6	42,1 8,5	48,3 10,3	51,0 14,1

		1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Bremen	a)	6,7	8,6	12,8	13,5	14,0	16,0	18,3	19,0
	b)	10,5	9,4	11,8	11,1	10,8	12,6	14,8	18,2
Lübeck	a)	2,6	2,8	3,7	3,7	4,1	4,6	4,7	4,8
	b)	19,0	11,1	11,9	11,0	12,0	12,4	13,2	14,8
◁ Länder ohne Gemeinden, Gemeinde- verbände u. Hansestädte ▷	a)	496,5	170,0	197,5	280,5	293,7	253,8	172,2	72,2
	b)	29,0	5,1	5,3	7,0	7,0	6,1	4,3	2,1
Gemeinden u. Gemeinde- verbände ohne Hansestädte	a)	278,9	412,1	643,5	506,7	620,6	611,2	752,4	722,6
	b)	10,0	7,7	10,0	7,2	8,1	7,6	9,9	11,4
Hansestädte	a)	41,0	22,2	48,1	53,8	53,1	62,7	71,3	74,8
	b)	13,4	4,9	9,5	9,4	8,6	9,5	11,3	15,0
Reich	a)	176,1	— 35,5	231,5	452,6	455,0	409,6	638,7	576,9
	b)	7,4	— 0,7	3,5	6,3	5,4	5,1	7,8	8,7
Reich, Länder Gemeinden, Gemeinde- verbände u. Hansestädte	a)	992,5	568,8	1120,6	1264,6	1460,9	1337,3	1634,6	1366,5
	b)	13,8	4,0	6,5	6,7	7,0	6,4	8,0	8,1
Preußen	a)	100	55,8	81,9	81,5	95,3	84,5	96,9	84,1
	b)	100	33,5	41,9	38,5	41,9	35,2	42,4	43,6
Bayern	a)	100	110,0	128,8	141,2	138,9	123,6	116,0	96,7
	b)	100	58,6	63,6	62,3	59,2	51,2	50,0	46,9
Sachsen	a)	100	56,8	140,7	130,4	163,9	176,5	179,9	161,9
	b)	100	26,7	52,0	44,0	50,7	52,7	56,7	62,7
Württemberg	a)	100	128,3	154,8	135,8	183,1	195,3	178,0	152,3
	b)	100	61,8	71,5	58,5	69,9	79,7	70,7	69,9
Baden	a)	100	105,4	158,7	162,3	181,9	150,7	143,8	108,3
	b)	100	52,1	66,7	63,9	71,5	56,9	58,3	51,4
Thüringen	a)	100	106,1	138,6	144,2	137,6	138,6	129,4	120,3
	b)	100	52,1	54,4	53,0	49,3	50,2	49,8	53,9
Hessen	a)	100	393,3	420,0	441,7	423,3	363,3	328,3	235,0
	b)	100	180,0	165,0	168,3	150,0	126,6	123,3	98,3

(Fortsetzung u. Schluß)

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Mecklenburg Schwerin	a) 100	45,3	70,9	85,5	66,9	63,4	65,7	51,2
	b) 100	26,2	34,0	30,4	24,7	22,3	24,9	22,3
Oldenburg	a) 100	68,2	131,8	152,3	118,2	95,4	147,7	115,9
	b) 100	32,9	60,1	65,0	51,0	65,0	64,3	59,4
Braunschweig	a) 100	91,1	144,5	111,9	114,8	87,1	78,2	66,3
	b) 100	48,9	66,7	46,1	41,1	32,3	30,8	31,2
Anhalt	a) 100	54,1	91,8	134,4	108,2	78,7	78,7	101,6
	b) 100	26,0	36,4	50,0	37,5	26,7	26,7	38,9
Lippe	a) 100	108,3	175,0	141,7	191,7	175,0	133,3	116,7
	b) 100	46,7	65,0	46,7	62,2	57,8	44,4	44,4
Mecklenburg Strelitz	a) 100	103,1	100,0	103,1	159,4	109,4	78,1	40,6
	b) 100	46,7	44,5	36,0	52,0	38,1	28,7	16,7
Waldeck	a) 100	200,0	350,0	300,0	600,0	—	—	—
	b) 100	104,7	158,8	134,1	194,1	—	—	—
Schaumburg Lippe	a) 100	80,0	120,0	140,0	140,0	140,0	140,0	60,0
	b) 100	37,7	43,3	40,3	43,3	40,7	45,1	19,8
Hamburg	a) 100	34,4	100,0	113,9	110,4	132,8	152,3	160,9
	b) 100	22,8	62,1	61,4	54,3	60,7	73,6	100,7
Bremen	a) 100	128,3	191,0	201,5	208,9	238,8	273,1	283,6
	b) 100	89,5	112,4	105,7	102,8	120,0	140,9	173,3
Lübeck	a) 100	107,7	142,3	142,3	157,7	176,9	180,8	184,6
	b) 100	58,4	62,6	57,9	63,1	65,3	69,5	77,9
Länder (ohne Gemeinden, Gemeinde- verbände u. Hansestädte)	a) 100	34,2	39,8	56,5	59,1	51,1	34,7	14,5
	b) 100	17,6	18,3	24,1	24,1	21,0	14,8	7,2
Gemeinden u. Gemeinde- verbände ohne Hansestädte	a) 100	147,7	230,7	181,7	222,5	219,1	269,8	259,1
	b) 100	77,0	100,0	72,0	81,0	76,0	99,0	114,0
Hansestädte	a) 100	54,1	117,3	131,2	129,5	152,9	173,9	182,4
	b) 100	36,6	70,9	70,1	64,2	70,9	84,3	111,9
Reich	a) 100	— 20,1	131,4	257,0	258,4	232,6	362,7	327,6
	b) 100	— 9,5	47,3	85,1	73,0	68,9	105,4	117,6
Reich, Länder Gemeinden, Gemeinde- verbände u. Hansestädte	a) 100	57,3	112,9	127,0	147,2	134,7	164,6	137,7
	b) 100	29,0	47,1	48,5	50,7	46,4	58,0	58,7

Man sieht, daß die absoluten Zahlen ein anderes Bild zeigen als die berechneten Verhältnisziffern. Nur im Verhältnis zum Finanzbedarf gesehen, ist der Anteil der Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen an der Deckung des Finanzbedarfs so stark zurückgegangen. Berücksichtigt man, daß die Kaufkraft der Geldeinheit in der Vorkriegszeit höher war als in der Zeit nach dem Kriege, so ist der relative Rückgang der Erwerbseinkünfte noch stärker, denn von den Nachkriegsverhältnissen aus gesehen, mußten die Zahlen für 1913/14 höher sein, als sie in Mark ausgewiesen werden. Dieser Umstand muß aber auch beachtet werden, wenn man die absoluten Zahlen der Nachkriegszeit mit denen der Zeit vor dem Kriege vergleicht. Das aus den Tabellen deutlich hervorgehende absolute Steigen der Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen darf deshalb nicht überschätzt werden, bildet aber doch einen Gegensatz zu dem Sinken der Verhältniszahlen, das in dem starken Anwachsen des Finanzbedarfs in der Nachkriegszeit seine Ursache hat.

Unsere Untersuchungen ergeben folgende Durchschnittswerte (in Mill. M. bzw. RM.).

	Finanz- bedarf 1913/14	Durch- schnitts- finanz- bedarf 1925/26 — 1931/32	Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen		Durchschnitts- Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen	
			1913/14 absolut	in v. H. des Finanz- bedarfs	1925/26 — 1931/32 absolut	in v. H. des Durch- schnitts- Finanz- bedarfs
Länder (ohne Gemeinden, Gemeindeverbände und Hansestädte)	1 711,7	3 833,1	496,5	29,0	205,7	5,3
Gemeinden u. Gemeinde- verbände (ohne Hanse- städte)	2 785,9	6 916,1	278,9	10,0	609,9	8,8
Hansestädte	305,0	562,8	41,0	13,4	55,1	9,7
Reich	2 375,8	7 176,6	176,1	7,4	389,8	5,4
Reich, Länder, Gemein- den, Gemeindeverbände und Hansestädte	7 178,3	18 498,8	992,5	13,8	1 250,5	6,8

Am stärksten gesunken ist der Anteil der Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen an der Deckung des Finanzbedarfs, vergleicht man die Vorkriegswerte mit den durchschnittlichen Nachkriegswerten, mithin bei den Ländern und den Hansestädten. Weniger stark bei den Gemeinden und beim Reich.

b) Die fiskalische Bedeutung der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen im einzelnen.

Zu den folgenden Tabellen sind einige Bemerkungen erforderlich: die in ihnen enthaltenen absoluten Zahlen sind die Beträge, mit denen die öffentlichen Unternehmungen tatsächlich zur Deckung des Finanzbedarfs der öffentlichen Gebietskörperschaften und damit auch der Reichsfinanzwirtschaft beigetragen haben. Von den Roheinnahmen wurden die aus öffentlichen Mitteln gewährten Zuschüsse abgezogen. So kommt es, daß in den Reihen der absoluten Zahlen der folgenden Tabellen auch negative Werte vorkommen.

Die Erhebung ist in den verschiedenen Jahren von der Reichsfinanzstatistik nicht immer nach einheitlichen Merkmalen erfolgt. Ein n bezeichnet in den Tabellen die Fälle, in denen in gewissen Jahren bestimmte Betriebsarten nicht gesondert erhoben, sondern unter „Sonstige Betriebe“ zusammengefaßt wurden.

Für die Jahre 1913/14 bis 1926/27 enthält die Rubrik „Sonstige Betriebe“ ferner alle öffentlichen Unternehmungen der Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern. Für 1927/28 gibt die Reichsfinanzstatistik, soweit die Verhältnisse der öffentlichen Unternehmungen in den einzelnen Ländern in Betracht kommen, jeweils nur wenige Zahlen an. So wurden für 1927/28 die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und das Grundvermögen der Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern und das Grundvermögen der Gemeindeverbände nicht getrennt erhoben. Die absolute Zahl für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erscheint deshalb in den Übersichten der einzelnen Länder verhältnismäßig hoch. Von einer Interpolierung der fraglichen Werte auf Grund der Zahlen des vorhergehenden und folgenden Jahres wurde wegen der dabei notwendig sich ergebenden Ungenauigkeit abgesehen. Dasselbe gilt für die Rubrik „Sonstige Betriebe“ des Jahres 1927/28 derselben Tabellen, in der alle öffentlichen Unternehmungen außer den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, den Verkehrsunternehmungen und den Versorgungsbetrieben in einer Zahl zusammengefaßt sind.

Für jedes Jahr wurde in der Tabelle die Jahresgesamtsumme gleich 100 und die positiven bzw. negativen Werte für die einzelnen Unternehmungsarten dazu in ein Verhältnis gesetzt.

Die berechneten Meßziffern reden eine deutliche Sprache und lassen klar erkennen, welchen öffentlichen Unternehmungen bzw. Unternehmungsgruppen die finanzwirtschaftlich größte Bedeutung zuzumessen ist und welche Verschiebung diese Bedeutung in den verschiedenen Jahren erfahren hat.

Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Hansestädte.
in Mill. M. bzw. RM.

<i>Land- und forst- wirtschaftliche Betriebe</i>	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Domänen } Forsten }	203 195	22,6	161 969	28,4	109 519	11,4	125,5	11,6
Summe	203 195	22,6	161 969	28,4	109 519	11,4	125,5	11,6
<i>Land- und forst- wirtschaftliche Betriebe</i>	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Domänen	175 810	12,9	13 474	1,1	9 035	0,6	4 464	0,3
Forsten	—	—	108 295	8,8	42 034	2,8	— 25 933	— 2,0
Summe	175 810	12,9	121 769	9,9	51 067	3,4	— 21 469	— 1,7
<i>Gewerbliche und industrielle Betriebe</i>	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bergwerke, Hütten, Salinen	34 377	3,8	— 5 296	— 0,9	8 288	0,9	10,1	0,9
Staatsverlage	n.		n.		n.		n.	
sonstige gewerbliche und industrielle Betriebe	n.		n.		n.		n.	
Summe	34 377	3,8	— 5 296	— 0,9	8 288	0,9	10,1	0,9
<i>Gewerbliche und industrielle Betriebe</i>	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
gewerbl. u. industr. Betr.	0,528	0,04	8 790	0,7	2 819	0,2	4 165	0,3
Staatsverlage	n.		3 216	0,3	2 931	0,2	2 875	0,2
sonstige gewerbliche und industrielle Betriebe	n.		10 242	0,8	— 7 207	— 0,5	18 383	1,4
Summe	0,528	0,04	22 248	1,8	— 1 456	— 0,1	25 423	1,9

(Fortsetzung)

<i>Verkehrsunternehmen</i>	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Post und Telegraph	97 992	10,9						
Reichspost			— 0 038	— 0,007	12 045	1,2	70,0	6,4
Reichs- u. Staatseisenbahn	241 167	26,9						
Reichsbahn			— 220 000	— 38,5	2 248	0,2	29,9	2,7
Sonstige	5 686	0,6	13 929	1,2	32 643	3,4	23,9	2,2
Summe	344 845	38,4	— 206 109	— 37,3	46 936	4,8	123,8	11,3
<i>Verkehrsunternehmen</i>	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Post u. Telegr., Reichspost	149 953	11,0	149 928	12,1	131 434	8,7	232 159	17,8
Reichs- und Staatseisenbahn, Reichsbahn	51 103	3,7	51 170	4,1	350 041	23,2	44 612	3,4
Sonstige	46 106	3,4	13 948	1,1	19 781	1,3	— 13 060	— 1,0
Summe	247 162	18,1	215 046	17,3	501 255	33,2	263 711	20,2
<i>Wasser-Wirtschafts-Unternehmen</i>	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wass.-Wirtsch.-Untern.	—	—	— 25 232	— 4,4	— 7 387	— 0,8	— 7,0	— 0,6
<i>Wasser-Wirtschafts-Unternehmen</i>	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wass.-Wirtsch.-Untern.	— 11 254	— 0,8	— 4 170	— 0,3	— 13 035	— 0,9	— 9 850	— 0,7
<i>Versorgungsbetriebe</i>	1913/1914		1925/26		1926/27		1927/28	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Elektrizitäts-Werke	55 558	6,2	155 780	27,2	212 911	22,1	236,0	21,7
Gaswerke	87 320	9,7	90 451	16,6	109 146	11,3	134,5	12,3
Wasserwerke	23 794	2,6	38 008	6,6	48 316	5,0	51,3	4,7
Summe	166 672	18,5	284 239	50,4	370 373	38,4	421,8	38,7

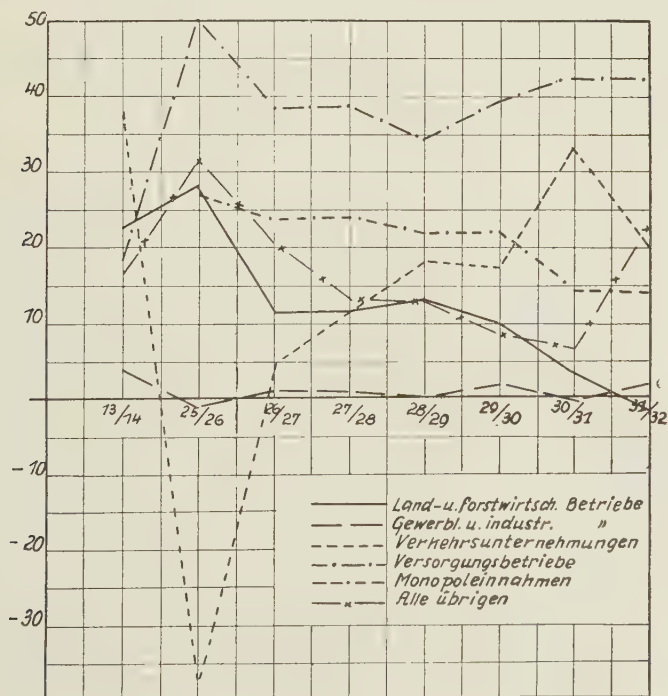
⟨Fortsetzung u. Schluß⟩

<i>Versorgungsbetriebe</i>	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Elektrizitäts=Werke	291 270	21,4	313 415	25,3	402 879	26,8	301 838	23,2
Gaswerke	123 714	9,1	130 113	10,5	148 527	9,9	140 353	10,8
Wasserwerke	51 647	3,8	55 602	4,5	88 085	5,8	109 745	8,4
Summe	466 631	34,3	499 131	39,3	639 490	42,5	551 936	42,4
	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bank=, Spar= u. Kredit=unternehmungen	77 317	8,6	17 040	2,9	10 388	1,1	14,9	1,4
Bäder- u. Mineralbrunnen	n.		n.		n.		n.	
Lotterie	24 330	2,7	17 398	3,0	20 881	2,2	26,9	2,5
Münzbetriebe	23 864	2,7	133 870	23,4	63 618	6,5	83,8	7,7
Schlacht= u. Viehhöfe	n.		n.		n.		n.	
sonstige Betriebe	22 419	2,5	39 060	6,8	110 807	11,5	23,1	2,1
<i>Monopol-Einnahmen</i>								
Spiritusmonopol	—		154 083	27,0	228 434	23,7	262,4	24,2
Zündwarenmonopol	—		—		—		—	
Summe	—		154 083	27,0	228 434	23,7	262,4	24,2
Gesamtsumme	897 019	100	571 022	100	961 857	100	1085,3	100
	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bank=, Spar- u. Kredit=unternehmungen	18 950	1,4	8 875	0,7	43 694	2,9	— 95 153	— 7,1
Bäder-u. Mineralbrunnen	n.		1 117	0,09	0 011	0,007	— 0 579	— 0,04
Lotterie	27 426	2,0	31 698	2,6	39 079	2,6	38 120	2,9
Münzbetriebe	121 240	8,9	65 140	5,3	26 732	1,8	358 475	27,6
Schlacht= und Viehhöfe	n.		6 601	0,5	8 667	0,6	11 162	0,8
sonstige Betriebe	16 295	1,2	— 4 583	— 0,4	— 6 180	— 0,4	— 4 886	— 0,4
Spiritusmonopol	298 410	21,9	272 996	22,1	213 140	14,1	178 584	13,7
Zündwaren=Monopol	—		—		2 980	0,2	4 836	0,4
Gesamtsumme	1 361 198	100	1 235 868	100	1 505 447	100	1 300 308	100

(Die Verhältnisse bei den einzelnen Körperschaften in analoger Form im Anhang.)

Man sieht, daß im Jahre 1913/14 die Reichs- und Staatseisenbahnen mit 26,9 v. H. das ertragreichste Unternehmen waren. Der Beitrag der Verkehrsunternehmen zur Deckung des Finanzbedarfs machte 1913/14 38,4 v. H. der gesamten Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen aus. An zweiter Stelle standen die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 22,6 v. H. und auch die Versorgungsbetriebe stellten 1913/14 mit 18,6 v. H. noch einen beträchtlichen Anteil dar.

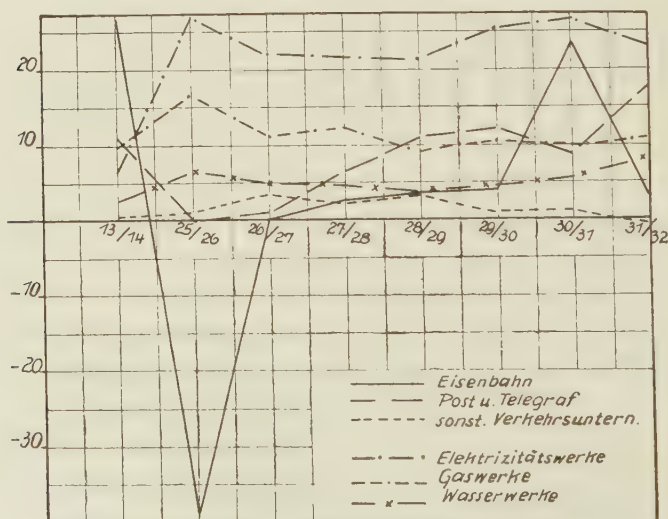
In der Nachkriegszeit gehen die Einnahmen aus den Verkehrsunternehmen stark zurück, da die Reichsbahn im Dienste der Reparationszahlungen steht und da ferner eine Reihe notwendig gewordener Erneuerungsbauten hohe Kapitalinvestitionen der Verkehrsunternehmen erfordert. Dieser Rückgang wird aber ausgeglichen durch die wachsende Bedeutung der Versorgungsbetriebe und der Monopoleinnahmen. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe haben in der Nachkriegszeit unter den schlechten Weltmarktverhältnissen ebenso zu leiden wie die privaten landwirtschaftlichen Betriebe. Die folgenden Kurven zeigen, wie die Verhältnisse in der Vor- und Nachkriegszeit waren und welche Verschiebungen eingetreten sind.



In dieser Zeichnung sind die für die Gesamtübersicht: Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und Hansestädte berechneten Verhältniszahlen für die wesentlichen Gruppen der öffentlichen Unternehmungen eingetragen, während die weniger bedeutungsvollen Arten in einer Kurve zusammengefaßt sind. Die Kurve der Verkehrsunternehmungen zeigt eine deutlich emporsteigende Grundrichtung und auch bei den Versorgungsbetrieben ist diese Steigerung nach oben noch erkennbar. Dagegen tendieren die Kurve der Monopoleinnahmen und die der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe stark nach unten. Man sieht deutlich, wie in der Nachkriegszeit das Schwergewicht der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen sich von den Verkehrsunternehmungen nach den Versorgungsbetrieben hin verlagert hat. Erst langsam ziehen die Einnahmen aus den Verkehrsunternehmen an, ohne aber je den Vorkriegsstand zu erreichen.

Die Kurve der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist ein Spiegelbild der Entwicklung der Lage der Landwirtschaft. Besonders klar tritt hierdurch das Absinken der Einnahmen der Ausbruch der großen Agrarkrise, die 1928/29 einsetzt, klar hervor.

In der folgenden Zeichnung sind die Verhältniszahlen der Gruppe der Verkehrsunternehmungen und der Gruppe „Versorgungsbetriebe“ noch einmal zu sehen, aber aufgeteilt nach den einzelnen Arten dieser öffentlichen Unternehmungen.



Wir sehen, daß innerhalb der beiden Gruppen, von denen die erste die wichtigste der Vorkriegszeit, die zweite die wichtigste der Nachkriegszeit ist, für die erste Gruppe die Einnahmen aus dem Betrieb der Eisenbahn, für die zweite die Einnahmen aus dem Betrieb der Elektrizitätswerke besonders hoch sind. In der Gruppe „Verkehrsunternehmen“ gewinnen die Einnahmen aus dem Betrieb der Post in der Nachkriegszeit steigende Bedeutung und helfen, die durch die Reparationsbelastung verursachte schlechte Entwicklung der Eisenbahneinnahmen auszugleichen.

Eine Berechnung von Durchschnittswerten für die Nachkriegszeit, ihr Vergleich mit den Werten für 1913/14 und ihr Verhältnis zum reinen Finanzbedarf von Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Hansestädten ergibt folgendes Bild:

	1913/14			Durchschnitt 1925/26 — 1931/32		
	absolut in Mill. M	in v. H. der Gesamt- Summe	in v. H. d. reinen Finanz- bedarfs	absolut in Mill. RM	in v. H. der Gesamt- Durch- schnitts- summe	in v. H. des reinen Durch- schnitts- Finanz- bedarfs
Verkehrsunternehmen	344,8	38,4	4,8	171,7	14,9	0,9
Versorgungsbetriebe	166,7	18,5	2,3	461,9	40,3	2,3
Monopoleinnahmen	—	—	—	230,8	20,1	1,2
land- u. forstwirtschaft- liche Betriebe	203,2	22,6	2,8	103,4	9,0	0,5
alle übrigen öffentlichen Unternehmungen	182,3	20,5	2,5	178,0	15,5	0,9
Unternehm. insgesamt	897,0	100,0	12,5	1145,8	100,0	6,2

Finanzwirtschaftliche Gründe können es deshalb wohl nicht gewesen sein, sondern andere wirtschaftspolitische Motivierungen, die die öffentlichen Körperschaften veranlaßt haben, in der Nachkriegszeit ihre erwerbswirtschaftliche Tätigkeit auszudehnen, denn den Einnahmen aus dieser Intensivierung des privatwirtschaftlichen Erwerbs auf öffentlichem Gebiet steht ein viel stärkeres Wachsen des allgemeinen Finanzbedarfs gegenüber. Unverkennbar ist ein doppelter Bedeutungswandel der öffentlichen Unternehmungen festzustellen. Einmal hat das Verhältnis: Erwerbseinkünfte — Steuern sich im

Laufe der Zeit zugunsten der Steuererhebung verschoben; ferner sind aber auch, wie wir sahen, Verschiebungen im Verhältnis der Bedeutung der einzelnen Arten der öffentlichen Unternehmen untereinander eingetreten.

Wie betont, sind die in den obigen zusammenfassenden Tabellen enthaltenen absoluten Zahlen entstanden, indem von den Überschüssen die Zuschüsse abgezogen wurden. Es ist aber doch nicht unwesentlich, einmal zu untersuchen, wie Überschüsse und Zuschüsse in den verschiedenen Jahren sich verhalten haben; denn während die Überschüsse den Bedarf an allgemeinen Deckungsmitteln verringern, vergrößern die Zuschüsse diesen Bedarf. Auch für die Feststellung des Verhältnisses von Überschüssen zu Zuschüssen dient die Gesamtübersicht über Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und Hansestädte. Wir müssen uns dabei freilich auf die Jahre 1913/14 bis 1928/29 beschränken, denn für die folgenden Jahre sind Überschüsse und Zuschüsse in der Reichsfinanzstatistik nicht mehr getrennt ausgewiesen.

1913/14

	Über- schüsse	Zu- schüsse	Zuschüsse i. v. H. des Überschusses	Gesamt- zuschüsse = 100
--	------------------	----------------	---	-------------------------------

Verkehrsunternehmungen

Post und Telegraph	97 992	—	—	—
Reichspost	—	—	—	—
Reichs- und Staatseisenbahnen	253 958	12 791	5,0	25,0
Reichsbahn	—	—	—	—
sonstige	19 653	13 967	71,3	27,3
Summe	371 603	26 758	7,2	52,3

1913/14

	Über- schüsse	Zu- schüsse	Zuschüsse i. v. H. des Überschusses	Gesamt- zuschüsse = 100
--	------------------	----------------	---	-------------------------------

Versorgungsbetriebe

Elektrizitäts Werke	57 903	2 345	4,0	4,6
Gaswerke	88 242	0 922	1,0	1,8
Wasserwerke	27 949	4 155	14,9	8,1
Summe	174 094	7 422	4,3	14,5
Land- und forstwirtschaftl. Betriebe	205 832	2 637	1,3	5,2
Gewerbliche u. industrielle Betriebe	38 896	4 519	11,6	8,8
alle übrigen öffentl. Unternehmungen	157 649	9 719	6,2	19,2
Gesamtsumme	948 074	51 055	5,4	100,0

1925/26

Verkehrsunternehmen

Post und Telegraph	—	0 038	—	0,01
Reichspost	—	—	—	—
Reichs- und Staatseisenbahnen	—	220 000	—	69,2
Reichsbahn	29 056	15 127	52,0	4,8
sonstige	—	—	—	—
Summe	29 056	235 165	808,1	74,0

Versorgungsbetriebe

Elektrizitäts Werke	163 277	7 497	4,6	2,4
Gaswerke	90 780	0 329	0,4	0,1
Wasserwerke	39 984	1 976	4,8	0,6
Summe	294 041	9 802	3,3	3,1
Land- und forstwirtschaftl. Betriebe	167 448	5 479	3,3	1,7
Gewerbliche u. industrielle Betriebe	5 148	10 444	200,8	3,3
alle übrigen öffentl. Unternehmungen	392 991	56 772	14,4	17,9
Gesamtsumme	888 684	317 662	35,7	100,0

	Über- schüsse	Zu- schüsse	Zuschüsse i. v. H. des Überschusses	Gesamt- zuschüsse = 100
--	------------------	----------------	---	-------------------------------

1926/27

Verkehrsunternehmen

Post und Telegraph				
Reichspost	12 045	—	—	—
Reichs- und Staatseisenbahnen				
Reichsbahn	2 348	—	—	—
sonstige	44 692	12 049	26,9	22,3
Summe	59 085	12 049	20,4	22,3

Versorgungsbetriebe

Elektrizitäts Werke	219 158	6 247	2,9	11,6
Gaswerke	110 735	1 589	1,4	2,9
Wasserwerke	50 659	2 343	4,6	4,3
Summe	380 552	10 180	2,7	18,8
Land- und forstwirtschaftl. Betriebe	115 164	5 645	4,9	10,4
Gewerbliche u. industrielle Betriebe	10 528	2 240	21,3	4,1
alle übrigen öffentl. Unternehmungen	450 574	23 932	5,3	44,4
Gesamtsumme	1 015 903	54 046	5,3	100,0

1927/28

Verkehrsunternehmen

Post und Telegraph				
Reichspost	70 000	—	—	—
Reichs- und Staatseisenbahnen				
Reichsbahn	29 900	—	—	—
sonstige	46 700	22 800	48,8	26,4
Summe	146 600	22 800	15,5	26,4

1927/28

	Über- schüsse	Zu- schüsse	Zuschüsse i. v. H. des Überschusses	Gesamt- zuschüsse = 100
--	------------------	----------------	---	-------------------------------

Versorgungsbetriebe

Elektrizitäts Werke	243 600	7 000	2,9	8,1
Gaswerke	135 600	0 900	0,7	1,0
Wasserwerke	63 600	12 300	19,3	14,3
Summe	422 700	20 200	4,8	23,4
Land- und forstwirtschaftl. Betriebe	130 000	4 500	3,5	5,2
Gewerbliche u. industrielle Betriebe	12 900	2 800	21,7	3,2
alle übrigen öffentl. Unternehmungen	459 300	35 900	7,8	41,8
Gesamtsumme	1 171 500	86 200	7,3	100,0

1928/29

Verkehrsunternehmen

Post und Telegraph				
Reichspost	149 953	—	—	—
Reichs- und Staatseisenbahnen				
Reichsbahn	51 159	0 056	0,1	0,07
sonstige	59 894	13 788	23,0	16,4
Summe	261 006	13 843	5,3	16,5

Versorgungsbetriebe

Elektrizitäts Werke	295 656	4 386	1,5	5,2
Gaswerke	125 285	1 571	1,2	1,9
Wasserwerke	67 308	15 661	23,3	18,7
Summe	488 249	21 618	4,4	25,8
Land- und forstwirtschaftl. Betriebe	180 983	5 173	2,8	6,1
Gewerbliche u. industrielle Betriebe	3 066	2 538	81,9	3,0
alle übrigen öffentl. Unternehmungen	511 809	40 738	7,9	48,6
Gesamtsumme	1 445 113	83 910	5,8	100,0

Die anormale Höhe der Zuschüsse im Jahre 1925/26 ist dadurch entstanden, daß 220 Millionen RM. zum Kauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft aufgewendet wurden.

Abgesehen von diesem Jahr, in dem die Gesamtzuschußsumme 35,7 v. H. der gesamten Überschüsse betrug, ist das Verhältnis von Überschüssen und Zuschüssen, betrachtet man die gesamten Summen, ziemlich konstant geblieben; den 5,4 v. H. der Vorkriegszeit stehen als Durchschnitt der Nachkriegsjahre 6,1 v. H. gegenüber. Diese Sätze halten sich also durchaus in normalen Grenzen.

Gab uns die Gesamtübersicht über die finanzwirtschaftlichen Verhältnisse der öffentlichen Unternehmungen im Reich, den Ländern, den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Hansestädten ein eingehendes Bild der Gesamtlage, so vermitteln die Übersichten über die einzelnen Gebietskörperschaften als Ergänzung hierzu die Art der Verteilung der Erträge der öffentlichen Unternehmungen.

Die bedeutendsten beim Reich anfallenden Erträge öffentlicher Unternehmungen entstammen den Verkehrsbetrieben, den Monopolunternehmen und dem Münzbetrieb. Reine Zuschußbetriebe, unterhalten aus verkehrspolitischen Zwecken, sind die wasserwirtschaftlichen Unternehmungen, wie die Rhein-Main-Donau-AG. und die Neckar-AG.

Die Betriebseinnahmen und -ausgaben der beiden wichtigsten Verkehrsunternehmungen, der Reichsbahn und der Reichspost, zeigen die beiden folgenden Tabellen:

in Mill. M. bzw. RM *).

Jahr	Einnahmen aus dem		Betriebs-		
	Personen- verkehr	Güter- verkehr	Einnahmen	Ausgaben	Überschüsse
1925	1 378	2 869	4 669	3 975	+ 694
1926	1 320	2 831	4 541	3 681	+ 860
1927	1 380	3 226	5 039	4 159	+ 880
1928	1 443	3 276	5 159	4 294	+ 865
1929	1 423	3 485	5 354	4 494	+ 860
1930	1 346	2 839	4 570	4 090	+ 480
1931	1 150	2 308	3 849	3 623	+ 226
1932	901	1 729	2 934	3 001	— 67
1933	846	1 815	2 921	3 057	— 136
1934	—	—	—	—	—

*) Stat. Jahrb. 1927, S. 71; 1929, S. 65; 1930, S. 69; 1932, S. 80; 1934, S. 102.

Finanzen der deutschen Reichspost **).

(Wirtsch. Jahre 1. 4. — 31. 3.)

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
<i>Betriebs-Einnahmen</i>							
Post	1227,2	1144,0	1227,2	1260,0	1228,8	1068,5	904,5
Postscheckwesen	63,8	57,0	63,8	57,1	54,5	58,7	47,2
Telegraphie	101,5	102,3	101,5	96,7	82,5	42,7	34,2
Fernsprechwesen	702,5	666,8	702,5	731,7	712,5	655,9	588,1
Funkwesen	74,0	58,5	74,0	87,5	95,8	60,6	61,5
vermischte Einnahmen	32,4	30,4	32,4	36,8	32,3	27,7	23,4
Summe	2201,4	2045,7	2201,4	2269,8	2206,4	1914,1	1658,9
<i>Betriebs-Ausgaben</i>							
besondere Kosten der einzelnen Betriebszweige	355,2	315,4	355,2	403,6	293,4	231,3	183,3
persönliche Kosten	1318,6	1205,7	1318,6	1331,6	1329,8	1182,6	1061,2
sächliche Kosten und vermischte Ausgaben	94,3	83,0	94,3	106,9	126,0	83,1	61,5
Kapital- und Zinsen-Dienst	13,9	14,1	13,9	13,3	23,6	39,8	36,7
Abschreibungen allgemeiner Unkosten, Rückstände	183,5	174,3	183,5	203,8	182,0	166,1	135,9
Summe	1965,5	1792,5	1965,5	2059,2	2053,8	1702,9	1478,6
Betriebs-Überschuß	235,9	253,2	235,9	210,6	152,6	211,2	180,3

**) Stat. Jahrb. 1930, S. 154; 1932, S. 143; 1931, S. 143; 1934, S. 167.

Die Überschüsse der Reichsbahn sind sehr hoch und zeigen, in wie hohem Maße grundsätzlich diese öffentliche Unternehmung zur Deckung des Finanzbedarfs beitragen könnte. Aber die anderweitige Belastung zur Deckung der äußeren Kriegslasten nahm die Überschüsse nicht nur auf, sondern war zeitweise, wie die folgende Zusammenstellung zeigt, noch viel höher als die erzielten Erträge. Die Beträge, die an die Reichskasse abgeführt worden sind, sind also teilweise aus Reserven früherer Jahre geflossen.

Sonderleistungen der Reichsbahn zur Deckung äußerer Kriegslasten *).
(in Mill. M. bzw. RM.).

1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
396,4	572,1	605,4	658,2	714,3	660,0	622,4

*) Vgl. Wirtsch. Statistik 1933, S. 183.

Stellen wir nun einmal die gesamten Reichseinnahmen aus öffentlichen Unternehmungen dem reinen Finanzbedarf des Reiches gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild (in Mill. M. bzw. RM.):

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
ges. Einnahmen	176,7	56,6	402,9	461,9	631,0	535,9	725,4	718,2
reiner Fin.-Bed.	2375,7	5321,0	6561,4	7154,0	8375,1	8041,9	8161,3	6622,9
ges. Einnahmen	7,4	1,1	6,1	6,4	7,5	6,7	8,9	10,5
reiner Fin.-Bed.	100	100	100	100	100	100	100	100

Die in den Länderhaushalten anfallenden Beträge aus Erträgen öffentlicher Unternehmungen strömten in der Vorkriegszeit überwiegend aus den Verkehrsunternehmungen und den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Seit der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens nach dem Kriege wurde den Ländern diese Einnahme entzogen. In der Nachkriegszeit spielen neben den Einkünften aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Lottereeinnahmen im Länderhaushalt keine unwesentliche Rolle.

Setzen wir auch hier die Gesamteinnahmen zum reinen Finanzbedarf in Beziehung, so ergibt sich die folgende Tabelle:

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
ges. Einnahmen	469,3	142,5	125,0	177,5	211,1	178,3	166,0	21,3
reiner Fin.-Bed.	1711,7	3364,6	3696,8	3987,0	4184,3	4142,6	4032,1	3494,8
ges. Einnahmen	27,4	4,2	3,3	4,4	5,0	4,3	2,6	0,7
reiner Fin.-Bed.	100	100	100	100	100	100	100	100

Dominierend im Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Hansestädte als Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen

gen sind die Beträge, die aus den Versorgungsbetrieben fließen, und innerhalb dieser Betriebsgruppen sind es besonders die Elektrizitätswerke, die sehr gute Erträge abwerfen.

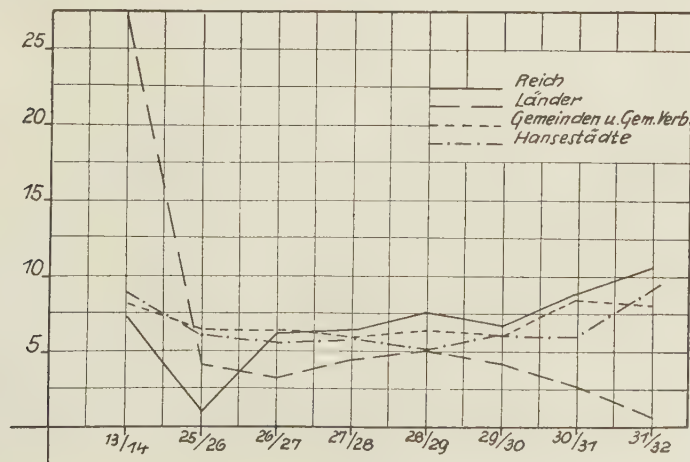
Gemeinden und Gemeindeverbände.

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
ges. Einnahmen	223,8	344,4	410,3	414,7	489,9	482,2	636,0	514,5
reiner Fin.-Bed.	2785,9	5324,7	6437,4	7056,6	7620,0	8030,4	7583,9	6360,6
ges. Einnahmen	8,1	6,5	6,4	5,9	6,4	6,0	8,4	8,1
reiner Fin.-Bed.	100	100	100	100	100	100	100	100

Hansestädte.

	1913/14	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
ges. Einnahmen	27,3	28,2	28,0	34,0	31,5	39,3	38,0	46,2
reiner Fin.-Bed.	305,0	455,1	505,2	573,3	621,9	656,7	628,4	499,0
ges. Einnahmen	8,9	6,2	5,5	5,9	5,1	5,0	6,0	9,2
reiner Fin.-Bed.	100	100	100	100	100	100	100	100

Fassen wir abschließend nun die gefundenen Verhältniszahlen für das Reich, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände und die Hansestädte zur besseren Übersicht zusammen, so ergibt sich dieses Kurvenbild:



Der stark fallenden Tendenz des Anteils der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen der Länder steht die schwach steigende Tendenz derselben Kurve für das Reich gegenüber, während der Anteil der Einnahmen aus öffentlichen Unternehmen der Gemeinden und Hansestädte an dem diesbezüglichen reinen Finanzbedarf ziemlich konstant bleibt.

Anhang.

I. Die Deckung des Finanzbedarfs durch die Einnahmen aus dem Erwerbsvermögen bei einzelnen öffentlichen Körperschaften.

Der Anteil des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs des Reiches.

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbed.	2575,8	5321,0	6561,4	7153,9	8375,1	8041,9	81,61,3	6622,9
Spezielle								
Deckungsmittel	205,4	515,4	493,3	303,3	276,4	446,0	257,8	159,8
Zuschußbedarf	2170,4	4805,6	6068,1	6850,6	8098,7	7595,9	7903,5	6463,1
a) Erwerbsvermögen								
Überschuß	176,1	—	231,5	452,6	455,0	409,6	638,7	576,9
Fehlbetrag	—	35,5	—	—	—	—	—	—
b) Steuern u. Zölle	1630,6	4731,4	5312,4	6356,8	6568,3	6740,7	6634,0	5773,6
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	8,6	9,7	7,5	4,2	3,3	5,5	3,2	2,4
Zuschußbedarf	91,4	90,3	92,5	95,8	96,7	94,5	96,8	97,6
a) Erwerbsvermögen								
Überschüsse	7,4	—	3,5	6,3	5,4	5,1	7,8	8,7
Fehlbeträge	—	0,7	—	—	—	—	—	—
b) Steuern u. Zölle	68,7	88,9	81,0	88,9	78,5	83,8	81,3	87,2

Der Anteil des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs der Länder.

(ohne Gem. und Gem.-Verbände und Hansestädte)
in Mill. M bzw. RM

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	1711,7	3364,6	3696,8	3986,5	4184,3	4142,6	4032,1	3494,8
Spezielle								
Deckungsmittel	431,9	631,9	826,2	926,7	913,5	873,2	850,3	777,7
Zuschußbedarf	1279,8	2732,7	2870,6	3059,8	3270,8	3269,4	3181,8	2717,1
a) Erwerbsvermög.	496,5	170,0	197,5	280,5	293,7	253,8	172,2	72,2
b) Steuern	871,6	2396,0	2497,3	2753,8	2937,1	2860,7	2909,0	2427,5
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	25,2	18,8	22,3	23,3	21,8	21,1	21,1	22,3
Zuschußbedarf	74,8	81,2	77,7	76,7	78,2	78,9	78,9	77,7
a) Erwerbsvermög.	29,0	5,1	5,3	7,0	7,0	6,1	4,3	2,1
b) Steuern	45,7	71,2	67,6	69,1	70,2	69,1	69,7	69,5

**Der Anteil des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs
der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Hansestädte)
in Mill. M bzw. RM**

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	2785,9	5324,7	6437,4	7055,7	7620,0	8050,4	7585,9	6560,6
Spezielle								
Deckungsmittel	982,0	1449,1	2091,2	2374,5	2462,4	2653,0	2087,1	1578,6
Zuschußbedarf	1803,9	3875,6	4346,2	4681,2	5157,6	5397,4	5496,8	4782,0
a) Erwerbsvermö.	278,9	412,1	643,5	506,7	620,6	611,6	732,4	722,6
b) Steuern	1502,9	3204,2	3584,5	4089,7	4596,8	4790,0	4753,1	3676,5
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	35,2	27,3	32,5	33,7	32,3	32,7	27,5	24,8
Zuschußbedarf	64,8	72,8	67,5	66,3	67,7	67,3	72,5	73,2
a) Erwerbsvermö.	10,0	7,7	10,0	7,2	8,1	7,6	9,9	11,4
b) Steuern	54,0	60,2	55,7	57,9	57,7	54,7	57,1	57,8

**Der Anteil des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs
der Hansestädte.
in Mill. M bzw. RM**

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	305,0	455,1	505,2	575,3	621,9	656,7	628,4	499,0
Spezielle								
Deckungsmittel	121,7	140,8	159,8	180,5	181,2	189,6	150,0	103,3
Zuschußbedarf	183,3	314,3	345,4	392,8	440,7	467,1	478,4	395,7
a) Erwerbsvermö.	41,0	22,2	48,1	53,8	53,1	62,7	71,3	74,8
b) Steuern	150,8	246,6	281,4	344,1	394,5	387,6	365,8	303,8
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	39,9	30,9	31,6	31,5	29,1	28,9	23,9	20,7
Zuschußbedarf	60,1	69,1	68,4	68,5	70,9	71,1	76,1	79,3
a) Erwerbsvermö.	13,4	4,9	9,5	9,4	8,6	9,5	11,5	15,0
b) Steuern	42,9	54,2	55,7	60,0	63,4	69,0	58,2	60,9

**Der Anteil des Erwerbsvermögens an der Deckung des Finanzbedarfs
in den einzelnen Ländern u. deren Gemeinden u. Gemeindeverbänden.
in Mill. M bzw. RM**

P r e u ß e n :

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	2919,6	5551,4	6467,4	7044,2	7570,5	7845,3	7510,3	6354,9
Spez. Deckungsmitt.	961,5	1267,3	1791,5	2053,7	2160,6	1240,9	1857,8	1468,1
Zuschußbedarf	1958,1	4264,1	4676,1	4988,5	5409,9	5604,4	5652,5	4866,8
a) Erwerbsvermö.	522,0	550,4	484,7	482,6	564,0	500,1	573,9	497,9
b) Steuern	1416,5	3692,1	4049,9	4448,1	4785,8	4724,1	4687,1	3992,6
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	32,9	22,9	27,7	29,2	28,5	15,8	24,7	25,2
Zuschußbedarf	67,1	77,1	72,3	70,8	71,5	84,2	75,3	76,8
a) Erwerbsvermö.	17,9	6,0	7,5	6,9	7,5	6,3	7,6	7,8
b) Steuern	48,5	66,7	62,6	63,1	63,2	60,2	62,4	63,0

Bayern:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	503,0	943,3	1021,0	1138,9	1176,2	1215,1	1155,9	1027,4
Spez. Deckungsmitt.	134,5	202,5	252,4	326,9	286,3	315,5	281,9	248,5
Zuschußbedarf	368,5	740,8	768,6	812,0	889,9	899,6	874,0	778,9
a) Erwerbsvermög.	81,2	89,3	104,6	114,7	112,8	100,4	94,2	78,5
b) Steuern	279,6	582,3	581,3	693,9	754,3	755,8	729,2	645,6
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	26,7	21,5	24,7	28,7	24,3	26,0	24,4	24,2
Zuschußbedarf	73,5	78,5	75,3	71,3	75,7	74,0	75,6	75,8
a) Erwerbsvermög.	16,2	9,5	10,3	10,1	9,6	8,3	8,1	7,6
b) Steuern	55,6	61,7	56,9	60,9	64,1	62,2	63,1	62,8

Sachsen:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	348,1	734,8	942,4	1025,4	1120,3	1164,9	1101,5	897,3
Spez. Deckungsmitt.	102,4	177,6	311,9	317,3	330,7	369,6	298,6	212,2
Zuschußbedarf	245,7	557,2	630,5	708,1	789,6	795,3	802,9	685,1
a) Erwerbsvermög.	52,3	29,7	75,6	68,2	85,7	92,3	94,1	84,7
b) Steuern	203,7	480,4	532,0	653,7	688,5	667,0	643,8	534,6
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	29,4	24,2	33,1	30,9	29,5	31,7	27,1	23,6
Zuschußbedarf	70,6	75,8	66,9	69,1	70,5	68,3	72,9	76,4
a) Erwerbsvermög.	15,0	4,0	7,8	6,6	7,6	7,9	8,5	9,4
b) Steuern	58,5	65,4	56,5	63,8	61,5	57,3	58,4	59,6

Württemberg:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	193,2	397,1	418,8	444,9	505,2	504,7	486,1	419,0
Spez. Deckungsmittel	54,4	123,4	127,4	127,3	153,2	140,6	130,4	114,5
Zuschußbedarf	138,8	273,7	291,4	317,6	352,0	364,1	355,7	304,5
a) Erwerbsvermög.	23,7	30,4	36,7	32,2	43,4	46,3	42,2	36,1
b) Steuern	109,4	219,9	251,9	302,5	301,7	307,5	292,5	251,4
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	28,2	31,1	30,4	28,6	30,3	27,9	26,8	27,3
Zuschußbedarf	71,8	68,9	69,6	71,4	69,7	72,1	73,2	72,7
a) Erwerbsvermögen	12,3	7,6	8,8	7,2	8,6	9,8	8,7	8,6
b) Steuern	56,6	55,4	60,1	68,0	59,7	60,9	60,2	60,0

Baden :

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	190,9	385,8	458,9	484,5	485,8	505,0	470,9	401,5
Spez. Deckungsmittel	61,5	117,6	162,4	170,1	141,7	154,1	139,5	115,1
Zuschußbedarf	129,6	268,2	296,5	314,4	344,1	350,9	331,4	286,2
a) Erwerbsvermögen	27,6	29,1	43,8	44,8	50,2	41,6	59,7	29,9
b) Steuern	102,3	221,6	235,6	276,9	288,1	280,1	277,6	254,3

Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	32,1	30,5	35,4	35,1	29,2	30,5	29,6	28,7
Zuschußbedarf	67,9	69,5	64,6	64,9	70,8	69,5	70,4	71,5
a) Erwerbsvermögen	14,4	7,5	9,6	9,2	10,5	8,2	8,4	7,4
b) Steuern	53,6	57,5	51,3	57,2	59,3	55,5	58,9	58,4

Thüringen :

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	92,0	186,7	234,2	248,6	255,8	251,4	258,6	204,5
Spez. Deckungsmittel	27,4	49,5	79,1	86,7	83,1	77,9	65,5	55,5
Zuschußbedarf	64,6	137,2	155,1	161,9	172,7	173,5	175,1	151,0
a) Erwerbsvermögen	19,7	20,9	27,3	28,4	27,1	27,5	25,5	25,7
b) Steuern	45,2	111,9	115,2	125,0	134,1	152,7	136,4	116,2

Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	29,8	26,5	35,8	34,9	32,5	31,0	26,6	16,2
Zuschußbedarf	70,2	73,5	66,2	65,1	67,5	69,0	73,4	85,8
a) Erwerbsvermögen	21,5	11,2	11,7	11,4	10,6	10,8	10,7	11,6
b) Steuern	49,1	59,9	48,3	50,5	52,4	52,8	57,2	56,8

Hessen :

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	100,1	219,6	254,6	262,9	280,5	284,8	266,5	257,2
Spez. Deckungsmittel	31,4	67,5	89,6	84,9	94,0	95,2	70,5	61,8
Zuschußbedarf	68,7	152,1	165,0	178,0	186,5	191,6	196,0	175,4
a) Erwerbsvermögen	6,0	25,6	25,2	26,5	25,4	21,8	19,7	14,1
b) Steuern	59,5	120,1	123,1	138,9	151,5	152,9	151,5	134,9

Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	31,3	30,7	35,2	32,3	33,5	32,7	26,4	26,0
Zuschußbedarf	68,7	69,5	64,8	67,7	66,5	67,5	73,6	74,0
a) Erwerbsvermögen	6,0	10,8	9,9	10,1	9,0	7,6	7,4	5,9
b) Steuern	59,5	54,7	48,4	52,8	54,0	53,7	56,8	56,9

Mecklenburg-Schwerin:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	44,6	77,1	93,6	125,4	121,1	126,6	117,9	102,8
Spez. Deckungsmittel	10,8	17,4	27,1	47,8	37,0	36,5	39,1	26,9
Zuschußbedarf	33,8	59,7	66,5	77,6	84,1	90,1	88,8	75,9
a) Erwerbsvermögen	17,2	7,8	12,2	14,7	11,5	10,9	11,3	8,8
b) Steuern	16,5	48,3	63,6	59,4	71,1	72,8	66,8	57,4
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	24,3	22,6	29,0	38,1	30,6	28,8	33,2	26,2
Zuschußbedarf	75,7	77,4	71,0	61,9	69,4	71,2	66,8	73,8
a) Erwerbsvermögen	38,5	10,1	13,1	11,7	9,5	8,6	9,6	8,6
b) Steuern	37,0	62,7	67,9	47,3	58,7	57,5	56,6	55,8

Oldenburg:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	30,8	62,8	67,6	72,2	72,2	69,9	70,6	59,8
Spez. Deckungsmittel	9,2	18,3	23,8	26,8	23,1	20,2	18,7	14,2
Zuschußbedarf	21,6	44,5	41,8	45,4	49,1	49,7	51,9	45,6
a) Erwerbsvermögen	4,4	3,0	5,8	6,7	5,2	4,2	6,5	5,1
b) Steuern	18,7	36,0	34,6	38,0	42,8	42,8	41,4	35,9
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	29,9	29,1	38,1	37,2	32,0	28,9	26,5	23,7
Zuschußbedarf	70,1	70,9	61,9	62,8	68,0	71,1	73,5	76,3
a) Erwerbsvermögen	14,3	4,7	8,6	9,3	7,3	9,3	9,2	8,5
b) Steuern	60,7	57,4	51,2	52,6	59,2	61,2	58,6	60,0

Braunschweig:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	35,9	66,6	77,6	87,1	99,9	96,6	90,4	75,9
Spez. Deckungsmittel	9,1	18,0	22,5	26,3	33,2	25,3	20,1	17,2
Zuschußbedarf	26,8	48,6	55,1	60,8	66,7	71,3	70,3	58,7
a) Erwerbsvermögen	10,1	9,2	14,6	11,3	11,6	8,8	7,9	6,7
b) Steuern	16,6	36,0	39,0	47,1	52,2	53,8	52,6	45,3
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	25,2	27,0	29,0	30,2	33,2	26,2	22,2	22,7
Zuschußbedarf	74,8	73,0	71,0	69,8	66,8	73,8	77,8	77,3
a) Erwerbsvermögen	28,2	13,8	18,8	13,0	11,6	9,1	8,7	8,8
b) Steuern	46,1	54,1	50,3	54,1	52,2	55,7	58,2	59,7

Anhalt:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	21,5	44,5	55,4	56,5	61,7	62,5	62,4	55,5
Spez. Deckungsmittel	6,4	11,5	15,6	15,7	16,1	17,8	15,1	15,9
Zuschußbedarf	14,9	33,2	37,8	40,8	45,6	44,5	47,5	41,6
a) Erwerbsvermögen	6,1	5,5	5,6	8,2	6,6	4,8	4,8	6,2
b) Steuern	9,5	28,6	31,9	33,4	38,1	37,5	39,7	34,3

Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	29,9	25,3	29,2	28,0	26,1	28,6	24,2	25,0
Zuschußbedarf	70,1	74,7	70,8	72,0	73,9	71,4	75,8	75,0
a) Erwerbsvermögen	28,8	7,5	10,5	14,4	10,8	7,7	7,7	11,2
b) Steuern	44,6	64,4	59,8	58,9	61,7	60,2	65,6	61,8

Lippe:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	6,6	15,4	18,4	20,4	20,8	20,1	20,1	17,4
Spez. Deckungsmittel	2,5	4,2	5,7	6,8	6,1	6,4	6,5	5,5
Zuschußbedarf	4,5	11,2	12,7	13,6	14,7	15,7	15,6	12,1
a) Erwerbsvermögen	1,2	1,5	2,1	1,7	2,5	2,1	1,6	1,4
b) Steuern	3,1	9,5	10,6	10,2	11,0	11,5	10,7	9,5

Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	35,5	27,5	30,9	35,3	29,5	31,8	32,5	30,4
Zuschußbedarf	64,5	72,5	69,1	66,7	70,5	68,2	67,7	69,6
a) Erwerbsvermögen	18,0	8,4	11,7	8,4	11,2	10,4	8,0	8,0
b) Steuern	47,0	61,6	57,7	49,9	55,1	56,2	55,2	54,6

Mecklenburg-Strelitz:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	6,9	15,2	15,5	19,5	20,8	19,7	18,7	16,6
Spez. Deckungsmittel	1,6	4,7	4,2	6,1	6,7	6,4	4,4	5,4
Zuschußbedarf	5,5	10,5	11,5	13,2	14,1	15,3	14,5	13,2
a) Erwerbsvermögen	3,2	5,5	5,2	5,5	5,1	5,5	2,5	1,5
b) Steuern	1,8	6,7	7,8	9,5	8,9	8,5	9,0	8,0

Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	22,7	31,1	26,9	31,6	32,0	32,4	25,5	20,5
Zuschußbedarf	77,5	68,9	73,1	68,4	68,0	67,6	76,5	79,5
a) Erwerbsvermögen	46,7	21,8	20,8	16,8	24,5	17,8	15,4	7,8
b) Steuern	25,5	44,3	50,5	48,2	42,5	45,1	48,1	48,2

Waldeck (mit Wirkung vom 1. 4. 1929 in Preußen aufgegangen).

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	2,6	4,6	5,3	5,6	7,2			
Spez. Deckungsmittel	1,2	0,7	1,1	1,3	2,3			
Zuschußbedarf	1,4	3,9	4,2	4,5	4,9			
a) Erwerbsvermögen	0,2	0,4	0,7	0,6	1,2			
b) Steuern	1,1	3,4	3,4	3,6	4,1			
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100			
Spez. Deckungsmittel	45,3	16,3	20,1	22,8	31,6			
Zuschußbedarf	54,7	83,7	79,9	77,2	68,4			
a) Erwerbsvermögen	8,5	8,9	13,5	11,4	16,5			
b) Steuern	44,3	73,4	63,8	65,2	56,0			

Schaumburg-Lippe:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	1,7	4,4	5,6	6,2	6,3	6,4	5,8	5,7
Spez. Deckungsmittel	0,3	0,9	1,4	1,4	1,7	1,6	1,2	1,8
Zuschußbedarf	1,4	3,5	4,2	4,8	4,6	4,8	4,6	3,9
a) Erwerbsvermögen	0,5	0,4	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,3
b) Steuern	0,9	3,3	3,6	3,7	3,9	3,8	3,9	3,7
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	20,4	19,8	23,3	22,9	26,9	25,0	20,7	31,6
Zuschußbedarf	79,6	80,2	74,7	77,1	73,1	75,0	79,3	68,4
a) Erwerbsvermögen	26,8	10,1	11,6	10,8	11,6	10,9	12,1	5,3
b) Steuern	50,5	74,4	64,7	59,6	62,0	59,4	67,2	64,9

Hamburg:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	226,7	338,3	365,8	418,7	459,0	493,5	469,3	362,0
Spez. Deckungsmittel	97,9	92,4	101,6	118,2	126,2	141,4	111,7	70,4
Zuschußbedarf	128,8	245,9	264,2	300,5	332,8	351,9	357,6	291,6
a) Erwerbsvermögen	31,7	10,9	31,7	36,1	35,0	42,1	48,3	51,0
b) Steuern	96,6	190,0	216,7	270,9	304,7	299,3	277,9	231,0
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	43,2	27,3	27,8	28,2	27,5	28,7	23,8	19,5
Zuschußbedarf	56,8	72,7	72,2	71,8	72,5	71,3	76,2	80,5
a) Erwerbsvermögen	14,0	3,2	8,7	8,6	7,6	8,5	10,3	14,1
b) Steuern	42,6	56,2	59,2	64,7	66,4	60,7	59,2	63,8

Bremen:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	64,5	91,8	108,5	121,8	128,9	126,4	123,6	104,5
Spez. Deckungsmittel	18,5	41,6	45,2	50,8	45,5	40,0	31,5	27,0
Zuschußbedarf	46,0	50,2	65,1	71,0	85,4	86,4	92,5	77,5
a) Erwerbsvermögen	6,7	8,6	12,8	13,5	14,0	16,0	18,5	19,0
b) Steuern	27,5	42,4	49,7	55,8	70,6	69,2	69,0	56,6
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	28,6	45,3	41,7	41,7	53,8	51,6	25,3	25,8
Zuschußbedarf	71,4	54,7	58,3	58,3	66,2	68,4	74,7	74,2
a) Erwerbsvermögen	10,5	9,4	11,8	11,1	10,8	12,6	14,8	18,2
b) Steuern	42,7	46,1	46,0	45,8	54,8	54,7	55,8	54,2

Lübeck:

	1913/14	25/26	26/27	27/28	28/29	29/30	30/31	31/32
Rein. Finanzbedarf	13,7	24,9	31,1	35,2	34,0	37,0	55,5	32,5
Spez. Deckungsmittel	5,3	6,8	13,0	11,4	11,5	8,2	7,0	5,9
Zuschußbedarf	8,4	18,1	18,1	21,8	22,5	28,8	28,5	26,6
a) Erwerbsvermögen	2,6	2,8	3,7	3,7	4,1	4,6	4,7	4,8
b) Steuern	6,6	14,2	14,9	17,4	19,5	19,1	18,9	16,1
Rein. Finanzbedarf	100	100	100	100	100	100	100	100
Spez. Deckungsmittel	38,8	27,5	41,7	34,5	35,8	22,2	19,7	18,1
Zuschußbedarf	61,2	72,7	58,3	65,5	66,2	77,8	80,5	81,9
a) Erwerbsvermögen	19,0	11,1	11,9	11,0	12,0	12,4	15,2	14,8
b) Steuern	48,1	57,0	48,0	52,3	56,7	51,6	55,2	49,5

II. Die Einnahmen aus öffentlichen Unternehmungen

Reich (in Mill. M)

	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
Land- und forstw. Betr.															
Domänen	—	—	0.102	0.2	0.078	0.02	0.100	—	—	—	—	—	—	—	—
Forsten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gew. u. industr. Betriebe															
Bergw., Hütten und Salinen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staatsverlage	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.
Sonst. gew. und industr. Betriebe	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.	—	n.
Summa:	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen															
Reichspost	93.563	52.9	—0.038	0.07	12.045	3.0	70.000	5.7	43.985	9.0	9.240	1.9	16.239	2.5	—16.594
Reichsbahn	27.208	15.4	—220.000	—388,5	2.348	0.6	29.900	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	0.425	0.7	—0.089	—0.02	—0.500	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa:	120.771	68.3	—219.613	—387.8	14.304	3.6	99.400	—	—	—	—	—	—	—	—
Wasserwirt. Unternehm.															
Versorgungsbetriebe	—	—	—14.378	—25.4	—5.079	1.2	—5.200	0	52.3	266.740	54.4	287.149	59.5	374.796	58.9
Elektr.-Werke	—	—	—	—	—	—	—	0	29.4	113.837	23.2	119.049	24.7	159.855	22.0
Gaswerke	—	—	—	—	—	—	—	0	12.0	49.895	10.2	53.806	11.1	84.254	13.2
Wasserwerke	—	—	—	—	—	—	—	0	93.7	450.472	87.8	460.004	95.3	598.905	94.1
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen															
Bäder und Mineralbrunnen	27.614	15.6	12.186	21.5	4.206	1.0	5.500	0	0.6	6.264	1.3	12.158	2.5	19.079	3.0
Lotterie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Münzbetriebe	23.422	13.2	131.013	231.3	61.591	15.3	83.500	—	—	—	—	—	—	—	—
Schlacht- u. Viehhöfe	—	—	—	—	—	—	—	—	n.	5.850	1.2	8.118	1.3	10.436	1.3
Sonstige Betriebe	4.872	2.8	—6.760	—11.9	99.363	24.7	16.200	0	0.8	—0.808	—0.2	—5.014	—1.0	—6.318	—1.0
Monopoleinnahmen:															
Spiritusmonopol	—	—	154.083	272.1	228.434	56.4	262.400	0	100	489.938	100	482.238	100	636.024	100
Zündwarenmonopol	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa:	—	—	154.083	272.1	228.434	56.7	262.400	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamtsumme:	176.679	100	56.633	100	402.897	100	461.900								

gen bei einzelnen öffentlichen Körperschaften

bzw. RM).

7/28 t	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
	0.02	0.147	0.02	0.173	0.03	0.080	0.01	—0.033
	—	—	—	—	—	—	—	—
	n.	—	1.720	0.3	1.623	0.2	1.443	0.2
	n.	—	9.668	1,8	—5.703	—0.8	20.875	3.0
	—	—	11.388	2.1	—4.080	—0.6	22.318	3.2
)	15.2	149.953	23.8	149.928	28.0	131.434	18.2	232.159
)	6.5	51.103	8.1	51.170	9.5	350.041	48.2	44.612
)	—0.1	0.217	0.03	0.214	0.04	—0.007	—0.001	0.613
)	21.6	201.273	31.9	201.312	37.5	481.468	66.4	277.384
)	—1.1	—9.687	—1.5	—2.674	—0.5	—9.644	—1.3	—7.265
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
)	1.2	5.240	0.8	—12.214	—2.3	15.463	2.1	—111509
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
)	18.1	120.811	19.1	64.979	12.1	26.050	3.6	353.019
	—	—	—	—	—	—	—	—
)	3.6	14.811	2.5	—	—	—	—	—
)	56.8	298.410	47.3	272.996	50.9	213.140	29.4	178.584
	—	—	—	—	—	2.980	0.4	4.836
)	58.8	298.410	47.3	272.996	50.9	216.120	29.8	183.420
)	100	631.005	100	535.960	100	725.456	100	718.234

		1913/14		1925/26		1926/27	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen- Forsten	}	180.263	38.4	141.105	99.0	88.617	70.9
Summa:		180.263	38.4	141.105	99.0	88.617	70.9
Gew. und ind. Betriebe							
Bergw., Hütte, Salin.		34.002	7.2	—5.868	—4.1	7.133	5.7
Staatsverlage		n.		n.		n.	
Sonst. gew. und ind. Betriebe		n.		n.		n.	
Summa:		34.002	7.2	5.868	4.1	7.133	5.7
Verkehrsunternehmen							
Staatsposten		4.429	0.9	—	—	—	—
Reichspost		—	—	—	—	—	—
Staatseisenbahnen		213.951	45.6	—	—	—	—
Reichsbahn		—	—	—	—	—	—
Sonstige		—0.069	—0.01	—5.281	—5.7	1.160	0.9
Summa:		218.311	46.5	—5.281	—5.7	1.160	0.9
Wasserw. Unternehmen							
		—	—	—10.854	—7.6	—2.308	—1.8
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke		—0.697	—0.1	0.228	0.2	1.317	1.0
Gaswerke		—	—	—	—	—	—
Wasserwerke		—	—	—	—	—	—
Summa:		0.697	0.1	0.228	0.2	1.317	1.0
Bank-, Spar- und Kreditunternehm.							
		15.926	3.4	5.977	2.7	6.872	5.5
Bäder u. Mineralbrunn.		—	—	—	—	—	—
Lotterie		19.814	4.2	16.085	11.2	19.140	15.3
Münzbetriebe		0.465	0.09	2.703	1.8	2.018	1.6
Schlacht- u. Viehhöfe		—	—	—	—	—	—
Sonstige Betriebe		1.185	0.2	0.454	0.3	1.044	0.8
Monopoleinnahmen							
Spiritusmonopol		—	—	—	—	—	—
Zündwarenmonopol		—	—	—	—	—	—
Gesamtsumme:							
		469.269	100	142.549	100	124.993	100

m.-Verbände und Hansestädte).
l. M bzw. RM

1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
128.600	72.4	165.636	78.5	13.350 108.190	7.5 60.6	8.897 42.279	8.4 59.9	4.510 —25.570	20.2 —120.0
128.600	72.4	165.636	78.5	121.540	68.1	51.176	48.3	—21.260	—99.8
12.500 n.	7.0	2.780 n.	1.3	8.759 1.471	5.0 0.8	2.808 1.281	2.6 1.2	4.171 1.595	19.6 6.5
n.		n.		0.768	0.4	—1.710	—1.6	—2.575	—12.1
12.500	7.0	2.780	1.3	10.998	6.2	2.579	2.2	2.989	14.0
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1.400	0.8	1.455	0.7	1.062	0.6	1.438	1.3	0.917	4.3
1.400	0.8	1.455	0.7	1.062	0.6	1.438	1.3	0.917	4.3
—1.800	—0.8	—1.567	—0.7	—1.496	—0.8	—3.391	—3.2	—2.586	—12.1
3.300	1.9	7.906	3.7	7.678	4.3	8.743	8.2	2.776	13.0
0.100	0.06	0.093	0.04	0.074	0.04	0.048	0.04	0.096	0.4
3.400	2.0	7.999	3.7	7.752	4.3	8.791	8.2	2.872	13.4
6.700	3.8	7.423	3.5	8.595	4.8	8.749	8.2	0.084	0.4
—	—	—	—	1.278	0.7	0.126	0.1	—0.506	—2.4
24.900	14.0	25.315	12.0	28.623	16.0	35.978	33.9	34.559	162.2
0.500	0.2	0.486	0.2	0.045	0.03	0.741	0.7	4.266	20.0
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1.500	0.8	1.586	0.7	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
177.500	100	211.113	100	178.397	100	105.986	100	21.338	100

Gemeinden und Gemeindeverbände
in Mill. M bzw.

		1913/14		1925/26		1926/27		1927
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
Land- u. forstw. Betr.								
Domänen Forsten	}	22.458	10.0	20.619	6.0	20.906	5.1	—3.500
Gew. u. industr. Betriebe								
Steinbr., Ziegeleien u. dgl.		0.375	0.2	0.572	0.2	1.155	0.5	—0.500
Verkehrsunternehmen								
		3.546	1.5	20.100	5.8	33.660	8.2	23.800
Wasserwirtsch. Untern.								
		—	—	—	—	—	—	—
Versorgungsbetriebe								
Elektr.-Werke		51.619	23.1	141.771	41.1	196.166	47.8	216.800
Gaswerke		75.956	33.9	81.905	23.8	104.508	25.4	121.900
Wasserwerke		21.675	9.7	35.250	10.2	46.965	11.4	49.800
Summa:		149.250	66.7	258.926	75.1	347.439	84.6	388.500
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen								
		33.750	15.1	0.867	0.2	—0.686	—0.2	2.700
Bäder u. Mineralbrunn.		—	—	—	—	—	—	—
Lotterie		—	—	—	—	—	—	—
Münzbetriebe		—	—	—	—	—	—	—
Schlacht- u. Viehhöfe		n.		n.		n.		n.
Sonstige Betriebe		14.409	6.4	43.376	12.6	7.812	1.9	3.50
Gesamtsumme:		223.788	100	344.459	100	410.286	100	414.70

inde (ohne Hansestädte).

w. RM

1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
—0.8	9.909	2.0	n.		n.		n.		
—0.1	0.116	0.02	n.		n.		n.		
5.7	43.985	9.0	9.240	1.9	16.239	2.5	—16.594	—3.2	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
52.3	266.740	54.4	287.149	59.5	374.796	58.9	279.437	54.5	
29.4	113.837	23.2	119.049	24.7	159.855	22.0	127.017	24.7	
12.0	49.895	10.2	53.806	11.1	84.254	15.2	105.259	20.0	
95.7	450.472	87.8	460.004	95.5	598.905	94.1	509.695	99.0	
0.6	6.264	1.3	12.158	2.5	19.079	3.0	16.029	3.1	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	
n.			5.850	1.2	8.118	1.3	10.436	2.0	
0.8	—0.808	—0.2	—5.014	—1.0	—6.318	—1.0	—5.033	—1.0	
100	489.938	100	482.238	100	636.024	100	514.530	100	



		1915/14		1925/26		1926/27	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen	}	0.474	1.7	0.144	0.5	—0.082	—0.3
Forsten							
Summa:		0.474	1.7	0.144	0.5	—0.082	—0.3
Gew. u. industr. Betriebe							
Bergw., Hütten, Salin.	n.			n.		n.	
Staatsverlage	n.			n.		n.	
Sonstige Betriebe	n.			n.		n.	
Summa:		—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen							
Staatspost	—	—	—	—	—	—	—
Staatsbahn	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	2.209	8.1	—0.465	—1.6	2.088	7.5	
Wasserwirtsch. Untern.							
—	—	—	—	—	—	—	—
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke	4.636	17.0	13.781	48.8	15.428	55.3	
Gaswerke	11.364	41.6	8.546	30.3	4.838	17.3	
Wasserwerke	2.119	7.8	2.758	9.8	1.351	4.8	
Summa:	18.119	66.4	25.085	78.9	21.617	77.4	
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen							
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen	0.027	0.09	0.010	0.04	0.015	0.05	
Bäder u. Mineralbrunn.	n.		n.		n.		
Lotterie	4.516	16.5	1.313	4.6	1.741	6.2	
Münzbetriebe	—0.023	—0.08	0.154	0.5	0.008	0.03	
Schlacht- u. Viehhöfe	n.		n.		n.		
Sonstige Betriebe	1.953	7.1	1.993	7.1	2.588	9.3	
Gesamtsumme:	27.275	100	28.234	100	27.975	100	

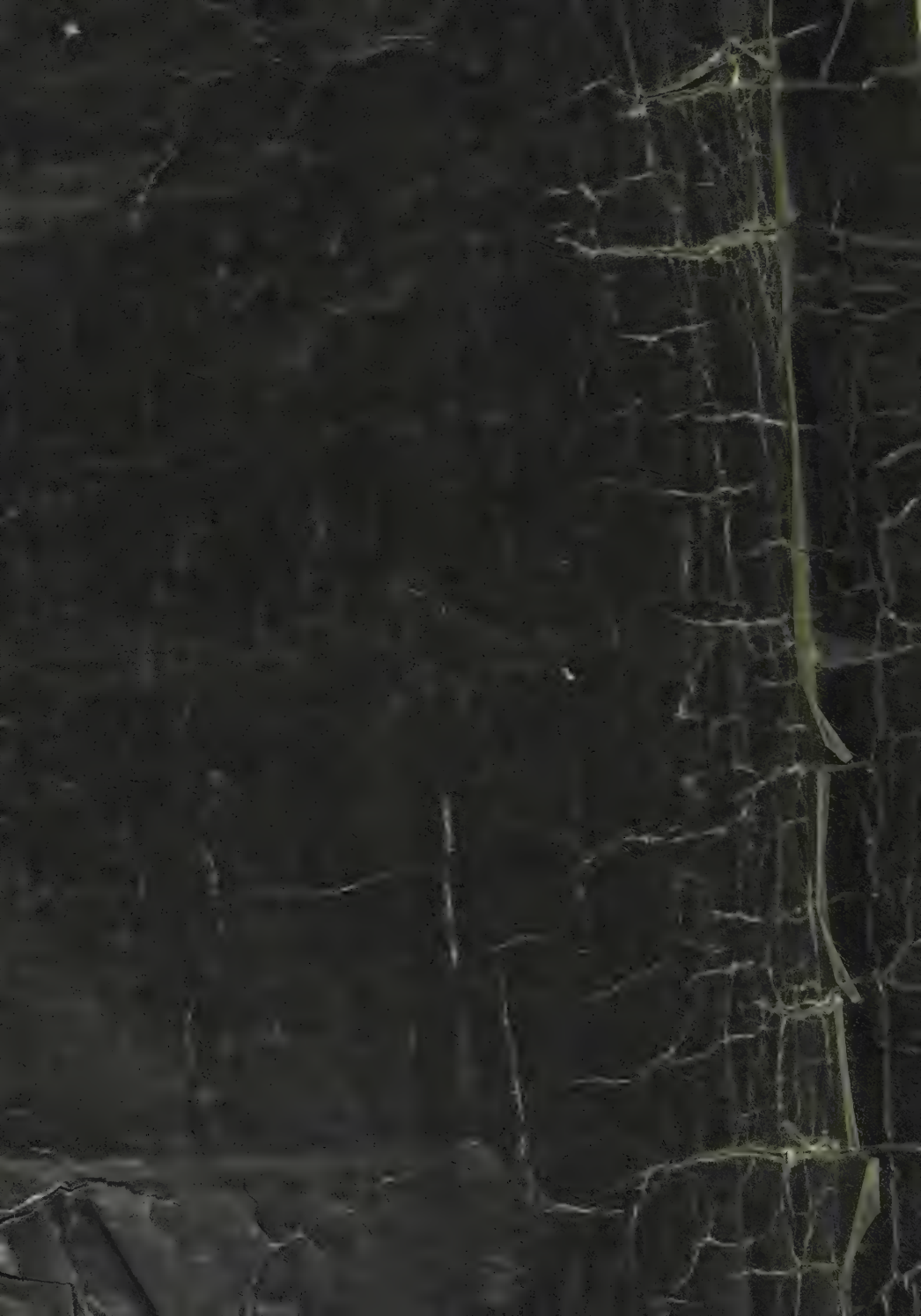
nsestädte.
M bzw. RM

1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
0.100	0.3	0.119	0.4	0.124 —0.068	0.3 —0.2	0.138 —0.325	0.4 —0.8	0.154 —0.530	0.3 —0.7
0.100	0.3	0.119	0.4	0.056	0.1	—0.187	—0.4	—0.176	—0.4
n.		n.		0.030	0.08	0.012	0.03	—0.006	—0.01
n.		n.		0.026	0.07	0.027	0.07	0.037	0.08
n.		n.		—0.194	—0.5	0.207	0.5	0.083	0.2
—	—	—		—0.138	—0.3	0.246	0.6	0.114	0.2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—0.800	—2.3	0.450	1.4	3.432	8.7	2.111	5.6	2.004	4.3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16.400	48.2	16.624	52.2	18.588	47.3	19.540	51.0	19.624	42.5
12.800	37.6	9.877	31.5	11.064	28.1	8.672	22.9	15.336	28.9
1.400	4.1	1.660	5.3	1.722	4.4	3.783	10.0	6.410	13.9
30.600	89.9	28.161	88.5	31.374	79.8	31.795	83.9	39.370	85.3
0.100	0.3	0.026	0.08	0.336	0.8	0.403	1.1	0.243	0.5
n.		n.		—0.161	—0.5	—0.115	—0.3	—0.073	—0.2
2.000	5.9	2.111	6.7	3.076	7.8	3.101	8.2	3.561	7.7
—	—	—0.058	—0.2	0.117	0.3	—0.059	—0.2	0.289	0.6
n.		n.		0.751	1.9	0.549	1.4	0.726	1.6
2.000	5.9	0.702	2.2	0.431	1.1	0.138	0.4	0.147	0.3
34.000	100	31.511	100	39.274	100	37.981	100	46.206	100

	1913/14		1925/26		1926/27		192
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen	98.827	20.0	69.483	23.6	36.121	11.1	98.103
Forsten							
Gew. u. industr. Betriebe							
Bergw., Hütten, Salin.	33.889	6.9	—7.261	—2.5	4.741	1.4	n.
Staatsverlage							
Sonst. gew. u. ind. Betriebe	—	—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen							
Staatspost	—	—	—	—	—	—	—
Staatsbahn	203.865	41.3	—	—	—	—	—
Sonstige	1.812	0.4	14.333	4.9	26.362	8.1	19.608
Summa:	205.677	41.7	14.333	4.9	26.362	8.1	19.608
Wasserwirtsch. Untern.	—	—	—	—	—	—	—
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke	39.343	8.0	95.939	32.5	137.294	42.2	{ 277.835
Gaswerke	49.360	10.0	58.700	19.9	73.518	22.6	
Wasserwerke	14.902	3.0	22.216	7.5	30.307	9.3	
Summa:	103.605	21.0	176.855	59.9	241.119	74.1	277.835
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen	31.420	6.4	3.423	1.2	0.550	0.2	n.
Lotterie	8.829	1.8	10.037	3.4	11.171	3.4	n.
Münzbetriebe	0.320	0.06	1.694	0.6	1.434	0.4	n.
Sonstige Betriebe	10.747	2.2	26.184	8.9	3.620	1.1	24.898
Gesamtsumme:	493.314	100	294.748	100	325.118	100	420.441

d Gem.-Verbände).
w. RM

7/28 t	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
6	23.3	90.746	19.4	38.260	9.6	18.632	3.7	—21.637
								—6.3
	—	1.755	0.4	n.	—	n.	—	n.
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
3	4.7	41.138	8.8	5.890	1.5	15.599	3.1	—18.153
3	4.7	41.138	8.8	5.890	1.5	15.599	3.1	—18.153
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
2	66.0	198.786	42.6	207.253	51.9	278.356	55.2	189.730
		79.433	17.0	85.598	21.4	97.243	19.3	82.991
		38.143	8.2	39.436	9.9	60.678	12.0	71.138
2	66.0	316.362	67.8	332.087	83.2	436.277	86.5	343.859
	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	4.791	1.0	9.822	2.5	15.829	3.1	10.607
	—	12.750	2.7	14.554	3.6	19.297	3.8	17.643
	—	0.162	0.03	—0.210	—0.05	0.435	0.09	2.453
3	5.9	—1.007	—0.2	—1.240	—0.3	—2.130	—0.4	7.260
3	100	466.697	100	399.163	100	503.940	100	342.032



		1913/14		1925/26		1926/27		
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	
Land- u. forstw. Betr.								
Domänen	}	35.013	54.8	38.621	51.6	25.616	37.9	
Forsten								
Gew. u. industr. Betriebe								
Bergw., Hütten, Salin.		0.547	0.5	0.112	0.1	0.547	0.5	
Staatsverlage		—	—	—	—	—	—	
Sonstige		—	—	—	—	—	—	
Verkehrsunternehmen								
Staatspost		0.477	0.7	—	—	—	—	
Staatsbahn		4.476	7.0	—	—	—	—	
Sonstige		1.738	2.7	3.280	4.4	3.338	4.9	
Summa:		6.691	10.4	3.280	4.4	3.338	4.9	
Wasserwirtsch. Untern.								
		—	—	—	—	—	—	
Versorgungsbetriebe								
Elektr.-Werke		3.071	4.8	15.293	20.4	18.123	26.8	}
Gaswerke		7.004	11.0	5.355	7.1	7.171	10.6	
Wasserwerke		1.744	2.7	5.069	6.8	6.311	9.3	
Summa:		11.819	18.5	25.717	34.3	31.605	46.7	
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen								
Lotterie		4.782	7.5	1.339	1.8	3.359	5.0	
Münzbetriebe		2.219	3.5	0.293	0.4	0.933	1.4	
Sonstige Betriebe		0.052	0.08	0.515	0.7	0.144	0.2	
		2.978	4.7	4.992	6.7	2.115	3.3	
Gesamtsumme:		63.901	100	74.869	100	67.457	100	

n. und Gem.-Verbände).
M bzw. RM

1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
44.155	49.6	32.708	41.6	25.971	33.3	11.101	17.0	—3.199	—6.2
n.	—	0.350	0.4	n.	—	n.	—	n.	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.298	2.6	0.672	0.8	0.854	1.1	—4.070	—6.2	—2.888	—5.6
2.298	2.6	0.672	0.8	0.854	1.1	—4.070	—6.2	—2.888	—5.6
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33.882	38.1	23.264 8.597 4.789	29.6 10.9 6.1	28.508 8.818 5.337	36.2 11.3 6.8	28.901 9.846 9.134	44.4 15.1 14.0	26.269 10.264 10.751	51.0 19.9 20.9
33.882	38.1	36.650	46.6	42.463	54.3	47.781	75.5	47.284	91.8
n.	—	4.078	5.2	3.962	5.1	4.467	6.9	4.000	7.8
n.	—	2.465	3.1	2.817	3.6	3.734	5.7	3.414	6.6
n.	—	0.120	0.1	0.098	0.1	0.093	0.1	0.591	1.1
8.704	9.8	1.557	2.0	1.933	2.5	1.944	3.0	2.321	4.5
89.039	100	78.600	100	78.099	100	65.150	100	51.522	100

	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen } Forsten }	11.521	24.0	4.594	22.4	2.744	5.5	5.4
Gew. u. industr. Betriebe							
Bergw., Hütten, Salin.	—4.587	—9.3	—0.479	—2.4	—0.025	—0.05	n.
Staatsverlage	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen							
Staatspost	—	—	—	—	—	—	—
Staatsbahn	11.653	24.7	—	—	—	—	—
Sonstige	1.125	2.4	—4.085	—20.4	4.685	9.1	2.7
Summa:	12.778	27.1	—4.085	—20.4	4.685	9.1	2.7
Wasserwirtsch. Untern.							
	—	—	—5.710	—29.1	0.391	0.8	n.
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke	4.508	9.1	14.105	71.9	21.342	41.5	} 36.6
Gaswerke	9.154	19.4	8.082	41.2	11.735	22.8	
Wasserwerke	1.030	2.2	1.750	8.9	2.511	4.9	
Summa:	14.492	30.7	23.935	122.0	35.588	69.2	36.6
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen							
	8.017	17.0	—0.751	—3.8	1.786	3.5	n.
Lotterie	4.663	9.9	3.127	15.9	3.725	7.2	n.
Münzbetriebe	0.011	0.02	0.130	0.7	0.093	0.2	n.
Sonstige Betriebe	0.198	0.4	—1.004	—5.1	2.395	4.6	8.7
Gesamtsumme:	47.093	100	19.557	100	51.382	100	53.46

(Gem.-Verbände).
v. RM

7/28	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
10.2	2.838	5.0	4.086	6.1	0.739	1.0	—1.945	—3.0
—	0.004	0.007	n.	—	n.	—	n.	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
5.1	3.775	6.6	4.505	6.7	4.554	6.4	5.425	8.4
5.1	3.775	6.6	4.505	6.7	4.554	6.4	5.425	8.4
—	0.633	1.1	n.	—	n.	—	n.	—
68.4	25.512	44.8	33.431	50.0	37.532	52.7	31.521	48.8
	10.756	18.9	9.058	13.5	10.182	14.3	14.174	22.1
	1.945	3.4	1.653	2.5	2.682	3.8	6.245	9.7
68.4	38.214	67.1	44.142	66.0	50.396	70.8	51.740	80.6
—	2.931	5.1	4.147	6.2	4.022	5.6	2.025	5.1
—	6.183	10.9	6.873	10.3	8.119	11.4	8.191	12.1
—	0.050	0.09	0.077	0.1	0.052	0.07	0.289	0.4
16.3	2.286	4.0	3.015	4.5	3.308	4.6	—1.533	—2.7
100	56.913	100	66.846	100	71.189	100	64.192	100

Württemberg (Land
in Mil

		1913/14		1925/26		1926/27	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen	}	14.842	78.5	16.205	59.1	12.649	93.7
Forsten							
Gew. u. industr. Betriebe							
Bergw., Hütten, Salin.		0.784	4.1	0.182	0.7	-1.249	-9.2
Staatsverlage		—	—	—	—	—	—
Sonstige		—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen							
Staatspost		3.952	20.9	—	—	—	—
Staatsbahn		-7.037	-37.2	—	—	—	—
Sonstige		0.105	0.5	0.721	2.6	-0.687	-5.1
Summa:		-2.989	-15.8	0.721	2.6	-0.687	-5.1
Wasserwirtsch. Untern.							
		—	—	-3.190	-11.6	-2.340	-17.3
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke		1.193	6.3	3.737	13.6	1.749	12.9
Gaswerke		2.537	13.4	2.902	10.6	1.871	13.8
Wasserwerke		1.206	6.4	1.398	5.1	1.369	11.1
Summa:		4.936	26.1	8.037	29.3	4.989	37.8
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen							
		0.111	0.6	0.220	0.8	-0.119	-0.9
Lotterie		0.782	4.1	0.200	0.7	0.482	3.6
Münzbetriebe		0.060	0.3	0.183	0.7	0.203	1.5
Sonstige Betriebe		0.338	1.8	4.857	17.7	-0.414	-3.1
Gesamtsumme:		18.873	100	27.415	100	13.514	100

d, Gem. und Gem.-Verb.).
 . M bzw. RM

1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
26.263	93.1	12.785	78.9	9.961	50.0	7.125	30.1	0.872	5.1
n.	—	—0.227	—1.4	n.	—	n.	—	n.	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
0.164	0.6	0.081	0.5	0.750	3.8	0.892	3.7	—1.395	—8.2
0.164	0.6	0.081	0.5	0.750	3.8	0.892	3.7	—1.395	—8.2
n.	—	—1.920	—11.8	n.	—	n.	—	n.	—
4.601	16.3	2.771 2.374 0.061	17.1 14.6 0.4	5.160 3.787 0.627	25.9 19.0 3.1	8.290 4.868 1.359	35.0 20.5 5.7	6.543 5.073 2.622	38.7 30.0 15.5
4.601	16.3	5.206	32.1	9.574	48.0	14.517	61.2	14.238	84.2
n.	—	0.078	0.5	0.258	1.3	0.356	1.5	0.413	2.4
n.	—	0.862	5.3	0.985	4.9	1.306	5.5	1.194	7.1
n.	—	0.101	0.6	0.070	0.3	0.122	0.5	0.624	3.7
—2.861	—10.1	—0.793	—4.9	—1.645	—8.5	—0.647	—2.6	0.917	5.4
28.167	100	16.173	100	19.954	100	23.670	100	16.863	100

	1913/14		1925/26		1926/27		1927/28
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen	}	10.491	53.8	5.131	32.5	8.358	36.3
Forsten							
							23.750
Gew. u. industr. Betriebe							
Bergw., Hütten, Salin.	0.250	1.3	—0.952	—6.0	1.459	6.3	n.
Staatsverlage	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen							
Staatspost	—	—	—	—	—	—	—
Staatsbahn	1.079	5.5	—	—	—	—	—
Sonstige	—1.272	—6.5	0.298	1.9	0.422	1.8	0.486
Summa:	—0.193	—1.0	0.298	1.9	0.422	1.8	0.486
Wasserwirtsch. Untern.	—	—	—1.884	—11.9	—0.310	—1.3	n.
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke	0.995	5.1	5.505	34.8	7.508	32.6	} 12.880
Gaswerke	3.214	16.5	1.970	12.5	2.825	12.3	
Wasserwerke	1.304	6.7	2.235	14.1	2.827	12.3	
Summa:	5.513	28.3	9.710	61.4	13.160	57.2	12.880
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen	1.375	7.0	0.204	1.3	0.126	0.5	n.
Lotterie	0.689	3.5	0.164	1.0	0.389	1.7	n.
Münzbetriebe	0.022	0.1	0.181	1.1	0.144	0.6	n.
Sonstige Betriebe	1.396	7.1	2.967	18.8	—0.736	—3.2	0.661
Gesamtsumme:	19.543	100	15.819	100	23.012	100	37.777

d. Gem.-Verb.).
l. RM

28 al	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
62.8		10.034	35.8	4.838	25.7	3.033	13.4	2.196
—		0.277	1.0	n.	—	n.	—	n.
—		—	—	—	—	—	—	—
—		—	—	—	—	—	—	—
—		—	—	—	—	—	—	—
—		—	—	—	—	—	—	—
1.5	—0.233	—0.8	—1.020	—5.4	—0.789	—3.5	—0.533	—3.1
1.5	—0.233	—0.8	—1.020	—5.4	—0.789	—3.5	—0.533	—3.1
—		—0.240	—0.9	n.	—	n.	—	n.
—		—	—	—	—	—	—	—
34.1	9.552	34.1	9.038	48.1	11.506	49.8	11.746	67.6
—	4.377	15.6	3.813	20.3	5.700	25.1	5.165	29.7
—	1.416	5.0	0.923	4.9	2.870	12.6	3.624	20.8
34.1	15.345	54.7	13.774	73.3	19.876	87.5	20.535	118.1
—		0.152	0.5	0.219	1.2	0.235	1.0	—3.689
—		0.580	2.1	0.873	4.6	0.813	3.6	1.381
—		0.054	0.2	0.010	0.05	0.041	0.2	0.309
1.7	2.038	7.3	0.154	0.8	—0.487	—2.1	—2.779	—16.0
2	100	28.007	100	18.848	100	22.722	100	17.420

		1915/14		1925/26		1926/27	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%
Land- u. forstw. Betr.							
Domänen	}	9.072	64.3	10.969	59.9	8.273	49.2
Forsten							
Gew. u. industr. Betriebe							
Bergw., Hütten, Salin.		0.135	0.9	1.208	6.6	1.193	7.1
Staatsverlage		—	—	—	—	—	—
Sonstige		—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen							
Staatspost		—	—	—	—	—	—
Staatsbahn		0.238	1.7	—	—	—	—
Sonstige		—	—	0.038	0.3	0.059	0.3
Wasserwirtsch. Untern.							
		—	—	—	—	—	—
Versorgungsbetriebe							
Elektr.-Werke		0.049	0.3	1.195	6.5	2.168	12.9
Gaswerke		1.082	7.7	1.359	7.3	2.015	12.0
Wasserwerke		0.148	1.0	1.053	5.7	1.543	9.2
Summa:		1.279	9.0	3.587	19.5	5.726	34.1
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen							
Lotterie		0.588	4.2	0.590	3.2	0.591	3.5
Münzbetriebe		—	—	—	—	—	—
Sonstige Betriebe		—0.223	—1.6	1.924	10.5	0.840	5.0
Gesamtsumme:		14.114	100	18.334	100	16.771	100

d, Gem. und Gem.-Verb.),
l. M bzw. RM

1927/28		1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
14.942	61.2	10.223	53.5	8.048	42.3	3.779	22.0	2.226	14.2
n.	—	1.195	6.2	n.	—	n.	—	n.	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
0.076	0.3	0.185	1.0	0.207	1.1	—0.051	—0.3	—0.075	—0.5
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6.747	27.6	2.968 1.888 1.608	15.5 9.9 8.4	3.658 2.087 2.020	19.2 11.0 10.6	4.297 2.343 3.622	25.0 13.6 21.0	3.926 2.187 4.329	25.0 13.9 27.6
6.747	27.6	6.464	33.8	7.765	40.8	10.262	59.6	10.442	66.5
n.	—	0.147	0.8	0.533	2.8	0.725	4.2	0.954	6.1
n.	—	0.595	3.1	0.603	3.2	0.637	3.7	0.605	3.8
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.682	11.0	0.320	1.7	1.880	9.9	1.829	10.6	1.513	9.6
24.447	100	19.129	100	19.037	100	17.178	100	15.665	100

		1913/14		1925/26		1926/27		1927
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
Land- u. forstw. Betr.								
Domänen	}	3.686	105.0	3.023	24.4	1.452	11.4	7.199
Forsten								
Gew. u. industr. Betriebe								
Bergw., Hütten, Salin.		0.006	0.2	—0.069	—0.6	0.013	0.1	n.
Staatsverlage		—	—	—	—	—	—	—
Sonstige		—	—	—	—	—	—	—
Verkehrsunternehmen								
Staatspost		—	—	—	—	—	—	—
Staatsbahn		—5.754	—164.0	—	—	—	—	—
Sonstige		—0.134	—4.0	0.012	0.1	0.815	6.4	0.024
Summa:		—5.888	—168.0	0.012	0.1	0.815	0.4	0.024
Wasserwirtsch. Untern.								
		—	—	—0.070	—0.6	—0.050	—0.4	n.
Versorgungsbetriebe								
Elektr.-Werke		1.643	47.0	3.587	28.9	5.196	40.9	} 10.141
Gaswerke		2.288	65.0	1.590	12.8	2.596	20.4	
Wasserwerke		1.039	29.7	0.838	6.7	1.166	9.2	
Summa:		4.970	141.7	6.015	48.4	8.958	70.5	10.141
Bank-, Spar- und Kreditunternehmen								
Lotterie		—0.158	—4.5	0.053	0.4	0.035	0.3	n.
Münzbetriebe		0.804	23.0	0.812	6.5	0.812	6.4	n.
Sonstige Betriebe		—	—	—	—	—	—	—
		0.086	2.4	2.771	22.3	0.620	4.9	1.817
Gesamtsumme:		3.506	100	12.441	100	12.655	100	19.181

l Gem.-Verb.).
RM

28	1928/29		1929/30		1930/31		1931/32	
	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut
37.5	1.421	10.2	0.700	4.5	-0.444	-3.3	-1.692	-17.7
—	-0.053	-0.4	n.	—	n.	—	n.	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
0.1	0.036	0.3	-0.107	-0.7	-0.577	-4.3	-0.628	-6.6
0.1	0.036	0.3	-0.107	-0.7	-0.577	-4.3	-0.628	-6.6
—	-0.040	-0.3	n.	—	n.	—	n.	—
52.8	6.392	46.0	7.482	48.0	2.671	19.8	5.610	58.7
	3.207	23.1	3.125	20.0	2.510	18.6	2.536	26.5
	1.263	9.1	2.812	18.0	2.428	18.0	2.648	28.1
52.8	10.862	78.2	13.419	86.0	7.609	56.4	10.794	113.3
—	0.133	0.9	0.210	1.3	0.247	1.8	0.211	2.2
—	0.818	5.9	0.829	5.3	0.877	6.5	0.831	8.7
—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.5	0.712	5.1	0.509	3.3	5.758	42.6	0.038	0.4
100	13.889	100	15.560	100	13.470	100	9.556	100

Schlußwort.

Der Versuch, die Frage nach der fiskalischen Bedeutung der öffentlichen Unternehmung zu beantworten, ist beendet. Den durch die zur Beweisführung notwendige Häufung von Zahlen reichlich spröden Stoff einigermaßen übersichtlich zu verarbeiten, bot ziemliche Schwierigkeiten. Aber wir glauben doch, daß es trotzdem erreicht worden ist, einen klaren Einblick in das Verhältnis von öffentlicher Unternehmung und Reichsfinanzwirtschaft zu geben.

Wenn auch, wie wir sahen, die für sich betrachtet ziemlich hohen Einnahmen der Reichsfinanzwirtschaft aus öffentlichen Unternehmungen doch nur einen geringen Anteil an der Befriedigung des gesamten Finanzbedarfs ausmachten und die staatliche Ausgabendeckung in immer steigendem Maße auf die Steuerwirtschaft als Mittelquelle zurückgreift, so ist unsere Problemstellung trotzdem gerechtfertigt. Fußend auf den tatsächlichen Zahlenangaben, mußte eben überhaupt einmal gezeigt werden, wie die Verhältnisse nun eigentlich liegen, um irrigen Vorstellungen begegnen zu können. Denn gerade das Gebiet der öffentlichen Unternehmungen gibt leicht Anlaß zu voreiligen Urteilen, da ohne weitgehendes Heranziehen der statistischen Unterlagen die Vorstellung von der Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen notwendig unklar bleiben muß. Hier Klärung zu schaffen, war unsere Hauptaufgabe. Der Hinweis auf die relativ geringe fiskalische Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen im Verhältnis zum gesamten Finanzbedarf kann die Notwendigkeit einer eingehenden Untersuchung ihrer Problematik in keiner Weise erschüttern.

Literaturverzeichnis.

- Amonn, A.: Privatwirtschaftliche Einnahmen. Handb. d. Finanzw. Bd. I. Tübingen 1926.
- Bleicher, H.: Kommunale Finanzwirtschaftslehre. Handb. d. Finanzw. Bd. II. Tübingen 1927.
- Boelsen, H.: Kapitalgesellschaften in öffentlicher Hand. Berlin 1931.
- Boesler: Die neue deutsche Gemeindeordnung. Finanzarch. 1935.
- Boesler-Eheberg: Grundriß der Finanzwissenschaft. Leipzig 1936.
- Colm, G.: Volkswirtschaftliche Theorie der Staatsausgaben. Tübingen 1927.
- Dorpmüller, J.: Das Eisenbahnwesen seit 1918.
- Engländer, O.: Öffentliche Unternehmungen. Handb. d. Finanzw. Bd. I. Tübingen 1926.
- Gerber, W.: Die öffentliche Unternehmung in privatrechtlicher Form. Zürich 1928.
- Hansen, E.: Die Beteiligungen des Reiches an industriellen Unternehmungen. Würzburg 1931.
- Heimann, E.: Stellung und Bedeutung der öffentlichen Unternehmung im Wirtschaftssystem des Kapitalismus. Schr. d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 176/I.
- Kretschmer, E.: Der Staat als privates Wirtschaftssubjekt. Verlag Ann. d. Gemeindevirtsch. Genf.
- Kunz: Methode und Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik. Berlin 1930.
- Lotz, W.: Finanzwissenschaft. Tübingen 1931.
- Lotz, W.: Studien über Verbreitung und Organisation der öffentlichen Unternehmung in der Gegenwart. 1933.
- Moll, Br.: Lehrbuch der Finanzwissenschaft. Berlin 1930.
- Moll, Br.: Probleme der Finanzwissenschaft. Leipzig 1924.
- Moll, Br.: Die finanzielle Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen. Festgabe für Schanz. Bd. I, 1928.
- Moll, Br.: Die Finanzpolitik der Reichsbahn (Probleme des Geld- und Finanzwesens. Bd. XI). Leipzig 1931.
- Neumark, F.: Der Reichshaushaltsplan. Jena 1929.
- Ritschl, H.: Stellung und Bedeutung der öffentlichen Unternehmung im Wirtschaftssystem des Kapitalismus. Schr. d. Ver. f. Sozialpol. Bd. 176/I.
- Saitzew, M.: Die öffentliche Unternehmung der Gegenwart. Tübingen 1930.
- Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Moderne Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung. Bd. 176/I—IV.
- Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Entwicklung der gemeindlichen Betriebe. Bd. 128—132.
- Staudinger, H.: Der Staat als Unternehmer. Berlin 1932.
- Terhalle, F.: Finanzwissenschaft. Jena 1930.

- Vleugels, W.: Die Volkswirtschaftslehre als politische Ökonomik und die formale Wirtschaftstheorie. Stuttgart 1936.
- Vleugels, W.: Leistungsprinzip und Erwerbsstreben. „Der Ruhrarbeiter“. 5. Jahrgang, Nr. 18.
- Zahn, Fr.: Finanzwissenschaft und Statistik. Handb. d. Finanzw. Bd. I, 1926. Finanzen und Steuern. Publikation des Statistischen Reichsamtes. 1930.
- Einzelschriften zur Statistik des deutschen Reiches. Nr. 10, 14, 15 und 20. Wirtschaft und Statistik.
- Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.
- Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 437.
- Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 440.
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Lebenslauf.

Geboren wurde ich am 19. Februar 1910 in Niederlahnstein am Rhein als Sohn des Fabrikdirektors Gerhard Blümlein und seiner Ehefrau Wilhelmine, geb. Vette. Ich bin arischer Abstammung und römisch-katholisch. Von Ostern 1920 bis 1926 besuchte ich das Realprogymnasium in Oberlahnstein und anschließend daran das Kaiser-Wilhelm-Realgymnasium in Koblenz, das ich am 15. März 1930 mit dem Zeugnis der Reife verließ.

Von S. S. 1930 ab studierte ich an der Universität Bonn zunächst drei Semester Rechtswissenschaft und widmete mich dann an der gleichen Universität dem Studium der Volkswirtschaftslehre. Am 16. Juli 1934 bestand ich die Diplomprüfung für Volkswirte. Am 26. Februar 1937 promovierte ich an der Universität Bonn.

Es sei mir erlaubt, an dieser Stelle meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. W. Vleugels, meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die vielseitigen Anregungen, die er mir gab.

Walter Blümlein.

